

Beschlüsse

der ordentlichen Bundeskonferenz der
Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

vom 18. bis 19. April 2026
in Duisburg

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

L01	„GUTE ARBEIT, MEHR TARIFBINDUNG UND EINE STARKE DEMOKRATIE – mit den Menschen politisch handeln und die Zukunft gerecht gestalten“	4
L02	Künstliche Intelligenz im Sinne der Beschäftigten gestalten	21
L03	Öffentliche Wirtschaftsförderung nur mit Tarifbindung	22

A - Arbeitspolitik

A01	Hände weg vom 8-Stunden-Tag	23
I01	Künstliche Intelligenz darf nicht ohne Mitbestimmung über die Zukunft der Arbeit entscheiden	24
A02	40 Stunden sind genug! 41-Stunden-Woche im Bund und in den Ländern ablehnen.	25
I03	Inklusiven Arbeitsmarkt stärken und zukunftsfähig gestalten	26
I05	Plattformarbeit fair regulieren: EU-Plattformarbeitsrichtlinie arbeitnehmer:innenfreundlich umsetzen, Scheinselbstständigkeit beenden, Algorithmentransparenz und Organisierung sichern	27
A07	Änderung des bestehenden Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) ablehnen	28
A08	Gute Arbeit braucht Tariftreue und regionale Wertschöpfung	29
A09	Tarifbindung stärken und ausbauen!	30
A10	Keinen Unfug mit dem Bundestariftreuegesetz treiben	32
A13	„BESSERE ARBEITGEBERBEZAHLUNG STATT ERGÄNZENDES BÜRGERGELD“	33
A14	„BILDUNGSURLAUB ALS CHANCE IN VOLLEM UMFANG NUTZEN!“	36
A15	Bildungsurlaub für Bayern jetzt!	38
A16	Gesetzliche Grundlage für Azubi-Wohnen schaffen	39
A18	„DUALE AUSBILDUNG BEI DEN ERZIEHER:INNEN AUSBAUEN“	40
A19	Arbeitsschutz ist nicht verhandelbar – Keine Abschaffung von Sicherheitsbeauftragten in KMU	41
A21	Abschaffung des kirchlichen „Dritten Weges“ bei der Arbeitsrechtssetzung – Stärkung von Tarifaufonomie, Arbeitnehmerrechten und sozialer Gerechtigkeit	42
A22	Für eine EU-Lieferkettenrichtlinie, die Menschen- und Kinderrechte, Arbeitnehmer/innen und die Umwelt schützt!	43
A24	Humanisierung der Arbeitswelt	44
A25	Längere Arbeitslosengeldzahlungen des ALG I für über 50jährige und langjährige Einzahler*innen in die Arbeitslosenversicherung, verbunden mit Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsangeboten als neues ALG I plus	45
A27	Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verteidigen – keine Rückschritte zulassen	46
A28	Mehr Sicherheit für Beschäftigte und Fahrgäste im öffentlichen Verkehr	47
A29	Nationaler Aktionsplan zur Förderung von Betriebsräten und Personalräten	49

A31	Schwarzarbeit wirksam bekämpfen: Strukturen erkennen, Ausbeutung beenden	51
A32	Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit im Spannungs- und Verteidigungsfall (Zivile Notfallplanung)	52
A35	Stärkung der Mitbestimmung auch in Wirtschaftsfragen	53
A36	Tarif-, Sozial und Nachhaltigkeitsstandards bei öffentlichen Auftragsverfahren	54
A37	Transformationsfonds und Transformationsräte – Sozialpartnerschaftlich gestaltete Zukunft für Regionen, Land und Bund	55
A38	Wer Fachkräfte will, muss Fachkräfte ausbilden! Zur Einführung eines Ausbildungsfonds nach dem Bremer Vorbild	56
I11	Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeit in der SPD (AfA) unterstützt die Petition der „Initiative Faire Landarbeit“ „Keine Mindestlohn-Ausnahmen bei Saisonarbeiter*innen“ und fordert die Bundesregierung auf, dem Petitionstext zu folgen:	57

W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

W01	„FAIRE ARBEIT, MEHR TARIFBINDUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT“ – mit den Menschen politisch Handeln und den Wandel gestalten –	58
I04	Handwerk stärken und handwerkliche Ausbildungsberufe wieder attraktiver machen	70
W02	Starke Kommunen - Kommunale Finanzen brauchen eine Zukunft	72
W03	Die SPD fordert die Reaktivierung der Vermögenssteuer.	73
W04	Fair(e) Steuern: gerecht verteilen – Zukunft sichern	74
W05	Sofortmaßnahmen zur Sicherung von Arbeit und Wirtschaft	75
W06	„NEUE MESSGRÖSSEN VON WOHLSTAND“	77
W07	„GERECHTE STEUERN – FINANZÄMTER BESSER AUSSTATTEN“	78
I12	Resolution: Jetzt erst recht: Schienengüterverkehr in Deutschland erhalten und ausbauen!	80
I13	Stahl und Industriepolitik	82

S - Sozialpolitik

S01	Innovative Wohnkonzepte	83
S02	„DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL IN DER DASEINSVORSORGE GESTALTEN“	84
S03	Forderungen zum Umbau des Rentensystems	86
S05	Information zur Höhe der versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung im Jahr 2020 und Erinnerung an die Erledigung des beschlossenen Antrages S 13 der Bundeskonferenz 2022	88
S06	Solidarische Erwerbstätigenversicherung, Rentenniveau sichern, Beitragsbasis verbreitern, Gerechtigkeit schaffen	89
S07	Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 Jahren und Anhebung des Rentenniveaus	90
S08	Sozialabgaben für Beschäftigte sofort deckeln – Ausgleich aus Steuermitteln	91
I08	Antrag auf Bereitstellung eines Pflegegeldes bei Pflegegrad 1	93
S09	Grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme	95

S10	Solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stärken – Beitragsbemessungsgrenze reformieren	96
S11	Umsetzung einer Gesamtreform der Pflege- und Gesundheitsversicherung	97
S12	Unterstützung des Vorschlags des Bundesrechnungshofes von 07.12.2023 „Transparenz bei den versicherungsfremden Leistungen schaffen“	99
I10	Würde im Alter sichern – Zwangsverrentung nach § 12a SGB II dauerhaft ausschließen	100
I17	Hande weg von unseren Errungenschaften – für eine sozialdemokratische Offensive.	101
I15	Frühkindliche Bildung stärker unterstützen - Kita Schließungen und Personalabbau verhindern – Teilhabe ermöglichen	103
I16	Soziale Sicherheit durch Wohnraumschutz – Bundesweiten Mietendeckel jetzt auf den Weg bringen!	104

O - Organisation

O01	„DIE SPD ALS STARKE STIMME DER ARBEITENDEN GESELLSCHAFT – EXPERTISE UND KOMPETENZEN STARKER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN IN DER SPD VIELFÄLTIG NUTZEN“	105
O02	„ENTWICKLUNG EINER GANZHEITLICHEN SOCIAL-MEDIA-STRATEGIE“	108
O03	Arbeitsgemeinschaften verbindlich in den Grundsatzprogrammprozess einbinden	110
O05	Einführung einer Antrags- und Beschlussdatenbank	112
I07	Transparente Antragsbearbeitung auf Bundesebene sicherstellen	113

So - Sonstige Anträge

So01	MOBILITÄT IST FREIHEIT: FÜR EINEN ATTRAKTIVEN ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)	114
So02	Keine Abschiebung von Menschen in Arbeit	115
So03	Vorkaufsrecht in BauGB § 24 (1) 8. Ergänzen um folgenden Buchstaben c):	116
I14	Schutz der Bildungs- und Beratungsprojekte im Rahmen des Programms „Demokratie Leben“	117

Antrag L01: „GUTE ARBEIT, MEHR TARIFBINDUNG UND EINE STARKE DEMOKRATIE – mit den Menschen politisch handeln und die Zukunft gerecht gestalten“

Laufende Nummer: 67

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	L - Leitantrag

- 1 Die Welt befindet sich in einem rasanten Umbruch. Aktuelle Kriege und Krisen haben
2 die bereits großen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft verschärft und
3 die Unsicherheiten vergrößert. Unser Land steht vor der größten Umbruchsphase seit
4 Jahrzehnten. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die Industrie 4.0 und die
5 sozial-ökologische Transformation verändern unsere Arbeitswelt fundamental. Doch
6 während wir die Chancen der Digitalisierung und Dekarbonisierung sehen, wächst die
7 Unsicherheit. Die Inflation der letzten Jahre und die Angriffe konservativer Kräfte
8 auf den Sozialstaat gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- 9 Unsere Antwort: Gute Arbeit, eine starke Tarifbindung, ein sozialer Staat und eine
10 lebendige Demokratie. Nur wenn wir Wandel gemeinsam mit den Menschen gestalten, statt
11 ihn Marktkräften zu überlassen, sichern wir soziale Stabilität, Zusammenhalt und
12 Zukunftsfähigkeit.
- 13 Wir kämpfen für „Gute Arbeit“, die den Menschen Sicherheit gibt. Wir stellen uns
14 entschlossen gegen die Angriffe der CDU-Unternehmer und konservativer Kreise, die den
15 Sozialstaat aushöhlen wollen. Ein Angriff auf die Arbeitszeit oder die Aufweichung
16 des Arbeitsschutzes wird es mit uns nicht geben. Unser Ziel ist die Renaissance der
17 Tarifbindung und eine starke Demokratie, die im Betrieb beginnt und in der
18 Gesellschaft Halt gibt.
- 19 Für uns ist „Gute Arbeit“ kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Gute Arbeit bedeutet
20 mehr als Beschäftigung. Sie steht für Würde, faire Löhne, gesunde Bedingungen und ist
21 die Voraussetzung für soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und eine
22 funktionierende Demokratie. Doch dieses Grundrecht steht unter massivem Druck: durch
23 Tarifflicht, prekäre Beschäftigung, Standortschließungen, Verlagerungen und durch
24 politische Angriffe auf Arbeitnehmerrechte.
- 25 Tarifbindung ist der zentrale Schlüssel für Gute Arbeit. Tarifverträge sorgen für
26 faire Bezahlung, planbare Arbeitszeiten, Schutzrechte und demokratische Teilhabe in
27 den Betrieben. Wo Tarifbindung schwindet, wachsen Ungleichheit, Unsicherheit und
28 politische Entfremdung. Die Gestaltung der Arbeitswelt durch Tarifverträge muss der
29 Standard in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sein. Deutschland ist weit
30 entfernt von einer Tarifbindung in Höhe von 80 Prozent, wie es die europäische
31 Mindestlohnrichtlinie fordert. Sie muss politisch durchgesetzt werden – gegen
32 Widerstände von Arbeitgeberverbänden und konservativen Parteien. Deshalb kämpfen wir
33 für eine deutliche Stärkung der Tarifbindung und der DGB-Gewerkschaften.
- 34 Eine gute Rente ist Ausdruck von Respekt vor der Lebensleistung der arbeitenden

35 Menschen. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss im Alter sicher und würdevoll leben
36 können. Altersarmut ist kein individuelles Versagen, sondern ein politisches Problem
37 – und sie muss politisch gelöst werden.

38 Wir fordern eine gute Rente und einen starken Sozialstaat als Rückgrat unserer
39 Gemeinschaft. Ein starker Sozialstaat ist Voraussetzung für Freiheit, Gerechtigkeit
40 und Demokratie. Er schützt vor sozialen Risiken, schafft Chancen und gibt Sicherheit
41 in Zeiten des Wandels. Die Elemente der sozialen Sicherheit sind keine Belastung,
42 sondern die Grundlage für Stabilität und Vertrauen in die Demokratie. Wer soziale
43 Sicherheit abbaut, öffnet Rechtspopulisten und Demokratiefeinden Tür und Tor. Unsere
44 Leitlinie ist eine Politik mit den Menschen für die Menschen. Nur so sichern wir den
45 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

46 Demokratie ist mehr als das Recht, regelmäßig wählen zu dürfen. Sie lebt von
47 Vertrauen – in Politik, in Institutionen, und in die Überzeugung, dass jede Stimme
48 und jede Lebenslage zählt. Doch dieses Vertrauen ist kein Selbstläufer. Es erodiert
49 dort, wo Menschen das Gefühl haben, nicht mehr gehört oder abgesichert zu sein. Wer
50 täglich um seine Existenz kämpft, wer nicht weiß, ob der Lohn bis zum Monatsende
51 reicht oder ob die Miete morgen verdoppelt wird, verliert schnell den Glauben an
52 Gerechtigkeit und Mitbestimmung. Deshalb ist soziale Sicherheit kein Luxus, sondern
53 eine Grundvoraussetzung für eine stabile und lebendige Demokratie. Demokratie lebt
54 von Beteiligung, Mitbestimmung und sozialer Gerechtigkeit. Gute Arbeit, Tarifbindung,
55 soziale Sicherheit und bezahlbare Wohnungen sind keine Nebenthemen, sondern zentrale
56 Säulen einer starken Demokratie. Wer Demokratie verteidigen will, muss die sozialen
57 Grundlagen stärken.

58 Der wirtschaftliche, ökologische und digitale Wandel kann nur gemeinsam gestaltet
59 werden – mit den Beschäftigten, nicht gegen sie. Transformation braucht Sicherheit,
60 Qualifizierung und Mitbestimmung. Nur so wird sie gerecht und erfolgreich. Deshalb
61 müssen Standortschließungen, Auslagerungen und kurzfristige Renditeentscheidungen
62 zulasten von Beschäftigten politisch begrenzt werden.

63 Der Strukturwandel in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen und Regionen,
64 verändern die Anforderungen an Beschäftigte und Unternehmen. Eine Erfolgreiche
65 Fachkräftegewinnung und -sicherung ist für die Bewältigung der gesellschaftlichen
66 Herausforderungen zur Sicherung des Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit der
67 Volkswirtschaft in den kommenden Jahrzehnten entscheidend. Der technologische Wandel,
68 die Digitalisierung der Arbeitswelt und Verwaltung, der Weg zu Klimaneutralität bis
69 2045 lassen sich ebenso wenig wie die dauerhafte Bereitstellung hochwertiger
70 Gesundheits-, Pflege- und Inklusionsleistungen ohne geeignete Fachkräfte realisieren.
71 Durch Fachkräftezuwanderung aus anderen Ländern allein wird sich die
72 Fachkräftenachfrage nicht decken lassen. Um die vielfältigen wirtschaftlichen,
73 sozialen und gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben bewältigen zu können, ist es auch
74 erforderlich, noch nicht ausgeschöpfte Fachkräftepotenziale in allen Bereichen im
75 Zusammenwirken von Sozialpartnern, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu
76 erschließen.

Wir brauchen Strategien, um transformationsbedingte Veränderungen im Interesse von Beschäftigten und Unternehmen möglichst verwerfungsfrei und zukunftsorientiert zu gestalten. Insbesondere ist es wichtig, die sich durch technologische Fortschritte und innovative Arbeitsgestaltung ergebenden Möglichkeiten zu nutzen, um Fachkräftebedarfe und Fachkräftepotentiale möglichst gut in Einklang zu bringen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Frage des Kompetenz- und Qualifikationserwerbs bei sich laufend verändernden Anforderungen. Dabei ist eine massive Verschiebung der Qualifikationsanforderungen zu gestalten. Gleichzeitig ist der Druck durch die aktuellen Krisen noch einmal deutlich gestiegen. Milliarden werden im Bereich Klimaschutz und Energiewende investiert, aber alle Anstrengungen werden stocken, wenn nicht zeitnah ausreichend gut ausgebildete Beschäftigte bspw. Windparks bauen und warten, Wärmepumpen oder Ladesäulen installieren, emissionsarme Fahrzeuge herstellen etc. Es besteht die Gefahr einer Deindustrialisierung, wenn die ökologische und digitale Transformation nicht durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik begleitet wird. Politik muss sich klar entscheiden, auf wessen Seite sie steht. Die AfA fordert die SPD auf, wieder deutlich erkennbare Politik für Arbeitnehmer:innen und für die finanziell schwache Menschen in unserer Gesellschaft zu machen. Das heißt auch: Vermögende und große Gewinne müssen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls herangezogen werden. Industrie-, Klima- und Arbeitsmarktpolitik gehören zusammen. Gute Arbeit und Klimaschutz sind kein Widerspruch, sondern gemeinsame Zukunftsaufgaben. Dazu braucht es stärkere Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, damit betriebliche Zukunftsvereinbarungen, die mittel- und langfristige Investitionsentscheidungen, Standortsicherung, Kündigungsschutz und verbindliche Personal- und Qualifizierungsplanung und -entwicklung beinhalten, wenn nötig auch erzwingbar vereinbart werden können, - und damit unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Befristungen eingedämmt werden. Wir wissen, wo die Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen stark ist, wirkt auch das Vertrauen in demokratische Prozesse überhaupt. Angesichts des Vorrückens rechter Strömungen in unserer Gesellschaft braucht es gerade heute nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung, mehr Demokratie im Betrieb. Wir wollen mehr Fortschritt, mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung wagen. Wenn Arbeit und Gesellschaft sich verändern, muss die betriebliche Mitbestimmung moderner und stärker werden. Politik muss mit den Menschen und für die Menschen gemacht werden. Die AfA fordert: Qualifizierung statt Entlassung, Mitbestimmung statt Fremdbestimmung, Sicherheit statt Abstiegsangst. Beschäftigte müssen von Anfang an in Transformationsprozesse eingebunden werden. Die AfA steht für eine Politik, die zuhört, beteiligt und handelt – solidarisch, gerecht und demokratisch.

115

1. Gute Arbeit – Kern sozialdemokratischer Politik – nicht verhandelbar

Gute Arbeit ist die Voraussetzung für ein selbst bestimmtes Leben, soziale Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe und bedeutet sichere Arbeitsplätze,

119 existenzsichernde Löhne, Tarifbindung, Mitbestimmung, Gesundheit sowie verlässliche
120 Perspektiven. Doch genau diese Standards werden zunehmend infrage gestellt.
121 Die AfA setzt sich für eine Arbeitswelt ein, die den Menschen in den Mittelpunkt
122 stellt – nicht kurzfristige Profite. Prekäre Beschäftigung, sachgrundlose
123 Befristungen, unfreiwillige Teilzeit, Leiharbeit und Werkverträge dürfen nicht weiter
124 Normalität sein. Wir fordern ihre konsequente Eindämmung und den Ausbau regulärer,
125 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
126 Gute Arbeit heißt auch, dass Arbeit nicht krank macht. Psychische Belastungen,
127 Arbeitsverdichtung und ständige Erreichbarkeit nehmen zu. Hier braucht es klare
128 Regeln, starke Mitbestimmung und wirksamen Arbeitsschutz, der nicht dem
129 Bürokratieabbau zum Opfer fallen darf.
130 Wir fordern ein klares Bekenntnis zu guter Arbeit in den Vergaberichtlinien und
131 Gesetzen. Maßnahmenpakete und konkrete Umsetzungsschritte müssen mit sozialen und
132 ökologischen Nachhaltigkeitskriterien in den öffentlichen Tariftreue- und
133 Vergaberichtlinien und Förderprogrammen auf allen Ebenen verankert werden und dabei
134 Perspektiven für Gute Arbeit und nachhaltige Wertschöpfung im heimischen Industrie-,
135 Handwerks und Dienstleistungsbereich sicherstellen.
136 Wir erwarten von der SPD und ihren Mitgliedern in allen verantwortlichen, politischen
137 Positionen, dass sie sich unmissverständlich an die Seite der Beschäftigten stellt
138 und arbeitsmarktpolitische Rückschritte verhindert. Sozialdemokratische Politik misst
139 sich daran, ob sie das Leben der arbeitenden Menschen konkret verbessert.

140

141 **2. Kein Angriff auf die Arbeitszeit – klare Kante gegen CDU-Politik**

142 Die gesetzliche Arbeitszeit ist eine der größten sozialen Errungenschaften der
143 Arbeiterbewegung. Sie schützt die Gesundheit der Beschäftigten, ermöglicht
144 Vereinbarkeit von Arbeit, Familie, Pflege und Ehrenamt und ist Voraussetzung für
145 gesellschaftliche Teilhabe.
146 Die AfA lehnt jede Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes, insbesondere eine Abkehr vom
147 Acht-Stunden-Tag, entschieden ab. Flexibilität darf nicht einseitig zulasten der
148 Beschäftigten gehen. Die Beschäftigten brauchen keine längeren Arbeitstage, sondern
149 verlässliche Arbeitszeiten, die zum Leben passen – mit genug Zeit für Erholung,
150 Familie und Pflege. Arbeit muss gute, also gesundheitsfördernde und -erhaltende
151 Arbeit sein. Übermäßige Belastungen am Arbeitsplatz sind wirksam zu bekämpfen und
152 spürbar zu reduzieren. Arbeitszeit muss verlässlich, planbar sein. Statt längerer
153 Arbeitszeiten brauchen wir mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte, eine bessere
154 Verteilung von Arbeit und perspektivisch Arbeitszeitverkürzung bei vollem oder
155 teilweisem Lohnausgleich. Das ist auch ein Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit
156 und zur Sicherung von Beschäftigung im Wandel.
157 Die Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz sind Angriffe auf die Gesundheit und das
158 Privatleben der Beschäftigten. CDU und CSU fordern immer offener die Aufweichung des
159 Acht-Stunden-Tags und eine weitere Flexibilisierung zulasten der Arbeitnehmer:innen.

160 Die AfA sagt klar und unmissverständlich: Nicht mit uns.

161 Das Arbeitszeitgesetz schützt Menschen – nicht starre Regeln. Wer längere
162 Arbeitszeiten fordert, verschweigt die Realität von Arbeitsverdichtung, Burnout und
163 steigenden Krankheitszahlen.

164

165 **3. Tarifbindung stärken – faire Löhne und Mitbestimmung sichern**

166 Tarifverträge sind das Herzstück der sozialen Marktwirtschaft. Sie sorgen für faire
167 Löhne, gute Arbeitsbedingungen und gleiche Wettbewerbsbedingungen. Doch die
168 Tarifbindung in Deutschland ist seit Jahren rückläufig – mit gravierenden Folgen für
169 Beschäftigte und Demokratie. Jedes Jahr zahlt die öffentliche Hand rund 450 Mrd. Euro
170 für Aufträge und Dienste - oft erhalten Firmen ohne Tarifbindung den Zuschlag.
171 Tarifgebundene Hersteller, Dienstleister oder Handwerkerfirmen gehen leer aus.
172 Außerdem fehlt für viele Projekte die Akzeptanz.

173 Tariffucht verursacht einen volkswirtschaftlichen Schaden von 130 Mrd. Euro jedes
174 Jahr. Deshalb brauchen wir schnell ein Tariftreuegesetz für die Stabilität der
175 Arbeits- und Lebensverhältnisse, für die Zustimmung zu unserer Demokratie und für die
176 Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft ohne Schlupflöcher und Ausnahmen, wie etwa für
177 Subunternehmer oder Start-ups. Gerade bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen hat
178 der Staat es in der Hand, für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Auch
179 auf kommunaler und Landesebene müssen Tariftreuregelungen verpflichtend werden.
180 Staatliche Subventionen und Förderungen werden fortan an die Tariftreue von
181 Unternehmen gekoppelt.

182 Auf europäischer Ebene hat der Rat der Europäischen Union bereits am 4. Oktober 2022
183 mit einer EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne (EU-RL 2022/2041) die
184 Mitgliedstaaten verpflichtet, bei einer Tarifbindungsquote von unter 80%, einen
185 nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverträgen zu erstellen.

186 Wir, die AfA haben dazu bereits ein 10-Punkte-Aktionsprogramm mit Maßnahmen zur
187 aktiven Förderung der Tarifbindung vorgeschlagen. Die deutschen DGB-Gewerkschaften
188 haben Vorschläge zu einem wirksamen Tariftreuegesetz eingebracht. Vieles hatten die
189 anfänglichen Gesetzesentwürfe beinhaltet. Unverständlich ist, dass der
190 Referentenentwurf wieder Aufweichungen aufweist, selbst die Verabredungen aus dem
191 Koalitionsvertrag sind nur noch in Ansätzen enthalten.

192 Mit Blick auf die Umsetzung der EU-Mindestlohnrichtlinie sind nachfolgende Punkte
193 daher notwendig. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit in der SPD (AfA) fordert eine
194 klare sozialdemokratische Kurskorrektur:

195 Wir unterstützen die Forderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an die
196 Bundesregierung, einen nationalen Aktionsplan zu erstellen und weitere Maßnahmen zur
197 Stärkung der Tarifbindung und zur Sicherung der Tarifautonomie umgehend anzugehen.

198 Insbesondere fordern wir daher:

- 199 • wichtige im ursprünglichen Arbeitsentwurf des BMAS festgehaltene Inhalte nicht
200 zu verschlechtern (z.B.: der sachliche Anwendungsbereich der

- 201 Tariftreuregelungen, Lieferleistungen, einheitliche Schwellenwert von 10.000
202 Euro,).
- 203 • kein aufwändiges und kompliziertes Antragsverfahren inkl. einer Clearingstelle
204 und keine Einschränkung des Anwendungsbereichs im Rahmen der Definition des
205 Auftragsgegenstandsbezugs.
- 206 • die jetzt geplante Verfahrensordnung lehnen wir ebenso wie die Einrichtung einer
207 Clearingstelle in ihrer jetzt beschriebenen Form, sowie die hier formulierte
208 Einschränkung der Nachunternehmerhaftung entschieden ab.
- 209 • dass in § 5 Abs. 1 BTTG-E außerdem normiert werden sollte, dass auf das
210 Antragsrecht einer Tarifvertragspartei nicht verzichtet werden kann.
- 211 • dass die verpflichtende Offenlegung der Mitgliederzahlen der
212 Tarifvertragsparteien nach § 5 Abs. 3 abgelehnt wird, weil sie verfassungswidrig
213 ist.
- 214 • ein zeitgemäßes digitales Zugangsrecht für die DGB-Gewerkschaften
- 215 • endlich die Verhinderung von Tariffucht bei Betriebsausgliederungen in
216 Konzernstrukturen zum Zwecke der Tariffucht sichergestellt wird
- 217 • dass die Bundestariftreuregelung bei allen öffentlichen Verfahren greifen muss
218 und keine Ausnahmen zulässt.
- 219 • dass der räumliche Anwendungsbereich des BTTG nicht nur auf das Hoheitsgebiet
220 der Bundesrepublik Deutschland beschränkt sein darf.
- 221 • dass der Bundesauftraggeber einem Auftragnehmer ausführungsbedingt verbindlich
222 vorgeben muss, dass dieser sicherstellt, dass mindestens die Arbeitsbedingungen
223 gewährt werden müssen, die die jeweils einschlägige Rechtsverordnung nach § 5
224 festsetzt.
- 225 • dass die Allgemeinverbindlicherklärungen (AVE) gestärkt werden
- 226 • die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften
- 227 • eine grundlegende Überarbeitung des Straftatbestands des § 119 BetrVG
- 228 • OT-Mitgliedschaft zu verbieten
- 229 • dass im Handwerk Innungen als öffentlich-rechtliche Institutionen anerkannt
230 werden müssen, damit sie ihrer Pflicht als Tarifverband nachkommen.
- 231 • ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einzuführen
- 232 • dass Lehrpläne Inhalte zur Sozialpartnerschaft enthalten
- 233 Gewerkschaften müssen auch im digitalen Raum präsent sein. Beschäftigte im Homeoffice
234 oder in verteilten Teams dürfen nicht von gewerkschaftlicher Information
235 abgeschnitten werden. Daher ist ein zeitgemäßes, digitales Zugangsrecht (§ 2 BetrVG),
236 das Gewerkschaften den Zugang zu Intranet, E-Mail-Verteilern und betrieblichen
237 Kommunikationsplattformen ermöglicht, sicherzustellen.
- 238 Im Fall des Betriebsübergangs eines Betriebes oder Betriebsteils innerhalb eines
239 Konzerns, sollte die Regelung des § 3 Abs. 3 TVG auch für den neuen Inhaber gelten,

240 und zwar im Hinblick auf den Tarifvertrag, an den der bisherige Arbeitgeber gebunden
241 war und nicht seines eigenen. Die neuerliche Forderung des BMF zu dem
242 Referentenentwurf des Vergabetransformationspakts ist abzulehnen! Das BMF fordert für
243 den Referentenentwurf des Vergabetransformationspakts, dass juristische Personen des
244 privaten Rechts, die überwiegend vom Bund beherrscht werden, wie unter anderem die
245 Deutsche Bahn AG oder die Autobahn GmbH, bis zu den EU-Schwellenwerten nach § 106 GWB
246 nicht mehr in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallen.

247 Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert
248 werden, um der Tariffucht von immer mehr Unternehmen in eigentlichen tarifgebundenen
249 Branchen entgegenzuwirken. Wenn Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt
250 werden, sind sie auch für tariflose Unternehmen in der Branche verpflichtend und auch
251 auf Entsendefirmen anwendbar. Darüber hinaus wird das Veto-Recht für Arbeitgeber im
252 Tarifausschuss aufgehoben und eine Klarstellung und Erweiterung der gesetzlichen
253 Anforderungen geschaffen. Auch arbeitnehmerähnliche Personen sollten von
254 Allgemeinverbindlicherklärungen erfasst werden können.

255 ähnlich wie bei Wirtschaftsstraßvergehen - die Einrichtung einer
256 Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die von Amtswegen bei Verstößen gegen das
257 Betriebsverfassungsgesetz tätig werden muss.

258 Die Ausgestaltung als Erfolgsdelikt erschwert neben dem Antragserfordernis die
259 tatsächliche Verfolgung von Straftaten gegen Interessenvertretungen. Daher sollen die
260 Straftatbestände der Ver- und Behinderung von Betriebsratswahlen und
261 Betriebsrattätigkeit zusätzlich auch als Tätigkeitsdelikte auszugestalten. Die
262 Strafbarkeit einer Wahlbehinderung oder einer Behinderung von Betriebsratsarbeit darf
263 nicht davon abhängen, dass der Erfolg der Behinderung tatsächlich eintritt – denn
264 dann kann es unter Umständen schon zu spät sein. Die Tätigkeit an sich muss schon
265 strafbewehrt sein.

266 Außerdem sollten Wahlvorstände in den geschützten Personenkreis aus Nr. 2 und Nr. 3
267 aufgenommen werden.

268 Für einen echten und wirksamen Schutz gegen Wahlbehinderung braucht es einen
269 verbesserten Kündigungsschutz rund um die Betriebsratswahlen, insbesondere einen
270 verbesserten und verlängerten Initiator*innenschutz, der in der Ausgestaltung dem der
271 Wahlvorstände entspricht.

272 OT-Mitgliedschaft sind abzuschaffen und eine Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden
273 transparent zu gestalten. Das Prinzip der Sozialpartnerschaft basiert darauf, dass
274 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände für alle ihre Mitglieder Tarifverträge
275 aushandeln. Die Mitgliedschaft von Unternehmen ohne Tarifvertrag in
276 Arbeitgeberverbänden („OT-Mitgliedschaft“) widerspricht diesem Prinzip. In den Genuss
277 einer politischen Interessenvertretung soll nur kommen, wer das Wirtschaftssystem in
278 unserem Land respektiert und anwendet.

279 Ein arbeitsrechtliches Verbandsklagerecht für zuständige, ggf. im Betrieb vertretene
280 Gewerkschaften muss es geben, um kollektiv die Einhaltung von Tarifverträgen oder
281 gesetzlichen Mindeststandards einklagen zu können. Immer wieder gibt es Arbeitgeber,

282 die tarifvertragliche Regelungen und gesetzliche Mindeststandards des Arbeitsrechts
283 verletzen. Arbeitnehmende dürfen nicht darauf verwiesen werden, auf Verbesserungen
284 selbst hinwirken und diese selbst einklagen zu müssen.

285 Sozialpartnerschaft ist eine tragende Säule unseres Wirtschafts- und
286 Gesellschaftssystems. Trotz dieser Tatsache fehlt es gerade bei jüngeren Menschen an
287 hinreichender Bildung zu Gewerkschaften, Tarifverträgen und betrieblicher
288 Mitbestimmung. Um die Tarifbindung gesamtgesellschaftlich zu stärken braucht es
289 verbindliche Bildung zur Sozialpartnerschaft in der schulischen und der einschlägigen
290 Hochschulbildung sowie ein Zugangsrecht der Gewerkschaften für Schulen und
291 Hochschulen.

292 Die AfA fordert eine entschlossene politische Offensive zur Stärkung der
293 Tarifbindung. Das Vergaberecht muss zum Schutz von Arbeits- und Sozialstandards
294 präzisiert werden. Jedes Förder- Programm und -Projekt, das an die Schaffung und
295 Sicherung von Arbeitsplätzen gekoppelt ist, muss qualitative Aspekte von Guter Arbeit
296 in die Förderrichtlinien integrieren. Dazu gehören nicht nur die zuschussbasierte
297 Vergabe von Beihilfen und Fördermitteln über die Wirtschafts- und
298 Strukturförderprogramme, sondern auch die kreditbasierte Förderung über nationale
299 Förderbanken, wie z.B. über die KfW oder die Europäische Investitionsbank.

300 Tarifautonomie braucht politische Unterstützung. Wo Tarifbindung wächst, wachsen
301 Respekt, Sicherheit und Vertrauen. Eine hohe Tarifbindung ist aktiver
302 Demokratieschutz.

303

304 **4. Den Wandel gemeinsam gestalten – gerecht, solidarisch und demokratisch**

305 Der ökologische, digitale und industrielle Wandel verändert unsere Arbeitswelt
306 tiefgreifend. Diese Transformation kann nur gelingen, wenn sie sozial gerecht
307 gestaltet wird.

308 Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Transformation. Dazu brauchen
309 wir Investitionen in neue Technologien und Zukunftsarbeitsplätze, in eine moderne
310 Infrastruktur, in Regional- und Strukturpolitik und vor allem in Qualifizierung, um
311 den Beschäftigten eine Brücke in die neue Arbeitswelt zu bauen. Berufliche
312 Weiterbildung ist Voraussetzung, um den Wandel aktiv und im Sinne der Beschäftigten
313 zu gestalten. Sie eröffnet Chancen und bietet Schutz.

314 Die Arbeitgeber in Industrie und Dienstleistung müssen ihre Strategien zur
315 Bewältigung des Wandels offenlegen und sie müssen ihre Belegschaften an der
316 Gestaltung der Veränderungen beteiligen.

317 Die Politik muss politische Rahmenbedingungen schaffen, die Industrie- und
318 Strukturpolitik stärkt, die Investitionen in Infrastruktur, in den Umbau in eine
319 starke Wirtschaft, in eine nachhaltige Energieversorgung, ausgerichtet auf
320 erneuerbare Energien und neue klimafreundliche Technologien fördern. Auch die
321 Sicherung und der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten und Transformationscluster
322 muss gelingen. Dazu braucht es Instrumente, die Lieferketten stärken und

323 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entlang globaler und regionaler
324 Wertschöpfungsketten beeinflussen.

325 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der Volkswirtschaft. Ob
326 Heizungs- oder Elektrohandwerk, ohne die mittelständischen Dienstleistungs- und
327 Handwerksbetriebe gibt es keinen Wirtschaftsaufschwung. Der Mittelstand, als Stütze
328 der Wirtschaft und Gesellschaft ist in vielen Bereichen der wichtigste Arbeitgeber.
329 Weitere Wirtschaftsbereiche wie Handel und Gesundheit kommen dazu. Allerdings spielt
330 nach wie vor die Industrie in Deutschland und Europa eine wichtige Rolle in der
331 wirtschaftlichen Entwicklung und bildet die Grundlage für die Beschäftigung von
332 Millionen von Menschen und ist zugleich ein Motor für Wachstum und Innovation.
333 Derzeit gerät die Industrie jedoch weiter unter Druck. Sie steht vor
334 Herausforderungen wie der Digitalisierung, dem Klimawandel und dem Umbau der
335 Energieversorgung aber auch wegen den Handelskonflikten, schwankendem Wachstum,
336 hartnäckiger Inflation sowie Verschuldung und weltweiter Verunsicherung durch die US-
337 Zollpolitik. Eine Stärkung der Industriepolitik in Deutschland und Europa ist deshalb
338 mehr als dringend erforderlich.

339 Die Politik muss sicherstellen, dass die Transformation sozial gerecht erfolgt. Dazu
340 müssen Vermögen und Spitzeneinkommen höher besteuert werden. Das stärkt die
341 öffentlichen Einnahmen und reduziert die soziale Ungleichheit. Dazu gehört auch die
342 Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie die Unterstützung von
343 Umschulungsprogrammen für Arbeitnehmer, die von Umstrukturierungen betroffen sind.
344 Wir wollen, dass die Politik ...

345 • den Wandel aktiv begleitet und gestaltet, mit Blick auf gute Arbeit der Zukunft
346 und Klimaschutz. Im Zentrum guter Industriepolitik stehen stabile Arbeitsplätze
347 und gute tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsbedingungen.

348 • alles daran setzt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen. Es gilt,
349 sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten, damit industrielle
350 Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland eine Zukunft haben – und der
351 Wandel unseren sozialen und ökologischen Standards gerecht wird.

352 • als industriepolitisches Augenmerk auf die Stabilisierung von Lieferketten legt.
353 Dazu braucht es gesamteuropäische Konzepte, um Abhängigkeiten und Umwelt- und
354 soziale Schäden zu reduzieren.

355 • die Transformation nicht den freien Marktkräften überlässt, sondern sozial,
356 ökologisch und demokratisch gestaltet, mit den Beschäftigten gemeinsam. Sonst
357 drohen massive gesellschaftliche Verwerfungen und Wohlstandsverluste.

358 • eine aktive Industriepolitik vorantreibt, mit Planungssicherheit, als kluge und
359 verlässliche Regulierung.

360 • einen starken Rahmen für Lieferketten schafft und durchsetzt. Diese Instrumente
361 müssen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entlang globaler
362 Wertschöpfungsketten im Sinne guter Arbeit und der Beschäftigten beeinflussen.

363 • weiter Förderinstrumente auf den Weg bringt, die Standorte, Beschäftigung und

gute Arbeit sichern und zukunftsfest weiterentwickeln, die an Kriterien sozial verantwortlicher und nachhaltiger Unternehmensführung orientiert sind, den ökologischen Umbau fördern und vollständige industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland bzw. Europa zum Ziel haben.

- dass Herausforderungen insbesondere der Digitalisierung und des Klimawandels mit Technologien „Made in Germany“ und mit „Guter Arbeit“ bewältigt werden.

Diese Chancen sind sicherzustellen.

5. Starker Sozialstaat – Sicherheit schaffen im Wandel

Die Sozialversicherungen sind das Sicherheitsnetz für Beschäftigte. Den Sozialstaat abzubauen, um mehr Geld in andere Bereiche zu stecken, ist der völlig falsche Weg. Menschen brauchen nicht weniger, sondern mehr Schutz in allen Lebensbereichen. Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Der Weg in eine klimafreundliche und digitale Zukunft verändert das Leben und das Arbeiten in Deutschland. Viele Menschen haben Sorge, dass es ihnen in Zukunft schlechter geht. Das nutzen Rechtspopulisten und Extremisten aus. Die Menschen brauchen Sicherheit im Wandel.

Ein starker Sozialstaat ist kein Kostenfaktor, sondern eine Investition in sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Stabilität und Demokratie. Er schützt vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Armut und Ausgrenzung. Damit unser Sozialstaat stark bleibt, fordern wir:

- die Stabilisierung unserer soziale Sicherungssysteme.
- Beschäftigte brauchen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung und bei Erwerbsminderung, Pflege und im Alter eine verlässliche und gute Absicherung. Alle sollen am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilhaben können. Die SPD muss sicherstellen, dass hier nicht gekürzt wird.
- mehr Investitionen in sozialen Zusammenhalt
- Der Staat muss in Krankenhäuser, den öffentlichen Gesundheitsdienst, in die Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen, sowie in Kranken- und Pflegeversicherungen investieren. So kann die Gesundheitsversorgung und das Leben der Menschen besser werden. Die SPD muss sicherstellen, dass mehr Geld für den Sozialstaat zur Verfügung gestellt wird.

- Die Wiedereinführung der Vermögen- und Erbschaftssteuer

Wer überreich ist oder ein sehr großes Vermögen besitzt, soll sich an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern entlastet die breite Mehrheit auch spürbar. Gerechtigkeit ist ein Markenkern der SPD, deshalb muss sie alles tun, damit der Sozialstaat gerecht finanziert wird.

CDU/CSU und Arbeitgeberverbände erzählen wieder die alten Märchen von der zu bequemen sozialen Hängematte. Der Sozialstaat sei zu großzügig, das Geld brauche man für Verteidigungsausgaben und um den Handlungsspielraum der Bundesregierung an anderen

404 Stellen zu stärken.

405 Alles Lüge: Deutschland gibt im internationalen Vergleich wenig Geld für soziale
406 Sicherheit aus. Gleichzeitig können viele Beschäftigte von ihrer Arbeit nicht leben,
407 benötigen also staatliche Hilfen. Derzeit sind rund 800.000 Beschäftigte auf soziale
408 Leistungen angewiesen – ihr Lohn reicht nicht, um Miete, Energie und Lebensmittel zu
409 bezahlen.

410 Seit Jahren kritisieren wir wie auch die DGB-Gewerkschaften die Job-Modelle wie
411 Minijobs, Leiharbeit und Solo-Selbständigkeit, in denen die Beschäftigten nicht oder
412 schlecht sozial abgesichert sind, und nicht genug verdienen. Der Staat – die
413 Steuerzahlenden – muss dann finanziell einspringen, um Niedriglöhne aufzustocken.
414 Gleichzeitig entgehen den Sozialversicherungen durch Minijobs, Midijobs, Saisonarbeit
415 und Solo-Selbständigkeit, wie auch durch fehlende Tarifbindung jedes Jahr Milliarden
416 Euro an Beiträgen, weil entweder keine oder nur geringe Krankenkassen-, Renten- und
417 Arbeitslosenbeiträge gezahlt werden.

418 Auch die Behauptung, dass der deutsche Sozialstaat überdurchschnittlich wächst, ist
419 falsch. Die Sozialausgaben in Deutschland sind weder im internationalen noch im
420 historischen Vergleich besonders hoch – und zuletzt auch keineswegs stark gewachsen.
421 Das zeigen Daten der Industriestaatenorganisation OECD. Sie vergleicht seit 2002 die
422 Zuwächse bei den Sozialausgaben unter 27 Ländern. Deutschland belegt den drittletzten
423 Platz. Im internationalen Vergleich sind Deutschlands Sozialausgaben deutlich
424 geringer gewachsen als in anderen Industrienationen.

425 Die AfA kämpft gegen Sozialabbau und für den Ausbau sozialer Sicherungssysteme.
426 Leistungen müssen armutsfest sein, Zugänge unbürokratisch und menschenwürdig. Um dies
427 zu gewährleisten, brauchen wir Ämter, in denen die Kolleginnen und Kollegen
428 empathisch bleiben können, statt Armut und finanzielle Notlagen als Übel zu sehen.
429 Sanktionen, die existenzielle Not erzeugen, lehnen wir ab. Soziale Sicherheit ist
430 Voraussetzung dafür, dass Menschen Veränderungen annehmen und aktiv mitgestalten
431 können.

432

433 **6. Gute Rente – Lebensleistung anerkennen und Altersarmut verhindern**

434 Eine gute Rente ist Teil Guter Arbeit. Wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen
435 oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter gut abgesichert sein. Eine gute Rente ist
436 kein Geschenk, sondern erarbeiteter Anspruch. Trotzdem droht Millionen Menschen
437 Altersarmut – vor allem Frauen, Beschäftigten mit niedrigen Löhnen und unterbrochenen
438 Erwerbsbiografien. Altersarmut ist eine der größten sozialen Herausforderungen
439 unserer Zeit.

440 Die AfA lehnt:

- 441 • eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters
- 442 • Rentenkürzungen durch die Hintertür
- 443 • eine weitere Privatisierung der Altersvorsorge
- 444 entschieden ab.

445 Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden. Gute Löhne, Tarifbindung und sichere
446 Beschäftigung sind die beste Rentenpolitik. Die AfA setzt sich für ein stabiles
447 Rentenniveau, eine solidarische Finanzierung und eine Stärkung der gesetzlichen Rente
448 ein. Das Rentenniveau wurde bei 48 Prozent bis 2031 stabilisiert. Diese
449 Stabilisierung muss auch über 2031 hinaus dauerhaft gesichert werden.

450 Um ein gutes Leben im Alter zu garantieren und den Lebensstandard weitgehend zu
451 sichern ist das Rentenniveau perspektivisch auf 53 Prozent anzuheben, also in etwa
452 auf den Stand zu Beginn dieses Jahrtausends. Damit kann der im Erwerbsleben
453 durchschnittlich erreichte Lebensstandard auch im Alter weitgehend erhalten und ein
454 sozialer Abstieg im Alter verhindert werden. Dieses Versorgungsziel ist durch die
455 gesetzliche Rentenversicherung zu ermöglichen. Über lange Zeit wurde so ein Netto-
456 Rentenniveau von etwa 70 Prozent erreicht – was nach heutiger Berechnungsmethode
457 einem Sicherungsniveau netto vor Steuern von etwa 53 Prozent entspricht. Weitere
458 Maßnahmen sind zwingend erforderlich:

- 459 • Die Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt
460 tatsächlich erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu
461 definieren.
 - 462 • Das Verhältnis von neuer Standardrente zu entsprechendem Durchschnittseinkommen
463 muss als das daraus abzuleitende Sicherungsniveau zum Zielniveau werden, welches
464 zügig wieder erreicht und dann dauerhaft gehalten werden muss.
 - 465 • Der Altersvorsorgeanteil (AVA) muss aus der Renten Anpassungsformel ersatzlos
466 gestrichen werden.
 - 467 • Minijobs müssen ab dem ersten Euro versicherungspflichtig werden, jedoch hat
468 zunächst der Arbeitgeber den gesamten Beitrag alleine zu zahlen. Erst mit
469 steigendem Bruttolohn übernehmen die Beschäftigten teilweise den Beitrag bis zur
470 paritätischen Finanzierung. Damit wird die gläserne Decke für
471 Teilzeitbeschäftigte im untersten Stunden- und Einkommenssegment („Minijob-
472 Falle“) durchbrochen. Die finanziellen Hindernisse, die Erwerbstätigkeit
473 auszuweiten, werden so reduziert.
 - 474 • Außerdem fordern wir die Weiterentwicklung der paritätisch finanzierten
475 Rentenversicherung in die zukünftig alle Bevölkerungsschichten in Form einer
476 Erwerbstätigenversicherung in das Rentensystem einbezogen werden.
- 477 Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich
478 auf den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages im Bereich
479 des Niedriglohnsektors ist mindestens am Durchschnitt der Löhne der jeweiligen
480 Branche auszurichten (Arbeitgebermindestbeitrag). Die Beiträge der Versicherten
481 werden entsprechend gesenkt und der Anreiz für niedrige Löhne gebremst.
- 482 • Für die Kindererziehung, Betreuung und Pflege von Angehörigen, für
483 Qualifizierung und Weiterbildung, auch bei Arbeitsplatzverlust, dürfen keine
484 Lücken in der Altersvorsorge eintreten. Für diese Zeiten sind Rentenpunkte zu
485 gewähren und die bestehenden Regeln zu verbessern. Die Grundrente soll dafür

sorgen, dass nach vielen Jahren Arbeit die Rente im Alter zum Leben auch bei geringem Lohn reicht. Diese muss aber verbessert und der Zugang erleichtert werden.

- Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein eigentumsähnlicher Bestandsschutz.

Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigen-versicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen. Um Länder und Kommunen von den vorübergehend ansteigenden Beitragslasten für Ihre BeamtInnen zu entlasten, errichtet der Bund einen Sonderfonds, der mittelfristig durch die eingesparten Pensionen zurückerstattet wird. Auch hierbei helfen uns die derzeit niedrigen Zinsen. Perspektivisch stellen wir damit die Alterssicherung unabhängig von der arbeitsrechtlichen Erwerbsform und dem bezogenen Einkommen auf eine möglichst breite Beitragszahlendenbasis.

- Leistungsverbesserungen in der Rente müssen aus Steuern finanziert werden – nicht allein aus Beiträgen. Der Bund muss seine Finanzierungslücke von aktuell rund 40 Milliarden Euro schließen. Die Kürzungen des Bundeszuschusses um jährlich 1,2 Milliarden Euro müssen zurückgenommen werden.

Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Angesichts des demographischen Wandels wird es zu höheren Ausgaben und zu Mehrbelastungen kommen. Dies ist nicht zu bezweifeln. Der von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,6% in der Rentenversicherung muss schrittweise angehoben werden, dass die Beitragssätze in den nächsten Jahren über die gesetzlichen Haltelinien von 20 Prozent und 22 Prozent ab 2030 steigen werden. So können substanzielle Verbesserungen im Rentenniveau erreicht werden.

Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu besetzen - als Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut. Deshalb müssen gute Löhne, stabile Erwerbsbiografien und Tarifbindung die Grundlage für auskömmliche Renten sein.

Die gesetzliche Rente bleibt das zentrale Instrument der Alterssicherung!

7. Starke Demokratie – soziale Gerechtigkeit als Fundament

Demokratie lebt von Vertrauen und Teilhabe. Dieses Vertrauen entsteht nicht allein durch Wahlen oder Institutionen, sondern durch soziale Sicherheit im Alltag. Nur wer frei von Existenzangst leben kann, kann auch frei wählen, mitbestimmen und

527 Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen. Soziale Gerechtigkeit ist deshalb
528 keine Nebensache, sondern das Fundament unserer Demokratie.

529 Menschen, die um ihre Existenz kämpfen, verlieren Vertrauen in Politik und
530 Institutionen. Wenn Arbeit unsicher ist, Wohnungen unbezahlbar werden und soziale
531 Netze reißen, droht das Fundament unserer Demokratie zu erodieren.

532 Die AfA stellt sich dieser Entwicklung entschieden entgegen. Wir wollen eine
533 Gesellschaft, in der Respekt, Sicherheit und Teilhabe für alle gelten. Wo Menschen
534 sich abgehängt fühlen, drohen Politikverdrossenheit, Populismus und gesellschaftliche
535 Spaltung. Starke Tarifbindung, gerechte Löhne, sichere Arbeitsplätze, ein
536 verlässlicher Sozialstaat und bezahlbarer Wohnraum sind die tragenden Säulen einer
537 lebendigen Demokratie. Auch Mitbestimmung im Betrieb ist gelebte Demokratie – jeden
538 Tag.

539 Damit diese Grundpfeiler dauerhaft gesichert und ausgebaut werden, fordern wir, die
540 SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass: die AfA-Forderungen zu
541 Guter Arbeit und Starker Tarifbindung umgesetzt werden wie z.B.:

- 542 • dass Tarifverträge wieder zur Grundlage fairer Löhne und Arbeitsbedingungen
543 werden.
- 544 • dass Tarifaufonomie durch erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von
545 Tarifverträgen gestärkt wird.
- 546 • dass Öffentliche Aufträge grundsätzlich nur an tarifgebundene Unternehmen
547 vergeben werden.
- 548 • dass Befristungen und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden.**ein starker**
549 **Sozialstaat alle Menschen absichert, mit Maßnahmen wie**
- 550 • dem Ausbau von Grundsicherungssystemen zu einer solidarischen Bürgerversicherung
- 551 • dem Schutz vor Altersarmut durch eine stabile, solidarische Rente
- 552 • Investitionen in soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Pflege und Gesundheit
553 **dass bezahlbarer Wohnraum zur Lebensrealität wird, mit Maßnahmen wie**
- 554 • Deutlicher Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und sozialer Wohnraumförderung
- 555 • Gemeinwohlorientierter Bodenpolitik und Förderung kommunaler Wohnungsunternehmen
- 556 • Verstärkung und Erweiterung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus
- 557 • Begrenzung von Mieterhöhungen und konsequente Bekämpfung von Spekulation am
558 Wohnungsmarkt
- 559 • Deutlicher Erweiterung von bezahlbaren Unterkünften für Studierende und
560 Auszubildende**Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft gestärkt wird. Dazu bedarf**
561 **es**
- 562 • der Ausweitung betrieblicher Mitbestimmungsrechte und Unterstützung von
563 Betriebsräten
- 564 • Einer Demokratisierung der Wirtschaft durch mehr Arbeitnehmer- und
565 Arbeitnehmerinnen-Vertretungen in Aufsichtsräten und eine Stärkung ihrer Stimmen

566 • Förderung einer neuen Kultur der Sozialpartnerschaft

567 Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft ist gelebte Demokratie. Betriebsräte,
568 Gewerkschaften und Tarifverträge stärken demokratische Kompetenzen und Solidarität.
569 Angriffe auf Mitbestimmung sind Angriffe auf die Demokratie selbst.

570 Die AfA tritt entschieden gegen Rechtsextremismus, Populismus und jede Form von
571 Menschenfeindlichkeit ein. Soziale Spaltung ist der Nährboden für
572 demokratiefeindliche Kräfte – wir bekämpfen sie an der Wurzel. Um dies zu
573 unterstützen, brauchen wir zwingend die Einführung einer Demokratiezeit für
574 Arbeitnehmer*Innen.

575 Eine „Demokratiezeit“ soll eingeführt werden, damit Demokratie auch im Betrieb gelebt
576 werden kann. Echte Mitbestimmung kann im Betrieb nur erfolgen, wenn dafür auch Zeit
577 zur Verfügung steht. Mindestens eine Stunde pro Woche sind alle Beschäftigten von
578 ihrer Arbeit freizustellen, um sich in ihren Interessenvertretungen im Betrieb
579 einbringen und sich über ihre Arbeitsbedingungen austauschen zu können.

580

581 8. Politik mit den Menschen – für die Menschen

582 Sozialdemokratische Politik lebt vom Vertrauen und der Nähe zu den Menschen. Dieses
583 Vertrauen entsteht nicht durch technokratische Programme oder von oben verordnete
584 Entscheidungen, sondern durch Dialog, Einbindung und Glaubwürdigkeit. Politik muss
585 gemeinsam mit den Menschen gestaltet werden – in Betrieben, Verwaltungen,
586 Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen.

587 Die AfA steht für eine starke Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb
588 der SPD und in der gesamten Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, ihre Interessen
589 konsequent zu vertreten – solidarisch, mutig und verlässlich. Politische
590 Entscheidungen sind aus unserer Sicht nur wirksam und gerecht, wenn sie die Realität
591 der Beschäftigten widerspiegeln.

592 Wer tagtäglich in Betrieben, Verwaltungen, Pflegeeinrichtungen oder
593 Dienstleistungsjobs arbeitet, weiß, was politische Entscheidungen im Alltag bedeuten.
594 Diese Erfahrung muss in die Politik einfließen. Zunehmende Distanz zwischen
595 politischer Ebene und Lebenswirklichkeit führt zu Politikverdrossenheit und öffnet
596 populistischen Strömungen den Raum.

597 Dem begegnet die AfA mit einer klaren Haltung: Politik darf nicht über die Menschen
598 hinweg gemacht werden, sondern muss mit ihnen gemeinsam entstehen. Die SPD muss
599 wieder erlebbar machen, dass sie die Partei ist, die die Stimme der arbeitenden
600 Menschen hört, versteht und wirksam vertritt.

601 Zuhören, beteiligen, handeln – das sind die drei Grundprinzipien sozialdemokratischer
602 Arbeitnehmerpolitik. Deshalb brauchen wir eine

603 **Politik, die zuhört**

604 Dazu sind folgende Schritte unerlässlich:

605 • Frühzeitige Beteiligung von Beschäftigten, Gewerkschaften und Sozialpartnern bei

606 politischen Entscheidungsprozessen.

607 • Stärkere institutionelle Verankerung von Gewerkschaften und
608 Arbeitnehmervertretungen in Gesetzgebungsverfahren auf Bundes-, Landes- und
609 kommunaler Ebene.

610 • Ausbau von Dialogformaten zwischen SPD, Gewerkschaften, Betriebs- und
611 Personalräten, um politische Entscheidungen an den tatsächlichen
612 Lebensrealitäten zu orientieren. Hier ist die AfA das Bindeglied.

613 • Förderung von Bürgerdialogen und Beteiligungsformaten, die allen Menschen
614 ermöglichen, ihre Interessen einzubringen.

615 **Politik, die beteiligt**

616 Dazu sind folgende Maßnahmen notwendig:

617 • Ausbau der Mitbestimmung in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung.

618 • Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes, damit Betriebsräte in
619 Transformationsprozessen (Digitalisierung, ökologische Umstellung, KI) volle
620 Beteiligungsrechte erhalten.

621 • Einführung verbindlicher Sozialpartner-Beteiligung bei wirtschaftlichen
622 Strukturplänen.

623 • Förderung der Tarifbindung und Aufnahme der Sozialpartner in
624 ressortübergreifende Zukunftsprogramme (z.B. Energie-, Industrie-, Pflege- und
625 Bildungssektoren).

626 **Politik, die handelt**

627 Dazu brauchen wir:

628 • Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Weiterbildung, sichere Beschäftigung und
629 Transformation fördert, statt Prekarisierung zu dulden.

630 • Offensive für gute Arbeit: Abschaffung sachgrundloser Befristungen, Stärkung
631 tariflicher Mindeststandards, konsequente Einhaltung von Arbeitsrechten und
632 Kontrollen gegen Ausbeutung.

633 • Soziale Absicherung in der Transformation: Schutz von Beschäftigten in Branchen,
634 die im Wandel stehen – durch Qualifizierung, Transfergesellschaften und soziale
635 Sicherung.

636 • Gerechte Steuerpolitik, die Entlastung für kleine und mittlere Einkommen bringt
637 und große Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzieht.

638 • Stärkung der SPD als Partei der Arbeit

639 Dazu ist folgendes erforderlich:

640 • Förderung der gewerkschaftlichen Vernetzung innerhalb der SPD sowie stärkere
641 Repräsentation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in allen Parteigremien.

642 • Regelmäßige Konsultationen zwischen SPD-Parteivorstand und den
643 Gewerkschaftsspitzen.

644 • Ausbau der politischen Bildungsarbeit der AfA, um Beschäftigte zur aktiven

645 politischen Beteiligung zu befähigen.

646 • Die SPD soll sich als „Partei der Arbeit und Mitbestimmung“ klar positionieren –
647 als Gegenentwurf zu einer Politik der sozialen Spaltung und Entfremdung.

648

649 Für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) in der SPD ist „Politik mit den Menschen
650 – für die Menschen“ nicht nur ein Leitsatz, sondern der Kern sozialdemokratischer
651 Identität, mit sozialer Gerechtigkeit, Respekt vor Arbeit, starker Mitbestimmung und
652 einer Demokratie, die niemanden zurücklässt.

Empfänger*Innen

AfA-Bundeskongress

AfA-Bundesvorstand

SPD-Bundesparteitag

SPD-Parteikonvent

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion,

SPD-geführtes Arbeitsministerium

Antrag L02: Künstliche Intelligenz im Sinne der Beschäftigten gestalten

Laufende Nummer: 68

Status:	angenommen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

- 1 Künstliche Intelligenz darf nicht zu einem Instrument der Arbeitsverdichtung,
- 2 Überwachung oder des Arbeitsplatzabbaus werden. Ihr Einsatz muss dem Ziel dienen,
- 3 Arbeit sicherer, gesünder und produktiver zu machen und Beschäftigte zu entlasten.
- 4 Deshalb fordern wir: • Verbindliche Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und
- 5 Personalräte beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz, insbesondere bei
- 6 algorithmischen Steuerungs-, Überwachungs- und Bewertungssystemen. • Ein Recht auf
- 7 Qualifizierung und Weiterbildung für alle Beschäftigten, deren Tätigkeiten durch KI
- 8 verändert werden. Transformation darf nicht zu Arbeitsplatzverlust, sondern muss zu
- 9 beruflicher Entwicklung führen. • Transparenzpflichten für Unternehmen beim Einsatz
- 10 von KI-Systemen, damit Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen nachvollziehen
- 11 können, wie Entscheidungen zustande kommen. • Ein Verbot vollständig automatisierter
- 12 Personalentscheidungen (z. B. bei Einstellung, Leistungsbewertung oder Kündigung).
- 13 Unser Grundsatz lautet: KI muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundesvorstand

Antrag L03: Öffentliche Wirtschaftsförderung nur mit Tarifbindung

Laufende Nummer: 69

Status:	angenommen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

1 Milliarden an öffentlichen Fördermitteln fließen jedes Jahr in Unternehmen. Es ist
2 nicht hinnehmbar, dass mit Steuergeldern Unternehmen unterstützt werden, die
3 Tarifverträge umgehen oder schlechte Arbeitsbedingungen schaffen. Für die AfA gilt
4 daher ein klarer Grundsatz: Öffentliches Geld darf es nur für Gute Arbeit geben. Wir
5 fordern deshalb: • Eine konsequente Kopplung aller staatlichen Förderprogramme an
6 Tarifbindung und Mitbestimmung. • Unternehmen ohne Tarifvertrag dürfen keine
7 öffentlichen Fördermittel erhalten, solange sie sich nicht zur Tarifbindung
8 verpflichten. • Verstärkte Kontrollen und klare Rückzahlungsverpflichtungen, wenn
9 Unternehmen gegen Tariftreue oder Beschäftigungszusagen verstoßen. • Eine klare
10 Priorität für tarifgebundene Unternehmen bei Industrie-, Struktur- und
11 Transformationsförderung. Wer öffentliche Gelder erhält, muss auch Verantwortung für
12 Gute Arbeit übernehmen. Steuergelder dürfen nicht länger Tariffucht und Lohndumping
13 finanzieren.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A01: Hände weg vom 8-Stunden-Tag

Laufende Nummer: 33

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

1 Antragsteller*in : AfA Landesvorstand

2

3 Die SPD bekennt sich uneingeschränkt zum 8-Stunden-Tag als zentralem Element des
4 Arbeitnehmerschutzes und fordert dessen konsequente Durchsetzung.

5 Die SPD setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass:

6 1. der 8-Stunden-Tag als gesetzlicher Regelfall erhalten bleibt. Die Ausweitung
7 der täglichen Höchstarbeitszeit über die im Arbeitszeitgesetz bereits
8 definierten Ausnahmen werden strikt abgelehnt, insbesondere die von der
9 Bundesregierung geplante Umstellung auf eine reine wöchentliche
10 Höchstarbeitszeit ohne tägliche Begrenzung.

11 2. Die Arbeitszeitgesetzgebung gestärkt wird, um die Einhaltung des 8-Stunden-Tags
12 zu gewährleisten und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu
13 schützen.

14 3. die Entgrenzung der Arbeitswelt bekämpft wird, indem klare Regelungen zur
15 Erreichbarkeit und zur Ausübung von Arbeitstätigkeiten außerhalb der regulären
16 Arbeitszeiten geschaffen werden. Dies umfasst auch ein Recht auf
17 "Unerreichbarkeit" nach Feierabend.

18 4. Die psychische Gesundheit am Arbeitsplatz gestärkt wird, indem Maßnahmen zur
19 Stressprävention und zur Förderung des Wohlbefindens der Beschäftigten
20 gefördert
21 werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

Antrag I01: Künstliche Intelligenz darf nicht ohne Mitbestimmung über die Zukunft der Arbeit entscheiden

Laufende Nummer: 86

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA bekennt sich klar dazu, dass der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in
- 2 Betrieben und Verwaltungen nur unter umfassender Mitbestimmung der Beschäftigten und
- 3 ihrer Interessenvertretungen erfolgen darf.
- 4 Die AfA Bundeskonferenz fordert den AfA Bundesvorstand auf, sich innerhalb der SPD
- 5 auf allen Ebenen politisch dafür einzusetzen,
- 6 dass bestehende Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von KI gestärkt und ausgeweitet
- 7 werden, eigenständige Mitbestimmungstatbestände sind im Betriebsverfassungsgesetz
- 8 sowie den Personalvertretungsgesetzen zu regeln, sodass Transparenz,
- 9 Nachvollziehbarkeit und Kontrolle algorithmischer Systeme gesetzlich verankert
- 10 werden, und dass keine KI-gestützten Systeme ohne Beteiligung von Betriebs- und
- 11 Personalräten eingeführt oder angewendet werden dürfen.
- 12 Die AfA setzt sich dafür ein, dass KI dem Menschen dient und nicht zur Entmündigung,
- 13 Leistungsverdichtung, Überwachung oder zum Abbau von Arbeitsplätzen missbraucht wird.
- 14 Die AfA fordert Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Beschäftigte, um den
- 15 digitalen Wandel sozial gerecht zu gestalten.

Antrag A02: 40 Stunden sind genug! 41-Stunden-Woche im Bund und in den Ländern ab-lehnen.

Laufende Nummer: 20

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 1. Die AfA lehnt jede Form der Verlängerung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit im
- 2 Bund und in den Ländern über die 40-Stunden-Woche hinaus ab.
- 3 2. Die AfA fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-geführten Landesregierungen
- 4 sowie die zuständigen Ministerien auf, keine gesetzlichen oder
- 5 verwaltungsrechtlichen Maßnahmen zur Einführung oder Ausweitung einer 41-
- 6 Stunden-Woche zu ergreifen.
- 7 3. Stattdessen fordert die AfA eine Angleichung der Arbeitszeit für alle an die
- 8 tarifliche Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und die Arbeitszeiterfassung in
- 9 allen Bereichen ein.
- 10 4. Die AfA unterstützt Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung,
- 11 Arbeitszeitflexibilisierung und Personalaufstockung im öffentlichen Dienst.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landesregierungen

SPD-Landtagsfraktion

Antrag I03: Inklusiven Arbeitsmarkt stärken und zukunftsfähig gestalten

Laufende Nummer: 85

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA setzt aktiv für die **Stärkung eines inklusiven und zukunftsfähigen**
- 2 **Arbeitsmarktes** ein. Ziel ist es, allen Menschen unabhängig von Behinderung,
- 3 gesundheitlichen Einschränkungen, Herkunft, Geschlecht, Alter oder sozialem Status
- 4 **gleichberechtigte Teilhabe an guter Arbeit** zu ermöglichen.
- 5 Dazu soll sich die AfA insbesondere für folgende Schwerpunkte einsetzen:
- 6 • Abbau von Barrieren auf dem Arbeitsmarkt, sowohl physisch als auch strukturell
- 7 und digital
- 8 • Stärkung von inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Betrieben und im
- 9 öffentlichen Dienst
- 10 • Verbesserung von Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten für
- 11 Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen
- 12 • Förderung von guter Arbeit, Mitbestimmung und sozialer Absicherung als Grundlage
- 13 für echte Teilhabe
- 14 • Sensibilisierung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für Inklusion, Vielfalt
- 15 und Chancengleichheit
- 16 Die AfA soll diese Themen in ihre politische Arbeit, sowie in den Dialog mit
- 17 Gewerkschaften, Betrieben und politischen Entscheidungsträger:innen einbringen und
- 18 weiterentwickeln.

Empfänger*Innen

AfA-Bundesvorstand

SPD-Bundesvorstand

Antrag I05: Plattformarbeit fair regulieren: EU-Plattformarbeitsrichtlinie arbeitnehmer:innenfreundlich umsetzen, Scheinselbstständigkeit beenden, Algorithmustransparenz und Organisation sichern

Laufende Nummer: 83

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf, die
- 2 Richtlinie (EU) 2024/2831 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der
- 3 Plattformarbeit bis zum 2. Dezember 2026 in deutsches Recht umzusetzen.
- 4 Dabei sind folgende Punkte verbindlich zu regeln:
- 5 Es ist eine widerlegbare gesetzliche Vermutung eines Beschäftigungsverhältnisses
- 6 einzuführen, wenn eine digitale Arbeitsplattform plattformtypische Kontrolle über die
- 7 Ausführung der Arbeit ausübt.
- 8 In allen Verfahren zur Klärung des Beschäftigungsstatus gilt eine wirksame
- 9 Beweislastregel, nach der die Plattform darlegen und beweisen muss, dass kein
- 10 Beschäftigungsverhältnis vorliegt.
- 11 Für algorithmisches Management sind Transparenzpflichten festzuschreiben. Plattformen
- 12 müssen die Kriterien offenlegen, nach denen Aufträge zugeteilt, Rankings erstellt,
- 13 Vergütung beeinflusst sowie Sanktionen und Deaktivierungen veranlasst werden. Zudem
- 14 sind nachvollziehbare Begründungen und eine menschliche Überprüfung bei wesentlichen
- 15 Entscheidungen, insbesondere Sperrungen, sicherzustellen.
- 16 Plattformtätige müssen vollen Zugang zu Mitbestimmung und Organisation erhalten.
- 17 Dazu gehören diskriminierungsfreie Kontakt- und Informationsmöglichkeiten auch über
- 18 digitale Kanäle der Plattform sowie wirksamer Schutz vor Benachteiligung durch
- 19 Ranking, Auftragsentzug oder Deaktivierung aufgrund von Interessenvertretung.
- 20 Die Regelungen sind durch wirksame Kontrollen, klare Zuständigkeiten und
- 21 abschreckende Sanktionen zu flankieren.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Antrag A07: Änderung des bestehenden Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) ablehnen

Laufende Nummer: 57

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die SPD wird aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene (insbesondere in den
2 Landtagsfraktionen, der Bundestagsfraktion und im Parteivorstand) konsequent dafür
3 einzusetzen, dass der gesetzliche Anspruch auf Teilzeit und die Rückkehrrechte
4 (insbesondere die Brückenteilzeit) dauerhaft erhalten bleiben und nicht eingeschränkt
5 oder ausgehöhlt werden . Jede Änderung des bestehenden Teilzeit- und
6 Befristungsgesetzes (TzBfG), die darauf abzielt, über sogenannte „Lifestyle-
7 Teilzeit“-Modelle die Schutzrechte von Beschäftigten zu schwächen oder die Rückkehr
8 in Vollzeit zu erschweren, ist entschieden abzulehnen .
- 9 Darüber hinaus soll sich die SPD dafür einsetzen:
- 10 Zugang und Durchsetzung: Den Zugang zu Teilzeit und Brückenteilzeit durch den Abbau
11 unnötiger Hürden, klare Verfahren und wirksame Fristen zu erleichtern . Die
12 betriebliche Durchsetzung muss durch Transparenz, Dokumentation von Ablehnungsgründen
13 und gestärkte Mitbestimmung gestärkt werden .
- 14 Schutz vor Benachteiligung: Teilzeitbeschäftigte wirksam vor Nachteilen bei Entgelt,
15 beruflichem Aufstieg, Qualifizierung und der Arbeitszeitslage zu schützen .
- 16 Steuerliche Entlastung bei gesellschaftlicher Verantwortung: Einen reduzierten
17 Lohnsteuersatz für Teilzeitbeschäftigte einzuführen, wenn die Reduzierung begründet
18 erfolgt durch Kinderbetreuung/Sorgearbeit, Pflege von Angehörigen oder
19 gesundheitliche Gründe . Ziel ist es, Teilzeit finanziell abzusichern und jene zu
20 entlasten, die gesellschaftliche Verantwortung tragen .
- 21 Vereinbarkeit und Gesundheit: Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie
22 den Gesundheitsschutz durch verlässliche Arbeitszeiten aktiv zu fördern .

23

24

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion

Antrag A08: Gute Arbeit braucht Tariftreue und regionale Wertschöpfung

Laufende Nummer: 16

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 **1. Tariftreue stärken:** Öffentliche Aufträge und Fördermittel dürfen ausschließlich
2 an Unternehmen vergeben werden, die an Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften
3 gebunden sind oder deren Anwendung verbindlich zusagen. Die Einhaltung ist durch
4 geeignete Nachweis- und Kontrollmechanismen (z. B. Zertifizierungen,
5 Stichprobenprüfungen) sicherzustellen. Verstöße müssen zu wirksamen Sanktionen
6 führen. Die Sanktionen sind bundeseinheitlich zu regeln und sollen
7 Vertragsstrafen, Rückforderungen von Fördermitteln bis hin zu Vergabesperren
8 umfassen.
- 9 **2. Regionale Wertschöpfung sichern:** Bei öffentlichen Aufträgen, Industrieprojekten
10 und Strukturförderprogrammen werden verbindliche Local-Content-Regelungen
11 eingeführt, um regionale Betriebe zu beteiligen, industrielle Arbeitsplätze zu
12 sichern und die Transformation sozial zu gestalten.
- 13 **3. Bundesweite Tariftreue und Local Content:** Die AfA Bundeskonferenz fordert die
14 SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für ein Bundestariftreuegesetz einzusetzen, das
15 sicherstellt, dass auch auf Bundesebene Aufträge und Fördergelder nur an
16 tarifgebundene oder tarifyanwendende Unternehmen vergeben werden. Dabei sollen –
17 im Einklang mit europäischem Vergaberecht – soziale, tarifliche und regionale
18 Kriterien verbindlich verankert werden.
- 19 **4. Mitbestimmung und Tarifbindung als Vergabeprinzip:** Die SPD auf allen Ebenen soll
20 darauf hinwirken, dass Mitbestimmung, Tarifbindung und soziale Nachhaltigkeit zu
21 festen Bestandteilen öffentlicher Vergabe- und Förderpolitik werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand
SPD-Fraktion im Bundestag

Antrag A09: Tarifbindung stärken und ausbauen!

Laufende Nummer: 58

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die Tarifbindung in Deutschland ist in den letzten Jahren massiv zurückgegangen.
2 Heute erreicht sie nur noch knapp 50%. Im Jahr 2000 waren es hingegen noch 68%. Das
3 Unterwandern des Tarifsystems ist eines der großen sozialen und gesellschaftlichen
4 Probleme in Deutschland geworden. Das muss sich wieder ändern!
- 5 Deshalb fordert die Saar SPD die Bundesregierung auf, neben dem geplanten
6 Tariftreuegesetz, nach dem öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen
7 vergeben werden dürfen, folgende Maßnahmen zu ergreifen:
- 8 • **Nachfolgewirkung von Tarifverträgen stärken:**
- 9 Durch Änderung der bestehenden gesetzlichen Regelungen ist sicherzustellen, dass nach
10 Ablauf eines Tarifvertrages dessen grundlegende Rechtsnormen bestehen bleiben und der
11 sich in der Nachwirkung befindliche Tarifvertrag grundsätzlich nur durch einen neuen
12 Tarifvertrag abgelöst werden kann. Hier sind insbesondere die Vorschriften der §§ 3
13 Abs. 3 und 4 Abs. 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) zu ändern.
- 14 So sollte in § 4 Abs. 5 TVG die Formulierung „durch eine andere Abmachung“ durch „von
15 einem neuen Tarifvertrag“ ersetzt werden. Mit den Änderungen wird die zunehmende
16 Tariffucht eingedämmt und somit die Tarifbindung wieder erhöht.
- 17 • **Mitgliedschaften ohne Tarifbindung in Arbeitgeberverbänden abschaffen:**
- 18 • **Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) erleichtern:**
- 19 Arbeitgeberverbände ermöglichen oftmals OT-Mitgliedschaften („ohne Tarif“). Da dies
20 ebenfalls zu einem stetigen Abbau der Tariflandschaft und somit der Tarifbindung
21 führt, sind diese aus unserer Sicht abzuschaffen. Im Tarifvertragsgesetz ist zu regeln,
22 dass alle Tarifvertragsparteien – Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände – die
23 vereinbarten Regeln einhalten müssen. Hierzu ist in § 2 TVG eine eindeutige
24 Definition der Arbeitgeberverbände als Tarifvertragspartei vorzunehmen. Es sollte
25 festgelegt werden, dass Arbeitgeberverbände mit dem Ziel der wirtschaftlichen und
26 politischen Interessenvertretung als Tarifvertragsparteien im Sinne des TVG gelten.
27 In § 3 Abs. 1 TVG ist dann zu regeln, dass alle Mitglieder der Tarifvertragsparteien
28 tarifgebunden sind.
- 29 § 5 Abs. 1 TVG muss aus unserer Sicht dahingehend ergänzt werden, dass auch auf
30 Antrag nur einer Tarifvertragspartei Tarifverträge durch das Bundesministerium für
31 Arbeit und Soziales für allgemeinverbindlich erklärt werden können. In diesem Fall
32 muss die bislang nötige Zustimmung des paritätisch besetzten Tarifausschusses
33 entfallen und wird durch eine Widerspruchsregelung ersetzt.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundesvorstand

Antrag A10: Keinen Unfug mit dem Bundestariftreuegesetz treiben

Laufende Nummer: 46

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Staatliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die zwingend
2 an einen gültigen Tarifvertrag gebunden sind.
- 3 Ein Gesetz, das durch zahlreiche Ausnahmeregelungen und Einschränkungen geschwächt
4 wird, kann seiner zentralen Aufgabe – die Stärkung der Tarifbindung in Deutschland –
5 nicht gerecht werden. Die Tarifbindung ist in den vergangenen Jahrzehnten
6 kontinuierlich gesunken. Ein wirksames Bundestariftreuegesetz muss daher klar,
7 verbindlich und ohne Schlupflöcher ausgestaltet sein.
- 8 Nur wenn öffentliche Aufträge konsequent an tarifgebundene Unternehmen vergeben
9 werden, lässt sich ein wirksamer Beitrag zur Sicherung guter Arbeitsbedingungen,
10 fairer Löhne und eines funktionierenden Tarifvertragssystems leisten. Ein Gesetz mit
11 Ausnahmen hingegen verfehlt seinen Anspruch und bleibt wirkungslos.
- 12 Die AfA fordert daher:
- 13 1. Aufhebung aller Ausnahmeregelungen im Bundestariftreuegesetz. Außer ein
14 (vergleichbares) Rüstungssystem ist in der EU nicht zu besorgen.
- 15 2. Verpflichtende Tarifbindung als Grundvoraussetzung für die Vergabe öffentlicher
16 Aufträge.
- 17 3. Transparente und kontrollierbare Kriterien, damit die Einhaltung der Tarifbindung
18 gewährleistet und überprüfbar ist.
- 19 4. Keine Verwässerung des Gesetzes durch sektorale oder regionale Sonderregeln.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundesvorstand

Antrag A13: „BESSERE ARBEITGEBERBEZAHLUNG STATT ERGÄNZENDES BÜRGERGELD“

Laufende Nummer: 72

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 In den letzten Jahren haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit
2 stagnierenden Löhnen und steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Dies führt dazu,
3 dass viele auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen sind, um ihren
4 Lebensunterhalt zu sichern.
- 5 Grundsicherung ist nicht nur in der Arbeitslosigkeit erhältlich, sondern auch, wenn
6 das Gehalt nicht die Lebenshaltungskosten deckt. Berufstätige dürfen einen
7 sogenannten Ergänzungsbetrag beim Jobcenter beantragen, um ihr Gehalt aufzustocken.
- 8 Ergänzende Grundsicherung ist eine Leistung, die Geringverdiener unterstützen soll.
9 Der Staat leistet sozusagen einen Zuschuss, um das Einkommen auf ein angemessenes
10 Niveau anzuheben.
- 11 Mehr als ein Viertel aller Empfänger*innen des Bürgergelds ist erwerbstätig, sowohl
12 Arbeitnehmende als auch Selbstständige. Sie bilden die Gruppe der sogenannten
13 Aufstocker*innen. Aufstocken bedeutet, dass das vorhandene Erwerbseinkommen nicht
14 ausreicht, um Miete, Essen und andere lebensnotwendige Dinge zu bezahlen. Dies ist
15 häufig bei Minijobs, Midijobs oder bei Zahlung des Mindestlohns der Fall. Durch eine
16 finanzielle Förderung stocken die Bürgergeld-Beziehenden ihr geringes Einkommen bis
17 zur Bedarfsobergrenze auf.
- 18 Der Zuschuss zum Lohn durch die Grundsicherung ist eine Leistung, die Geringverdiener
19 unterstützen soll. Selbst wenn du einer Arbeit nachgehst, reicht dein Einkommen
20 möglicherweise nicht aus, um deinen Lebensunterhalt vollständig zu decken. In solchen
21 Fällen greift das Bürgergeld als ergänzende Unterstützung. Der Staat leistet
22 sozusagen einen Zuschuss, um das Einkommen auf ein angemessenes Niveau anzuheben.
- 23 Diese Leistung ist Teil der sogenannten Grundsicherung die gezielt Menschen
24 unterstützen soll, deren Erwerbseinkommen unterhalb des Existenzminimums liegt.
- 25 Dies gilt sowohl für Vollzeit- als auch für Teilzeitbeschäftigte.
- 26 Mehr als ein Viertel aller Empfänger*innen der Grundsicherung sind erwerbstätig,
27 sowohl
- 28 Arbeitnehmende als auch Selbstständige. Sie bilden die Gruppe der sogenannten
29 Aufstocker*innen. Aufstocken bedeutet, dass das vorhandene Erwerbseinkommen nicht
30 ausreicht, um Miete, Essen und andere lebensnotwendige Dinge zu bezahlen. Dies ist
31 häufig bei Minijobs, Midijobs oder bei Zahlung des Mindestlohns der Fall. Durch eine
32 finanzielle Förderung stocken die Bürgergeld-Beziehenden ihr geringes Einkommen bis
33 zur Bedarfsobergrenze auf.

Wir, die AfA, sind der Überzeugung, dass die Lösung nicht in einer weiteren Aufstockung durch den Staat liegt, sondern in der Verantwortung der Arbeitgeber, faire und angemessene Löhne zu zahlen. Damit erreichen wir:

1. Erhöhung der Lebensqualität: Durch eine bessere Bezahlung können Beschäftigte ihre Grundbedürfnisse decken und ihre Lebensqualität nachhaltig verbessern.
2. Stärkung der Wirtschaft: Höhere Löhne führen zu einer stärkeren Kaufkraft, was sich positiv auf die lokale Wirtschaft auswirkt.
3. Reduzierung der Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung: Eine faire Bezahlung verringert die Notwendigkeit für eine ergänzende Grundsicherung und entlastet somit die öffentlichen Kassen.
4. Förderung von sozialer Gerechtigkeit: Eine gerechte Entlohnung ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit in der Gesellschaft.

Wir fordern:

- Es darf nicht sein, dass Arbeitgeber sich mithilfe des Staates "einen Teil ihrer Lohnkosten auf Kosten der steuerzahlenden Bürger gleichsam sozialisieren können - und sich damit gegenüber Unternehmen einen Vorteil verschaffen, die sich seriös verhalten und Tariflöhne zahlen.
- dass sich die politischen Entscheidungsträger für eine stärkere Tarifbindung dieser Betriebe einsetzen und nachfolgende Maßnahmen umsetzen:
 1. Die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss erleichtert werden, um der Tariffucht von immer mehr Unternehmen in eigentlichen tarifgebundenen Branchen entgegenzuwirken. Wenn Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt werden, sind sie auch für tariflose Unternehmen in der Branche verpflichtend und auch auf Entsendefirmen anwendbar. Darüber hinaus muss das Veto-Recht für Arbeitgeber im Tarifausschuss aufgehoben und eine Klarstellung und Erweiterung der gesetzlichen Anforderungen geschaffen werden. Auch arbeitnehmerähnliche Personen sollten von Allgemeinverbindlicherklärungen erfasst werden können.
 2. Bei der Tarifbindung werden Bund, Länder und Kommunen als Arbeit- und Auftraggeber mit gutem Beispiel vorangehen. Staatliche Ausgaben dürfen nicht länger für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Deshalb werden wir ein Bundestariftreuegesetz, in dem Auftragsvergaben des Bundes entlang der Wertschöpfungskette an die Einhaltung der Mindeststandards der einschlägigen Tarifregelung der betreffenden Branche gekoppelt werden, verabschieden. Auch auf kommunaler und Landesebene müssen Tariftreuregelungen verpflichtend werden. Staatliche Subventionen und Förderungen werden fortan an die Tariftreue von Unternehmen gekoppelt.

Wir sind überzeugt, dass eine bessere Arbeitgeberbezahlung eine nachhaltige Lösung darstellt, um die Lebensqualität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität zu fördern.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-BT-Fraktion

Antrag A14: „BILDUNGSURLAUB ALS CHANCE IN VOLLEM UMFANG NUTZEN!“

Laufende Nummer: 73

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

1

2 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen sollen sich aktiv dafür
3 einsetzen, die Nachfrage nach Bildungsurlaub unter den Arbeitnehmer:innen in den
4 Ländern wieder zu steigern. Hauptursache für diese geringe Nachfrage sehen wir in der
5 unzureichenden Bekanntheit des Gesetzes, den bürokratischen Hürden und den
6 Nachwirkungen der Corona-Pandemie. Angesichts der Herausforderungen durch den
7 demographischen Wandel, technologischen Fortschritt und gesellschaftlichen
8 Veränderungen ist es unerlässlich, alle Chancen zur Weiterbildung zu nutzen und
9 bestehende Angebote besser auszuschöpfen.

10 Wir fordern daher von den Entscheidungsträger:innen auf Landes- und Bundesebene die
11 Umsetzung folgender fünf Punkte:

12 1. Informationskampagnen in den Ländern

13 Die Regelungen zur Bildungsfreistellung in vielen Bundesländern sind gut. Es ist
14 bedauerlich, dass die Nachfrage auf so niedrigem Niveau verharret. Wir fordern eine
15 umfassende Informationskampagne, die folgende Maßnahmen umfasst:

- 16 • Veranstaltungen in Betrieben in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und
- 17 Betriebsparteien
- 18 • Werbeflächen in Städten und Gemeinden
- 19 • Öffentlich zugängliche digitale und gedruckte Medien

20 Ziel der Kampagne ist es, die Nachfrage bei den Arbeitnehmer:innen wieder zu
21 steigern, um mindestens das Vor-Corona-Niveau zu erreichen.

22 2. Veranstaltungsangebot im politischen, beruflichen und gesellschaftlichen Bereich

23 Das zeigen die Berichte der Landesregierungen zu den BFG. Als Sozialdemokrat*innen
24 betonen wir die Bedeutung der politischen und gesellschaftlichen Weiterbildung der
25 Arbeitnehmer*innen abseits ihres Berufs. Wir fordern die Entscheidungsträger*innen
26 daher auf, die politische Weiterbildung so zu fördern, dass ein ausgewogenes Angebot
27 zwischen beruflicher und gesellschaftspolitischer Weiterbildung entsteht.

28 3. Teilnahme nach Geschlecht, Alter, Betriebsgröße, Beschäftigungsbereich und -status

29 Es darf keine erheblichen strukturellen Unterschiede in der Inanspruchnahme des
30 Bildungsurlaubs zwischen den Beschäftigtengruppen geben. Es bedarf realer
31 Möglichkeiten der Teilnahme für alle Beschäftigten sowie attraktiver Angebote für
32 diverse Zielgruppen. Wir fordern die Kommissionen und Ministerien auf, strukturelle
33 Probleme zu identifizieren und konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln, die in die
34 künftige Ausgestaltung der Bildungsfreistellung einfließen.

35 4. Auszubildende voll berücksichtigen

36 Gemäß BFG haben Arbeitnehmer*innen Anspruch auf zehn Arbeitstage Bildungsfreistellung
37 alle zwei Jahre. Auszubildende haben nur fünf Tage im Ausbildungsjahr für
38 gesellschaftspolitische Weiterbildung als Anspruch, sofern das Ausbildungsziel nicht
39 gefährdet wird. Wir fordern die Gleichstellung von Arbeitnehmern und Auszubildenden
40 im Bildungsurlaub und eine Novellierung des BFG, um den Auszubildenden den gleichen
41 Anspruch auf Bildungsurlaub zu gewähren.

42 5. BUG perspektivisch reformieren und aktualisieren

43 Der Bildungsurlaub war mal als Bundesgesetz geplant, das an das Urlaubsgesetz
44 gekoppelt werden sollte. Da sich das Kabinett der Bundesregierung in den 1960er
45 Jahren allerdings nicht einigen konnte, haben die Bundesländer in den 1970er den
46 Bildungsurlaub zur Ländersache erklärt. Dies führte zu unterschiedlichen Regelungen
47 in den Bundesländern, zum Nachteil der Arbeitnehmer in Bayern und Sachsen, wo es bis
48 heute keine Regelungen zur Bildungsfreistellung gibt. Angesichts der erforderlichen
49 Novellierung des BUG aufgrund von EU-Richtlinien und aktueller Rechtsprechung fordern
50 wir die SPD-Mitglieder im Bundesrat, der Bundesregierung und der SPD-
51 Bundestagsfraktion auf, die Einführung eines Mindestanspruchs auf
52 Bildungsfreistellung im BUG zu prüfen. Eine Schlechterstellung der Arbeitnehmer*innen
53 durch Regelungen, die die bestehenden Ländergesetze außer Kraft setzen, darf dabei
54 jedoch nicht erfolgen.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag A15: Bildungsurlaub für Bayern jetzt!

Laufende Nummer: 38

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA-Bundeskonferenz setzt sich dafür ein, dass endlich auch in Bayern
- 2 Bildungsurlaub
- 3 für Arbeitnehmende eingeführt wird.

Antrag A16: Gesetzliche Grundlage für Azubi-Wohnen schaffen

Laufende Nummer: 25

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die SPD setzt sich auf Bundesebene für eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches
2 (BGB) ein, um die rechtliche Grundlage für befristete Mietverträge im Rahmen des
3 sogenannten „Azubi-Wohnens“ zu schaffen.
- 4 Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich im Bundeskabinett und Bundestag dafür
5 einzusetzen, dass
- 6
- 7 steichen:
- 8 (1) **§ 575 Absatz 1 BGB** („Befristeter Mietvertrag“) um einen neuen Befristungsgrund
9 ergänzt wird, der ausdrücklich eine zeitlich befristete Vermietung an Auszubildende
10 ermöglicht (beispielhafte Formulierung: „Die Befristung ist zulässig, wenn die
11 Vermietung an eine Auszubildende oder einen Auszubildenden erfolgt und die Mietzeit
12 der voraussichtlichen Dauer der Berufsausbildung sowie ein anschließenden,
13 angemessenen Karenzzeit entspricht.“) und gleichzeitig Missbrauch ausschließt und
14 Mieterschutz sicherstellt.
- 15 (2) das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und/oder die
16 zuständigen Landesministerien ein zusätzliches **Förderprogramm „Azubi-Wohnen“**
17 auflegen, die den Bau / Betrieb solcher (Einzel)Wohnungen finanziell unterstützt –
18 insbesondere durch kommunale und genossenschaftliche Träger bzw.
19 Wohnungsbaugesellschaften.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A18: „DUALE AUSBILDUNG BEI DEN ERZIEHER:INNEN AUSBAUEN“

Laufende Nummer: 78

Status:	Sonstiges angenommen und Überweisung an Bundesvorstand
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die frühkindliche Bildung spielt eine entscheidende Rolle in der Entwicklung unserer
2 Kinder. Um den hohen Anforderungen und Herausforderungen in diesem Berufsfeld gerecht
3 zu werden, ist es unerlässlich, dass die Ausbildung von Fachkräften in der
4 Kindererziehung reformiert wird. Eine duale Ausbildung, die theoretische Kenntnisse
5 mit praktischen Erfahrungen in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung kombiniert,
6 würde nicht nur die Qualität der Ausbildung erhöhen, sondern auch die Attraktivität
7 des Berufs steigern.
- 8 Ziele der dualen Ausbildung:
- 9 1. Praxisnahe Ausbildung: Durch die enge Verzahnung von Theorie und Praxis können
10 angehende Erzieherinnen und Erzieher direkt in den Arbeitsalltag eintauchen und
11 wertvolle Erfahrungen sammeln.
- 12 2. Qualitätssteigerung: Eine fundierte Ausbildung führt zu einer höheren
13 Fachkompetenz, was sich positiv auf die Betreuung und Förderung der Kinder auswirkt.
- 14 3. Fachkräftemangel entgegenwirken: Eine duale Ausbildung könnte dazu beitragen, mehr
15 junge Menschen für den Beruf zu begeistern und somit dem Fachkräftemangel in der
16 frühkindlichen Bildung entgegenzuwirken.
- 17 4. Berufliche Perspektiven: Durch die duale Ausbildung erhalten die Absolventinnen
18 und Absolventen bessere berufliche Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten.
- 19 Wir fordern daher die zuständigen Bildungsträger und politischen Entscheidungsträger
20 auf, die Rahmenbedingungen für eine duale Ausbildung in der Kindererziehung zu
21 schaffen und die Standards der Ausbildung zur Erzieher*in zu vereinheitlichen - dabei
22 sowohl die praxisorientierte Ausbildung (Pia) als auch das Hochschulstudium
23 auszubauen. Dies umfasst die Entwicklung eines entsprechenden Ausbildungsplans, die
24 Sicherstellung von Praktikumsplätzen sowie die Einbindung von Fachkräften aus der
25 Praxis in die Ausbildung.
- 26 Wir sind überzeugt, dass eine duale Ausbildung für Kindererzieherinnen und
27 Kindererzieher einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung darstellt und die
28 Qualität der frühkindlichen Bildung nachhaltig verbessern wird.

Empfänger*Innen

AfA- Bundesvorstand

Antrag A19: Arbeitsschutz ist nicht verhandelbar – Keine Abschaffung von Sicherheitsbeauftragten in KMU

Laufende Nummer: 11

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 1. Die AfA Bundeskonferenz 2026 fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-
2 geführten Ministerien in Bund und Ländern auf, den SPD-Parteitagebeschluss Ar02
3 vom Juni 2025 „Für einen starken Arbeits- und Gesundheitsschutz“ vollständig und
4 ohne Abstriche umzusetzen.
- 5 2. Wir lehnen die im Konzept des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)
6 zum „bürokratiearmen Arbeitsschutz“ vorgesehenen Maßnahmen entschieden ab,
7 insbesondere die Anhebung der Schwelle zur Bestellung von
8 Sicherheitsbeauftragten auf 50 Beschäftigte.
- 9 3. Die Pflicht zur Bestellung von Sicherheitsbeauftragten in Betrieben ab 20
10 Beschäftigten (gemäß § 22 SGB VII) muss erhalten bleiben. Eine Streichung
11 gefährdet insbesondere in gefahrgeneigten Branchen wie der Bauwirtschaft Leben
12 und Gesundheit der Beschäftigten und widerspricht dem Ziel der „Vision Zero“.
- 13 4. Die AfA Bundeskonferenz spricht sich gegen den geplanten „KMU-Check“ * und
14 Eingriffe in die autonomen Rechte der Unfallversicherungsträger aus. Bewährte
15 Schutzstandards dürfen nicht unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus
16 ausgehöhlt werden.
- 17

Empfänger*Innen

SPD- Bundestagsfraktion

Bundesarbeitsministerium

SPD- geführte Ministerien

SPD-Fraktion

Antrag A21: Abschaffung des kirchlichen „Dritten Weges“ bei der Arbeitsrechtssetzung – Stärkung von Tarifautonomie, Arbeitnehmerrechten und sozialer Gerechtigkeit

Laufende Nummer: 34

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Der sogenannte Dritte Weg der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände (Caritas,
- 2 Diakonie) zur Arbeitsrechtssetzung soll rechtlich so reformiert werden, dass er
- 3 künftig keine Ausnahme mehr von der allgemeinen Tarifautonomie und dem
- 4 Betriebsverfassungsgesetz darstellt. Stattdessen sollen auch kirchliche Arbeitgeber
- 5 verpflichtend dem System der Tarifverträge und der betrieblichen Mitbestimmung
- 6 unterliegen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

Antrag A22: Für eine EU-Lieferkettenrichtlinie, die Menschen- und Kinderrechte, Arbeitnehmer/innen und die Umwelt schützt!

Laufende Nummer: 10

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die mit Unterstützung rechter und rechtsextremer Parteien im Europaparlament
- 2 beschlossene Abschwächung und „Entkernung“ des EU-Lieferkettengesetzes ist wieder
- 3 rückgängig zu machen. Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten und die SPD-
- 4 Bundesminister*innen werden aufgefordert, Schritte in diese Richtung einzuleiten. Die
- 5 deutsche Bundesregierung wird zudem aufgefordert, im Europäischen Rat zusammen mit
- 6 weiteren, von Sozialdemokraten mit getragenen Regierungen, den Verschlechterungen
- 7 nicht zuzustimmen.
- 8 Um bürokratischen Aufwand gering zu halten sind auch externe Zertifizierungsverfahren
- 9 mit Labels möglich zu machen und einzuführen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestag

SPD- EU

Antrag A24: Humanisierung der Arbeitswelt

Laufende Nummer: 12

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

1 Die AfA-Bundeskonferenz fordert von der SPD-Bundestagsfraktion und der
2 Bundesregierung die vollständige Umsetzung des Parteitagsbeschlusses Ar02. Eine
3 „ganzheitliche Humanisierung der Arbeitswelt“ muss zwingend die Überwindung
4 struktureller Benachteiligung von Frauen beinhalten.

5

6 Arbeitszeit als Gesundheitsschutz:

7 Die im Ar02 geforderte Stärkung des Arbeitszeitgesetzes und die verpflichtende
8 Arbeitszeiterfassung müssen genutzt werden, um die „unsichtbare Arbeit“ und den
9 Mental Load von Frauen sichtbar zu machen und gesundheitliche Langzeitfolgen
10 (Burnout) zu verhindern.

11

12 Rückkehrrecht stärken:

13 Wir fordern gesetzliche Mechanismen, die sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur
14 Einbahnstraße wird. Frauen müssen ein rechtssicheres Rückkehrrecht auf Vollzeit oder
15 vollzeitnahe Teilzeit erhalten, um den Gender Pension Gap (2025: 25,6 %) aktiv zu
16 bekämpfen.

17 Schutz vor Antifeminismus:

18 Im Rahmen der Betriebsratswahlen 2026 ist die Minderheitenquote nach § 15 Abs. 2
19 BetrVG strikt anzuwenden. Antifeministischen Tendenzen in Betrieben, die
20 Gleichstellung als „Bürokratie“ diffamieren, ist durch die Stärkung der Mitbestimmung
21 und konsequente Anwendung des AGG entgegenzutreten. Dieses muss als Verstärker
22 dienen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Bundesregierung

Antrag A25: Längere Arbeitslosengeldzahlungen des ALG I für über 50jährige und langjährige Einzahler*innen in die Arbeitslosenversicherung, verbunden mit Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsangeboten als neues ALG I plus

Laufende Nummer: 8

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Wer älter als 50 Jahre ist und mindestens 20 Jahre in die Arbeitslosenversicherung
- 2 eingezahlt hat, muss in Zukunft mindestens 36 Monate Anspruch auf diese ALG I -
- 3 Versicherungsleistung haben. Das Schonvermögen (bis zu 40.000 € für
- 4 Leistungsbeziehende sowie 15.000 € für jede weitere Person in der
- 5 Bedarfsgemeinschaft) darf gerade bei Älteren auch bei Ablaufen der ALG I -
- 6 Versicherungsleistung nicht angetastet werden. Anzustreben ist ein neues ALG I plus,
- 7 das mit Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsangeboten zu verbinden ist.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand, SPD-Fraktion im Bundestag, SPD-Bundesminister, SPD-Bundesparteitag

Antrag A27: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verteidigen – keine Rückschritte zulassen

Laufende Nummer: 56

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, die Lohnfortzahlung im
- 2 Krankheitsfall uneingeschränkt zu erhalten und zu stärken. Die SPD lehnt jede Form
- 3 der Einschränkung, Kürzung oder Aushöhlung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- 4 entschieden ab.
- 5 Forderungen, Beschäftigten im Krankheitsfall den Lohn vorzuenthalten, sind ein
- 6 Frontalangriff auf den Sozialstaat und die Interessen der arbeitenden Menschen. Die
- 7 SPD bekennt sich ausdrücklich zum uneingeschränkten Erhalt der vollständigen
- 8 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und lehnt jede Form der Kürzung oder Aushöhlung
- 9 ab.
- 10 Bestrebungen, die Lohnfortzahlung zu kürzen, einzuschränken oder durch Karenztage
- 11 auszuhöhlen, werden entschieden abgelehnt. Stattdessen sollen Maßnahmen unterstützt
- 12 werden, die wirksam vor Einkommensverlusten bei eigener Arbeitsunfähigkeit sowie bei
- 13 kurzzeitiger Pflege Angehöriger schützen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A28: Mehr Sicherheit für Beschäftigte und Fahrgäste im öffentlichen Verkehr

Laufende Nummer: 9

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

1 Mehr Personal in den Zügen und Bahnhöfen – keine Alleinarbeit im Kundenkontakt

2 Alleinarbeit im direkten Kundenkontakt muss endlich der Vergangenheit angehören. Die
3 Doppelbesetzung im SPNV schafft mehr Sicherheit für Fahrgäste und Bahnbeschäftigte,
4 nicht nur auf einigen wenigen Strecken, sondern überall. Im Fernverkehr muss die
5 Regelbesetzung neben einer/m Zugchef/in mindestens zwei Zugbetreuer:innen umfassen.
6 Ebenso müssen die Schichten in den Bahnhöfen sowie an der Information mindestens als
7 Doppelbesetzung durchgeführt werden.

8 Mehr qualifiziertes Sicherheitspersonal

9 Grundsätzlich muss im Nah- und Fernverkehr mehr zusätzliches Sicherheitspersonal
10 eingesetzt werden – insbesondere auf Zügen mit hohem Gefährdungspotential, in den
11 Abend- und Nachtstunden sowie an Bahnhöfen.

12 Bodycams für alle

13 DB Regio bietet auf Druck der Betriebsräte bereits die freiwillige Nutzung von
14 Bodycams an. Dies kann nachweislich zur Verhinderung von Übergriffen beitragen. Nun
15 wurde beim DB-Sicherheitsgipfel am 13. Februar die Zusage gegeben, dass die Deutsche
16 Bahn allen ihren Beschäftigten im Kundenkontakt im Nahverkehr, Fernverkehr und an den
17 Bahnhöfen Bodycams zur Verfügung stellen will. Wir fordern eine zügige Umsetzung und
18 die Beteiligung aller Unternehmen der gesamten Branche. Um die Strafverfolgung zu
19 verbessern, muss zudem die Tonaufzeichnung ermöglicht werden.

20 Keine Ausweiskontrollen

21 Das Deutschlandticket und andere Fahrkarten müssen deutschlandweit einheitlich und
22 fälschungssicher so ausgestaltet werden, dass keine Ausweiskontrollen nötig sind.
23 Denn diese sind nicht selten Anlass für Eskalation, Beschimpfungen und Gewalt.

24 Busfahrer:innen besser schützen

25 Es braucht endlich verpflichtend und flächendeckend Videoüberwachung sowie
26 geschlossene Fahrerkabinen in allen Bussen.

27 Mehr Kapazität im Regionalverkehr

28 Überfüllte Züge sind ein Sicherheitsrisiko. Durch das Deutschlandticket nutzen mehr
29 Menschen den ÖPNV, aber die Kapazitäten sind nicht mitgewachsen – das muss sich
30 ändern.

31 Mehr Personal bei den Polizeien, bessere Strafverfolgung und härtere Strafen

32 Außerdem ist eine bessere Personalausstattung der Bundes- und Landespolizeien, eine
33 bessere Strafverfolgung durch Sonderdezernate an den Staatsanwaltschaften und einen
34 stärkeren strafrechtlichen Schutz durch Strafrechtsverschärfungen notwendig.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Fraktion im Bundestag

SPD-Bundesparteitag

Antrag A29: Nationaler Aktionsplan zur Förderung von Betriebsräten und Personalräten

Laufende Nummer: 62

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA Bundeskonferenz möge beschließen und sich dafür einsetzen, dass die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion und die Bundesregierung nachdrücklich und zeitnah zur Einführung
- 3 und Umsetzung eines nationalen Aktionsplans zur Förderung von Betriebsräten und
- 4 Personalräten aufgefordert werden.
- 5 Die Mitbestimmung ist ein bewährtes und tragfähiges Fundament der deutschen
- 6 Arbeitswelt, das sowohl den Beschäftigten als auch den Unternehmen nachhaltige
- 7 Vorteile bringt. Trotz dieser unbestrittenen Bedeutung ist die Verbreitung von
- 8 Betriebsräten in Deutschland mit nur etwa 7 % der Betriebe auf einem historischen
- 9 Tiefstand. Dies betrifft insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, in denen
- 10 Mitbestimmung oft fehlt, obwohl gerade hier große Potenziale für eine Verbesserung
- 11 des Betriebsklimas und der wirtschaftlichen Stabilität bestehen.
- 12 Wissenschaftliche Studien und praktische Erfahrungen zeigen klar: Unternehmen mit
- 13 aktiven Betriebs- und Personalräten profitieren von besserer Kommunikation, höherer
- 14 Mitarbeiterzufriedenheit, geringerer Fluktuation und stabileren Arbeitsverhältnissen.
- 15 Betriebsräte tragen entscheidend dazu bei, Konflikte frühzeitig zu erkennen und
- 16 sozialverträglich zu lösen, was die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der
- 17 Unternehmen stärkt. Gleichzeitig fördern sie die demokratische Teilhabe der
- 18 Beschäftigten und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- 19 Angesichts dieser Fakten muss die Stärkung der Mitbestimmung im Zentrum der aktuellen
- 20 politischen Bemühungen stehen. Ein nationaler Aktionsplan, der Informationskampagnen,
- 21 Beratungsangebote, finanzielle Anreize und rechtliche Erleichterungen umfasst, kann
- 22 die Gründung und Arbeit von Betriebsräten deutlich erleichtern und so die positive
- 23 Wirkung der Mitbestimmung auf Wirtschaft und Gesellschaft entfalten.
- 24 Es wäre ein folgenschwerer Fehler, bestehende gesetzliche Mitbestimmungsrechte aus
- 25 falschem Verständnis heraus abzuschwächen oder gar abzuschaffen. Solche Maßnahmen
- 26 würden nicht nur die Arbeitnehmerrechte schwächen, sondern auch die wirtschaftliche
- 27 Stabilität und soziale Nachhaltigkeit in deutschen Unternehmen gefährden. Stattdessen
- 28 gilt es, bewährte Strukturen zu stärken und weiterzuentwickeln, um den
- 29 Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden.
- 30 Die AfA-Bundeskonferenz appelliert daher an die SPD-Bundestagsfraktion und die
- 31 Bundesregierung, die Chancen der Mitbestimmung konsequent zu nutzen und mit einem
- 32 nationalen Aktionsplan einen zukunftsweisenden Beitrag für eine faire, nachhaltige
- 33 und wirtschaftlich starke Arbeitswelt in Deutschland zu leisten.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion
Bundesregierung

Antrag A31: Schwarzarbeit wirksam bekämpfen: Strukturen erkennen, Ausbeutung beenden

Laufende Nummer: 30

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 1. Die SPD setzt sich für eine strukturelle und technische Modernisierung der
- 2 Zusammenarbeit innerhalb der Zollverwaltung bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit
- 3 ein.
- 4 2. Um wiederkehrende und organisierte Strukturen der Schwarzarbeit frühzeitig zu
- 5 identifizieren, Beweisführungen zu stärken und Verfahren nachhaltig gerichtsfest
- 6 vorzubereiten wird die SPD-Bundestagsfraktion **aufgefordert**, sich dafür
- 7 einzusetzen, dass die **Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)** bundesweit
- 8 verpflichtende Instrumente zur systematischen Zusammenführung und Auswertung von
- 9 Erkenntnissen über Unternehmens-, Hintermänner- und Netzwerkstrukturen erhält.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag A32: Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit im Spannungs- und Verteidigungsfall (Zivile Notfallplanung)

Laufende Nummer: 23

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen der Nationalen Zivilen
- 2 Verteidigungsstrategie und der Umsetzung der Sicherstellungsgesetze (insb.
- 3 ArbKrSichG, WiSiG) die Systemrelevanz der Gewerkschaften und ihrer Funktionsträger
- 4 verbindlich anzuerkennen.

- 5 I. Kernforderungen
- 6 Einstufung als Kritische Infrastruktur (KRITIS): Gewerkschaftshäuser,
- 7 Beratungsstellen und die dazugehörige IT-Infrastruktur sind als lebensnotwendige
- 8 Einrichtungen der sozialen Ordnung einzustufen.
- 9 UK-Stellung (Unabkömmlichkeit) für Hauptamtliche: Für das Personal in Kernfunktionen
- 10 (Rechtsschutz, Bezirksleitungen, Tarifpolitik) ist eine flächendeckende
- 11 „Unabkömmlichkeits-Bescheinigung“ zu erwirken. Dies verhindert eine
- 12 Dienstverpflichtung in fachfremde Bereiche.

- 13 Schutz der Mandatsträger vor Ort: Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute
- 14 müssen von staatlichen Lenkungsmaßnahmen am Arbeitsplatz weitestgehend ausgenommen
- 15 werden, um die betriebliche Mitbestimmung als stabilisierenden Faktor in der Krise zu
- 16 erhalten.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Antrag A35: Stärkung der Mitbestimmung auch in Wirtschaftsfragen

Laufende Nummer: 21

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

1 Die AfA fordert die Bundes-SPD dazu auf, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen zu
2 stärken und dazu folgendes ins neue Grundsatzprogramm aufzunehmen:

3 Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll gestärkt werden.

4 Dabei soll auch eine moderne wirtschaftliche Mitbestimmung eingeführt werden. Dazu
5 gehören u.a.

6 • Mitentscheidung bei Investitionen

7 • Standortentscheidungen

8 • Automatisierung

9 • Digitalisierung

10 • Auslagerung/Offshoring

11 • Dekarbonisierungs-Strategien

12 • Mitbestimmung bei Transformationspfaden

13 • Klimaziele

14 • Qualifizierung

15 • Umgang mit Strukturwandel

16 • Erweiterte Rechte des Aufsichtsrates mit einer Zustimmungspflicht bei z.B.

17 • Großinvestitionen

18 • Unternehmensverkäufen

19 • Zerschlagungen

20 • Private-Equity-Übernahmen

21 Hierzu werden EU-Mitbestimmungsstandards ebenfalls erweitert werden müssen.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

Antrag A36: Tarif-, Sozial und Nachhaltigkeitsstandards bei öffentlichen Auftragsverfahren

Laufende Nummer: 47

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA fordert, dass Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei allen
- 2 öffentlichen Auftragsverfahren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene gelten
- 3 müssen. Die AfA setzt sich dafür ein, dass Tariftreuegesetze auch in Bayern und
- 4 Sachsen eingeführt werden.
- 5

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-Kommunal/Stadt

Antrag A37: Transformationsfonds und Transformationsräte – Sozialpartnerschaftlich gestaltete Zukunft für Regionen, Land und Bund

Laufende Nummer: 17

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 **1. Regionale Transformationsräte einrichten:** In allen Kreisen und kreisfreien
2 Städten sollen **Transformationsräte** gebildet werden, in denen die Sozialpartner
3 (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) gemeinsam mit der öffentlichen Hand
4 vertreten sind. Diese Gremien entwickeln regionale Strategien, um die
5 Transformation der Unternehmen – insbesondere in der Industrie – wirksam zu
6 begleiten, Wohlstand zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten.
- 7 **2. Landes- und Bundes-Transformationsräte etablieren:** Auf Landes- und Bundesebene
8 sollen ebenfalls **Transformationsräte** eingerichtet werden. Diese haben die
9 Aufgabe, die regionalen Prozesse zu koordinieren, übergeordnete Leitlinien zu
10 entwickeln, Fördermittel zu steuern und eine ganzheitliche, abgestimmte
11 Transformationspolitik sicherzustellen.
- 12 **3. Transformationsfonds auflegen:** Zur Unterstützung der Transformation wird ein
13 **Fördertopf (Transformationsfonds)** eingerichtet.
 - 14 • **Zugriffsberechtigt sind ausschließlich die Interessenvertretungen der**
15 **Beschäftigten** (Betriebsräte, Personalräte, Gewerkschaften).
 - 16 • Damit wird gewährleistet, dass Transformationsprojekte **emanzipiert von**
17 **Arbeitgeberinteressen** entwickelt und umgesetzt werden.
- 18 **4. Zielsetzung:** Die Transformationsräte und der Transformationsfonds sollen
19 sicherstellen, dass die industrielle Basis in Deutschland erhalten bleibt, neue
20 Wertschöpfung entsteht und Beschäftigung langfristig gesichert wird.
21 Gefördert werden insbesondere Maßnahmen zur Qualifizierung, nachhaltigen Umgestaltung
22 von Produktionsprozessen, Standort- und Beschäftigungssicherung.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand
SPD-Fraktion im Bundestag

Antrag A38: Wer Fachkräfte will, muss Fachkräfte ausbilden! Zur Einführung eines Ausbil-dungsfonds nach dem Bremer Vorbild

Laufende Nummer: 22

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die AfA fordert die bundesweite Einführung eines solidarisch finanzierten
- 2 Ausbildungsfonds **nach dem Vorbild des Ausbildungsunterstützungsfonds im Land Bremen.**
- 3 **Alle Betriebe sollen verpflichtet werden, in einen solchen Fonds einzuzahlen, aus dem**
- 4 **dann je nach Azubi-Anzahl** Mittel an die Betriebe zurückfließen. Die Mittel des Fonds
- 5 sollen insbesondere zur
- 6 • Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze,-
- 7 • Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe,-
- 8 • Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsplätze sowie-
- 9 • Verbesserung der Ausbildungsqualität
- 10 eingesetzt werden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand

SPD- Bundestagsfraktion

Antrag I11: Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeit in der SPD (AfA) unterstützt die Petition der „Initiative Faire Landarbeit“ „Keine Mindestlohn-Ausnahmen bei Saisonarbeiter*innen“ und fordert die Bundesregierung auf, dem Petitionstext zu folgen:

Laufende Nummer: 90

Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Arbeitspolitik

- 1 Die Arbeitgeberverbände fordern die Einführung einer Ausnahme vom gesetzlichen
- 2 Mindestlohn für Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft.
- 3 **Das lehnen wir entschieden ab!**
- 4
- 5 Die Bundesregierung muss sich klar positionieren: **Es kann keine Ausnahmen vom**
- 6 **gesetzlichen Mindestlohn für Saisonbeschäftigte in der Landwirtschaft geben.**
- 7 Jedes Jahr arbeiten ungefähr 240.000 Saisonbeschäftigte auf deutschen Höfen. Das ist
- 8 etwa ein Drittel aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Diese Menschen sind ein
- 9 unverzichtbarer Teil der deutschen Landwirtschaft. Viele von ihnen kommen von Jahr zu
- 10 Jahr nach Deutschland, um die Produktion von Obst und Gemüse zu ermöglichen– oft mit
- 11 schwerwiegenden Folgen für die eigene Gesundheit und ihr Privatleben im
- 12 Herkunftsland.
- 13 **Doch statt ihnen Anerkennung für ihren unverzichtbaren Beitrag zur deutschen**
- 14 **Lebensmittelversorgung zu zollen, wird ihnen mit einem Mindestlohn zweiter Klasse**
- 15 **gedroht.** Eine Mindestlohnausnahme wäre eine unmittelbare Diskriminierung dieser
- 16 Gruppe von Beschäftigten, die bereits jetzt systematisch sozial und wirtschaftlich
- 17 benachteiligt wird.
- 18 **Nein zum Mindestlohn zweiter Klasse!** Gleicher Lohn für gleiche Arbeit für alle
- 19 Beschäftigtengruppen.
- 20 Auch systematische Probleme in der Saisonarbeit müssen enden: Schluss mit illegalen
- 21 Lohnabzügen, extremen Arbeitszeiten und menschenunwürdigen Unterkünften zu
- 22 Wuchermieten!

Empfänger*Innen

SPD Bundestagsfraktion und Ausschussvorsitzenden Bernd Rützel, Ministerin Bärbel Bas, SPD Parteivorstand

Antrag W01: „FAIRE ARBEIT, MEHR TARIFBINDUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT“ – mit den Menschen politisch Handeln und den Wandel gestalten –

Laufende Nummer: 71

Status:	Sonstiges Material für L1
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

1 In einer Zeit, in der soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Unsicherheit zunehmen,
2 ist es unerlässlich, dass wir uns für faire Arbeitsbedingungen, eine stärkere
3 Tarifbindung und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Die Welt verändert sich vor unseren
4 Augen, beunruhigend und verheißungsvoll zugleich. Unermessliche globale Märkte sind
5 entstanden, ein eifriger, wissenschaftlich-technischer Fortschritt verändert unsere
6 Arbeitswelt, unser Leben von Grund auf. Klimawandel, Energiewende, Elektromobilität,
7 Globalisierung, Industrie 4.0, Digitalisierung, Demografie, und vieles mehr verändern
8 erheblich alle Bereiche unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

9 Aktuelle Krisen und die globalen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft in
10 unserem Land und Europa sowie die Handelskriege, insbesondere die US-Zollpolitik
11 haben den Strukturwandel beschleunigt und die Unsicherheiten vergrößert.

12 Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise haben nicht nur Probleme bei der
13 Energieversorgung und in Lieferketten geschaffen. Inflation und die seit Jahren
14 sinkenden Reallöhne drücken auch die Konsumnachfrage. Prekäre Beschäftigung steigt,
15 mit ihr die Zahl der Menschen in Armut. Menschen, angetrieben von Ängsten und
16 vertrauen nicht mehr der Politik, - Fake-Nachrichten beschleunigen dies. Das
17 gefährdet unsere Demokratie. Deshalb sind Reformen und Maßnahmen erforderlich, um
18 wirtschaftliche und politische Stabilität und nachhaltige Entwicklung auf lange Sicht
19 zu gewährleisten.

20 Soziale Ungleichheit ist eines der größten Probleme unserer Zeit und sie wächst.
21 Während die meisten Menschen unter den Folgen der jüngsten Krisen ächzen,
22 profitierten einige wenige massiv von Pandemie, Inflation, steigenden Zinsen und
23 Kriegsgeschehen, so der jährliche Bericht zur sozialen Ungleichheit der
24 internationalen Entwicklungsorganisation Oxfam.

25 Die wachsende ökonomische Ungleichheit in unserem Land wollen wir aufhalten und
26 umkehren und für mehr Gerechtigkeit sorgen! Um die brennenden sozialen, ökologischen
27 und wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern und die Konjunktur zu
28 stabilisieren, müssen Wandel und Krisen sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und
29 im Interesse der Menschen gestaltet werden. Wir werden in Zukunft noch stärker dafür
30 kämpfen müssen, dass wir unserem Ziel einer menschlichen, solidarischen und
31 vielfältigen Gesellschaft näherkommen.

32 Überlassen wir den Wandel allein den Gesetzen von Markt und Profit, wird dieser
33 Prozess nicht gelingen. Damit Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen im Wandel nicht
34 unter die Räder geraten, bedarf es einer zielgerichteten politischen Gestaltung aller

Prozesse. Zudem dürfen Altersvorsorge, Gesundheit und Pflege nicht weiter der Profitmaximierung und den Finanzmärkten ausgeliefert werden. Sie sind Aufgabe des Sozialstaates in Form der Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung.

WIR BRAUCHEN EINE NEUE STRATEGIE FÜR FAIRE ARBEIT:

In den nächsten Jahren und Jahrzehnte müssen diese dynamischen Veränderungsprozesse in geordnete Bahnen gelenkt werden, damit sie zu fairen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen beitragen, statt noch mehr Unsicherheit, Ungleichheit und Ungerechtigkeit auszulösen. Diese bringen sozialen Zusammenhalt und fördern gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland. Sie sichern die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft – und damit Wertschöpfung und gute und faire Arbeitsplätze von morgen.

Der Mensch soll im Mittelpunkt stehen! Reguläre Arbeitsverhältnisse mit guten Bedingungen und einer besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, eine hohe Tarifbindung, Qualifizierungschancen- und rechte und eine starke Mitbestimmung sollen selbstverständlich sein. Eine neue Arbeitsmarktpolitik in Verbindung mit einem sozial, ökologisch und demokratisch gestalteten technologischen und demografischen Wandel soll den Weg in eine Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen, in denen die Menschen sichere Zukunftsperspektiven haben, ihr Leben verlässlich und selbstbestimmt planen können, in denen soziale Gerechtigkeit herrscht und das Zusammenleben durch Weltoffenheit, Vielfalt und Solidarität geformt ist.

WIR BRAUCHEN SOZIALE GERECHTIGKEIT:

Politik muss sicherstellen, dass der Wandel sozial gerecht erfolgt und niemand zurückgelassen wird. Dazu müssen Vermögen und Spitzeneinkommen höher besteuert werden. Das stärkt die öffentlichen Einnahmen und reduziert die soziale Ungleichheit. Dazu gehört auch die Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie die Unterstützung von Umschulungsprogrammen für Arbeitnehmer, die von Umstrukturierungen betroffen sind. Investitionen in die infrastrukturellen Rahmenbedingungen des sozial-ökologischen Strukturwandels werden mit den derzeitigen fiskalpolitischen Spielräumen nicht zu finanzieren sein. Eine Abkehr von der schwarzen Null ebenso wie eine gerechtere Besteuerung von höheren Einkommen und Vermögen müssen Grundlage einer nachhaltigen Investitionspolitik werden. Wir setzen dabei auf eine höhere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und auf einen konsequenten Steuervollzug.

Deshalb ist insbesondere...

- die Vermögenssteuer einzuführen, von 1 Prozent auf Netto-Vermögen ab einem Freibetrag von 1 Million Euro. Bei sehr hohen Vermögen (über 1 Milliarde Euro) soll der Steuersatz auf 2 Prozent steigen. Selbstgenutztes Wohneigentum würde bis zu einem bestimmten Freibetrag von dieser Steuer ausgenommen.
- eine Finanztransaktionssteuer ist einzuführen, die alle Finanzmärkte, -produkte und -akteure einschließt.

- eine Übergewinnsteuer, mit der Übergewinne mit einer einmalig erhobenen, sogenannten Windfall-Tax besteuert werden. Eine Vielzahl von Unternehmen nutzen die derzeitige Krise aus, um ihre Profite auf Kosten von Kunden und Verbraucher:innen zu steigern. Eine profitgetriebene Inflation zulasten ohnehin gebeutelter Verbraucher:innen muss unbedingt verhindert werden.
 - es muss zudem sichergestellt werden, dass die Entlastungen durch beschlossene Steuersenkungen oder Reduzierungen von Umlagen durch eine Verpflichtung der Anbieter an die Verbraucher:innen weitergeben werden müssen.
 - die Personelle Basis im Steuervollzug ist aufzustocken
- Die Steuerpolitik der vergangenen Jahre hat die Verteilungsungerechtigkeit vergrößert und den Handlungs- und Gestaltungsspielraum des Staates eingeengt. Das Steuersystem orientiert sich nicht hinreichend an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Steuerzahler:innen, sondern begünstigt hohe Einkommen, Unternehmensgewinne und große Vermögen. Gerade Menschen, die über viel Geld verfügen, zahlen also im Verhältnis weniger in die öffentlichen Kassen als mittlere und kleine Einkommen.
- Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, ist dies aus unserer Sicht nicht länger haltbar. Auch hier stehen wir an der Seite der Gewerkschaften. Wir brauchen ein sozial gerechtes Steuersystem als ein wichtiger Baustein für eine gerechtere Gesellschaft und das insgesamt höhere Staatseinnahmen als heute sichert.
- Es braucht öffentliche Investitionen an allen Ecken und Enden. Für den Breitbandausbau, eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, eine beschleunigte und bezahlbare Energiewende, den Klima- und Umweltschutz, Smarte Städte, in Forschung und Entwicklung, unter anderem für mehr Personal in den Behörden, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, der Pflegebranche und dem Bildungs-wesen, die bessere Ausstattung von Schulen mit digitalen Geräten, die Unterstützung der Wirtschaft mit Hilfgeldern.
- Klar ist: Von diesen Investitionen profitieren alle. Wie können sie gerecht aus Steuergeldern finanziert werden?
- Wir wollen, dass Beschäftigte und Familien entlastet und große Vermögen wieder stärker in die Verantwortung genommen werden. Wir brauchen eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer, um die Steuerzahler:innen angemessen und nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Wir unterstützen die Pläne des DGBs und seiner Einzelgewerkschaften. Danach müssten 95 Prozent der Steuerpflichtigen weniger zahlen und nur Spitzenverdiener:innen mehr. Damit würde die Einnahmehasis des Staates um insgesamt etwa 60 Milliarden Euro gestärkt.
- Wir unterstützen das steuerpolitische Gesamtkonzept des DGB und fordern:
- Arbeitnehmer:innen sollen von einem höheren Grundfreibetrag profitieren, deshalb die Anhebung des Grundfreibetrags auf 15.100 Euro
 - gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogression
 - Spitzensteuersatz ab 87.000 Euro auf 49 Prozent anheben. Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden, dafür erst später greifen, die Reichensteuer dafür früher
 - Reichensteuersatz von 52 Prozent ab 140.000 Euro

- 117 • Pendlerpauschale zu Mobilitätsgeld umgestalten
- 118 • Kindergrundsicherung statt Kinderfreibeträge
- 119 • Ehegattensplitting überwinden
- 120 • Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung beenden
- 121 • Dividenden sollen wie Arbeitseinkommen behandelt werden. Die pauschale
- 122 Abgeltungssteuer von 25 Prozent soll abgeschafft werden und für alle
- 123 Kapitaleinkünfte der persönliche Steuersatz gelten.
- 124 • Spitzenverdiener:innen und Vermögende müssen wieder mehr zum Gemeinwesen
- 125 beitragen, von dem auch sie profitieren. Deswegen soll die Vermögensteuer auf
- 126 Netto-Vermögen ab einer Million wieder erhoben werden, die seit 25 Jahre
- 127 ausgesetzt ist. So könnten 28 Milliarden Euro im Jahr mobilisiert werden
- 128 • Erbschaften und Schenkungen gerecht besteuern. Mindestens acht Milliarden würde
- 129 eine Erbschaft- und Schenkungsteuer auf Betriebsvermögen bringen.
- 130 • Steuervergünstigungen für Unternehmen befristen
- 131 • Die Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne soll mittelfristig auf 25 Prozent
- 132 angehoben werden. Dies würde acht Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen
- 133 • Finanztransaktionssteuer unverzüglich einführen, die alle Finanzmärkte, -produkte
- 134 und -akteure umfasst, würde weitere 17 Milliarden Mehreinnahmen erzielen.
- 135 • Eine bessere personelle Ausstattung der Finanzverwaltung
- 136 Das öffentliche Auftragswesen bietet dem Staat ein großes ökonomisches Steuerungs-
- 137 potenzial, um gute Arbeitsbedingungen zu fördern. In der Praxis werden die hiermit
- 138 verbundenen Möglichkeiten derzeit jedoch nur eingeschränkt genutzt. Dies gilt sowohl
- 139 für die vergabespezifischen Mindestlöhne als auch für die Regelungen zur Tariftreue.
- 140 Die Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität und das
- 141 Wohlbefinden der Menschen. Eine faire Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist daher
- 142 unerlässlich, um eine gerechte und menschenwürdige Arbeitswelt zu schaffen.
- 143 Die Gestaltung der Arbeitswelt durch Tarifverträge muss der Standard in unserem
- 144 Wirtschafts- und Gesellschaftssystem sein. Deutschland ist weit entfernt von einer
- 145 Tarifbindung, wie es die europäische Mindestlohnrichtlinie fordert. Die im
- 146 Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen werden nicht ausreichen, um 80 Prozent
- 147 Tarifbindung zu erreichen. Wir brauchen deshalb verbindliche Maßnahmen und eine
- 148 schnelle wirksame Umsetzung.
- 149 Dazu braucht es stärkere Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, damit
- 150 betriebliche Zukunftsvereinbarungen, die mittel- und langfristige
- 151 Investitionsentscheidungen, Standortsicherung, Kündigungsschutz und verbindliche
- 152 Personal- und Qualifizierungsplanung und -entwicklung beinhalten, wenn nötig auch
- 153 erzwingbar vereinbart werden können, - und damit unsichere Arbeitsverhältnisse wie
- 154 Leiharbeit und Befristungen eingedämmt werden.
- 155 Das ist die Chance, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie in
- 156 Deutschland und Europa zu sichern. Angesichts des vor uns liegenden Wandels und der

157 beschriebenen Situation wollen wir, dass der Wandel in Arbeitswelt und Gesellschaft

158 • sozial gerecht und sicher

159 • im Sinne guter Arbeit,

160 • ökologisch nachhaltig,

161 • demokratisch im Sinne von mehr politisch-gewerkschaftlicher Lenkung und

162 Mitbestimmung gestaltet wird und somit Angst und Unsicherheiten bei den Menschen

163 verhindert.

164 Es ist dringend erforderlich, dass die Arbeitnehmerschaft und ihre Gewerkschaften zu

165 Akteuren der Veränderungen werden. Wir wollen die Stimmen der Menschen hören, die

166 täglich für ihren Lebensunterhalt kämpfen, und gemeinsam mit ihnen politisch handeln,

167 um den Wandel zu gestalten.

168 Ohne reale Veränderungen hin zur Demokratisierung der Unternehmen und der gesamten

169 Wirtschaft, ohne eine Umverteilung von Macht und Einkommen wird es keinen ökologisch-

170 sozialen Umbau unserer Volkswirtschaft geben können. Im Kern kann der Umbau nur im

171 Produktions- und Dienstleistungssektor, also in Betrieben, Forschungseinrichtungen

172 und Verwaltungen umgesetzt werden, dort wo die menschliche Arbeit geleistet wird.

173 Die Arbeitgeber in Industrie und Dienstleistung müssen ihre Strategien zur

174 Bewältigung des Wandels offenlegen und sie müssen ihre Belegschaften an der

175 Gestaltung der Veränderungen beteiligen.

176 Der Umbau unserer Wirtschaft, der Wandel in der Gesellschaft und der Klimawandel sind

177 aber auch soziale Fragen: Neoliberale, Konservative und teilweise grüne Kräfte

178 treffen sich an einem zentralen Punkt: die Kosten der Transformation sollen über

179 Preise auf die Masse der Verbraucher abgewälzt und ihre beschäftigungspolitischen

180 „Kollateralschäden“ als Nebenwiderspruch der wissenschaft-lichen Wahrheit in Kauf

181 genommen werden. Umgekehrt werden Störungen auf den entfesselten Weltmärkten,

182 internationale Konflikte, Spekulationen und tatsächliche Knappheiten der

183 Klimaschutzpolitik angelastet. Bisher ist noch nicht erkennbar, ob und wie Kosten und

184 Nutzen des Wandels gerecht verteilt werden können

185 Es ist die historische Aufgabe und das Alleinstellungsmerkmal der Sozialdemokratie,

186 die soziale und humane Gestaltung des Wandels im Bündnis mit den Gewerkschaften und

187 unter Einbeziehung der gesamten Arbeitnehmerschaft politisch zu planen,

188 programmatisch voranzutreiben und mehrheitsfähig zu machen. Die Bundesregierung hat

189 vieles auf den Weg gebracht. Jetzt gilt es, die heimischen Kompetenzen zu stärken,

190 Wertschöpfungsketten zu stabilisieren und neu aufzubauen und Beschäftigung mit guten

191 Arbeitsbedingungen zu schaffen.

192 Durch die Digitalisierung werden in vielen Branchen die Arbeitsplatzeffekte durch

193 gegenläufige Prozesse geprägt: Wachstum durch neue digitale Angebote sichert und

194 schafft Arbeitsplätze – Effizienzgewinne durch Digitalisierung interner Prozesse

195 gefährden Beschäftigung. Noch stärker als direkte Produktionsbereiche werden

196 möglicherweise die indirekten/klassischen Büro- und Informationstätigkeiten (wie

197 Buchhaltung, Sachbearbeitung, Engineering etc.) unter Druck geraten.

198 Vereinbarungen zum Schutz der Beschäftigten sind notwendig, damit die Digitalisierung
199 in ihren Auswirkungen auf Leistungs- und Verhaltenskontrollen eingedämmt wird. In
200 allen Bereichen bedarf es erheblicher Qualifizierungsanstrengungen, weil wir die
201 Beschäftigten auf neue Tätigkeiten vorbereiten müssen.

202

203 WIR BRAUCHEN EIN VERLÄSSLICHES ÖFFENTLICHES MODERNISIERUNGSPROGRAMM UND MASSIVE
204 ÖFFENTLICHE INVESTITIONEN:

205 Damit die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigt
206 werden können und auch die Konjunktur stabilisiert wird, ist ein groß angelegtes,
207 verlässliches öffentliches Modernisierungsprogramm unausweichlich. Ohne massive
208 öffentliche Investitionen lässt sich der enorme Investitionsstau in Deutschland nicht
209 auflösen. Öffentliche Investitionen stärken den sozialen Zusammenhalt, fördern
210 gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland und tragen zu Resilienz und
211 Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und der öffentlichen Daseinsvorsorge bei - und
212 sichern damit Wertschöpfung und die guten Arbeitsplätze von morgen.

213 Verpasst Deutschland den Anschluss im Wandel und im Klimaschutz, wäre das eine
214 weitaus größere Bürde für künftige Generationen als ein temporär gestiegener
215 Verschuldungsgrad der öffentlichen Hand. Die investitionsfeindliche Schuldenbremse
216 passt nicht zu den enormen Herausforderungen unserer Zeit und muss abgeschafft
217 werden.

218 Es gibt breite gesellschaftliche Mehrheiten dafür, diese längst überfälligen
219 Investitionen zu realisieren. Diese sind allerdings nur finanzierbar, wenn die
220 ideologischen Schuldenregeln flexibilisiert werden. Vor allem in den Bereichen, die
221 für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend sind, wie lebenswerte Städte und
222 Gemeinden, bezahlbarer Wohnraum, bedarfsorientierter Nahverkehr, Krankenhäuser,
223 Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie ein hochwertiges Bildungssystem, wurde in den
224 letzten Jahren viel zu wenig getan. Der akute Handlungsbedarf, gerade auch im
225 Gesundheits- und Bildungswesen, wurde durch die Corona-Pandemie schonungslos
226 offengelegt.

227 Eine Vielzahl von Kommunen können die steigenden Energiepreise gar nicht oder kaum
228 noch tragen. Mögliche Folgen: Schulen und öffentliche Gebäude wie Bibliotheken oder
229 Verwaltungen konnten nicht mehr so stark beheizt werden, energieintensive
230 Infrastrukturen wie Schwimmbäder oder Turnhallen konnten unter Umständen nur
231 eingeschränkt betrieben oder mussten ganz geschlossen werden.

232 Personalausgaben können und sollten über ein gerechteres Steuersystem finanziert
233 werden, während Investitionen in Infrastruktur sinnvollerweise über Kredite
234 finanziert werden.

235 Die Tilgung der Schulden, die zur Bewältigung der Krisen aufgenommen wurden, darf
236 deshalb nicht zu Sozialabbau führen, für Einsparungen im öffentlichen Dienst
237 missbraucht werden oder wichtige Investitionen in die Daseinsvorsorge und die sozial-
238 ökologische Transformation behindern.

239 Angesichts der gewaltigen Investitionsbedarfe ist mit einer Politik der schwarzen
240 Null und weiterer Investitionszurückhaltung der Unternehmen die Verkehrs- und
241 Energiewende nicht zu bewältigen. In Anbetracht riesiger Kapitalanlagen und günstiger
242 Finanzierungsbedingungen (Investmentfonds halten Billionensummen bereit, die
243 Aktienkurse liegen auf Rekordniveau, die Gewinne im letzten Jahrzehnt waren
244 exorbitant, die Zinsen sind extrem niedrig und die Eigenkapitalausstattung ist hoch),
245 müssen Staat und Politik vor allem einen berechenbaren Rahmen und entsprechende
246 Investitionsanreize für die Industrie setzen, auch durch entsprechende öffentliche
247 Nachfrage. (Öffentliche Verkehrsmittel, Beschaffung, kommunale Finanzen...)
248 Steuergelder, die an Unternehmen gezahlt werden, müssen an verbindliche Standards,
249 Vorgaben und Rückzahlungen gebunden werden. Ansonsten soll deren Einsatz an
250 Beschäftigungssicherung, Qualifizierung, und soziale Absicherung beschränkt bleiben.
251 Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen werden in die Kontrolle
252 wirtschafts- und strukturpolitischer Fördermaßnahmen bislang nicht einbezogen. Dies
253 ist inakzeptabel, weil das struktur- und wirtschaftspolitische Handeln des Staates
254 u.a. mit beschäftigungspolitischen Argumenten begründet wird. Gewerkschaften und
255 Betriebsräte haben die Kompetenz, zu überprüfen, ob Arbeitnehmerschutzrechte – die
256 per Gesetz festgeschrieben sind – in dem zu fördernden Betrieb eingehalten werden.
257 Insofern wäre es nur konsequent, wenn die Beteiligung der Gewerkschaften und der
258 Betriebsräte verpflichtend für alle Maßnahmen der nationalstaatlichen und
259 europäischen Wirtschafts-förderung eingebunden werden. Es gilt, ein Verfahren zu
260 entwickeln, das Unternehmen verpflichtet, an allen Standorten Betriebsräte über
261 beantragte Subventionen zu informieren und das alle Subventionen gewährende Stellen
262 verpflichtet, vor Bewilligung die Arbeitnehmervertreter über ihre Gewerkschaften
263 anzuhören und zu beteiligen.

264

265 WIR BRAUCHEN SICHERE ARBEITSPLÄTZE IN EINER STARKEN INDUSTRIE:

266 Aktive Industriepolitik bedeutet nicht nur politische Rahmenbedingungen für
267 Investitionen zu setzen, sondern auch aktives und strategisches Handeln des Staates.
268 Es genügt nicht, gute Arbeitsbedingungen als Mittel zum Zweck der Fachkräftesicherung
269 zu behandeln. Vielmehr muss die gesamte Strategie als zentrales Ziel auf „Gute
270 Arbeit“ ausgerichtet sein. Daher müssen staatliche Förderungen für Unternehmen an
271 Bedingungen geknüpft werden. Förderung dürfen nur bewilligt werden, wenn Unternehmen
272 alle Bedingungen erfüllen, d. h. Beschäftigungs-, Standortgarantien und Garantien für
273 Gute Arbeit (d. h. Mitbestimmung, Tarifbindung, Ausbildung). Die bewährten Strukturen
274 wie die Tarifautonomie und Mitbestimmung können und sollten genutzt werden.
275 Aktive Industriepolitik muss den Weg von einer rein marktorientierten Klimapolitik
276 hin zu einem integrativen Ansatz weisen, der Klima- und Energiepolitik mit industrie-
277 und strukturpolitischen Instrumenten verbindet und die beschäftigungspolitische
278 Dimension in den Blick nimmt. Auch Subventionen an Unternehmen, die ihre
279 Wertschöpfungsketten klimaneutral transformieren wollen, sollten nur mit den oben
280 genannten Bedingungen der Guten Arbeit verknüpft werden.

281 Eine zukunftsfähige industrielle Basis einschließlich eines starken
282 Dienstleistungssektors, eines modernen Handwerks und einer leistungsfähigen
283 öffentlichen Infrastruktur bleibt die Erfolgsvoraussetzung unserer Wirtschaft. Die
284 regionale Wertschöpfung hat den wirtschaftlichen Nutzen, der durch die Produktion und
285 Verarbeitung von Rohstoffen und Produkten in einer bestimmten Region entsteht. Sie
286 ermöglicht, dass die Wirtschaft und Gesellschaft in der Region wachsen und sich
287 entwickeln kann, ohne dass Wohlstand von außerhalb der Region abfließt.

288 WIR WOLLEN, DASS DIE POLITIK ...

289

290 - den Wandel aktiv begleitet

291 und gestaltet, mit Blick auf gute Arbeit der Zukunft und Klimaschutz.

292 Im Zentrum guter Industriepolitik stehen stabile Arbeitsplätze und gute

293 tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsbedingungen.

- 294 • alles daran setzt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen. Es gilt,
295 sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten, damit industrielle
296 Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland eine Zukunft haben – und der
297 Wandel unseren sozialen und ökologischen Standards gerecht wird.
- 298 • als industriepolitisches Augenmerk auf die Stabilisierung von Lieferketten legt.
299 Dazu braucht es gesamteuropäische Konzepte, um Abhängigkeiten und Umwelt- und
300 soziale Schäden zu reduzieren.
- 301 • die Transformation nicht den freien Marktkräften überlässt, sondern sozial,
302 ökologisch und demokratisch gestaltet, mit den Beschäftigten gemeinsam. Sonst
303 drohen massive gesellschaftliche Verwerfungen und Wohlstandsverluste.
- 304 • Eine aktive Industriepolitik vorantreibt, mit Planungssicherheit, als kluge und
305 verlässliche Regulierung.
- 306 • Die Umsetzung des deutschen Lieferkettengesetzes und der europäischen
307 Lieferkettenrichtlinie durchsetzt. Sie sind Instrumente, die Arbeitsbedingungen
308 der Beschäftigten entlang globaler Wertschöpfungsketten im Sinne der
309 Beschäftigten zu beeinflussen.
- 310 • Die aktive deutsche Industriepolitik in eine gesamtheitliche europäische
311 Industriepolitik einbettet, nach dem Vorbild des IRA in den USA
- 312 • weiter Förderinstrumente auf den Weg bringt, die Standorte, Beschäftigung und
313 gute Arbeit sichern und zukunftsfest weiterentwickeln, die an Kriterien sozial
314 verantwortlicher und nachhaltiger Unternehmensführung orientiert sind, den
315 ökologischen Umbau fördern und vollständige industrielle Wertschöpfungsketten in
316 Deutschland bzw. Europa zum Ziel haben.
- 317 • dass Herausforderungen insbesondere der Digitalisierung und des Klimawandels mit
318 Technologien „Made in Germany“ und mit „Guter Arbeit“ bewältigt werden. Diese
319 Chancen sind sicherzustellen.

320

321 WIR BRAUCHEN MEHR TARIFBINDUNG:

322 Die Tarifbindung ist ein zentrales Element für die Sicherung fairer
323 Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Tarifbindung in allen Branchen
324 gestärkt wird, denn das deutsche Modell der Tarif- und Betriebspartnerschaft ist ein
325 Erfolgsmodell. Gerade auch in Zeiten von Krisen. Die Beschäftigten verstehen das und
326 sie erleben es jeden Tag in vielen unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen, denn gute
327 Arbeit gibt es nur mit guten Tarifverträgen. Im Schnitt bekommen Arbeitnehmende 844
328 Euro mehr Entgelt, wenn sie in einem Betrieb mit Tarifvertrag beschäftigt sind. Auch
329 die Arbeitsbedingungen sind mit Tarifvertrag deutlich besser. Tarifverträge regeln
330 wesentlich mehr als nur Lohn und Gehalt.

331 Sie bieten den Arbeitnehmenden etwa bei Arbeitszeit und Urlaub deutlich bessere
332 Konditionen als die gesetzlichen Vorgaben und sorgen auch bei Qualifizierung oder
333 Altersversorgung, Zahlung von Zulagen und Zuschlägen, beim Krankengeldzuschuss oder
334 tariflichen Regelungen für Eltern oder pflegende Angehörige für bessere Bedingungen
335 oder sie regeln Personalbemessung und sichern Beschäftigung. Tarifverträge
336 ermöglichen eine stabile Unternehmensplanung und sichern die Innovationsfähigkeit der
337 Unternehmen. Und sie sind viel besser geeignet, die unterschiedlichen Realitäten in
338 den Betrieben und Branchen abzubilden, als es jede gesetzliche Regelung könnte.
339 Tarifverträge sind so flexibel wie unsere Arbeitswelt divers ist.

340 Gegen alle Vernunft hat die Tarifbindung aber in Deutschland weiter abgenommen. Nur
341 die Hälfte der Beschäftigten fallen heute noch unter den Schutz von Tarifverträgen.
342 Nur noch in einem Viertel aller deutschen Betriebe gibt es überhaupt noch einen
343 Tarifvertrag. Diese Entwicklung ist bedrohlich, denn mit ihr ist eine fühlbare
344 Schlechterstellung der Beschäftigten verbunden. Betriebe ohne Tarifvertrag haben
345 deutlich schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen als vergleichbare Betriebe mit
346 Tarifbindung.

347 Nach einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der
348 Hans-Böckler-Stiftung arbeiten Vollzeitbeschäftigte in tariflosen Betrieben
349 wöchentlich im Durchschnitt fast eine Stunde länger und verdienen zudem 11 Prozent
350 weniger als Beschäftigte in vergleichbaren Betrieben mit Tarifbindung. Dieser
351 Entwicklung muss entschlossen entgegengetreten werden.

352 Wir fordern ein eindeutiges, klares Signal an die Menschen in unserem Land, dass es
353 2024 einen Aufbruch für mehr Gerechtigkeit und Fairness in der Arbeitswelt geben
354 wird. Heute setzen FDP und Arbeitgeber alles daran, dieses Ziel über einen möglichst
355 hohen Schwellenwert zu torpedieren. Wer Tariftreue nur bei Aufträgen über 50.000 Euro
356 und mehr für angemessen hält, der entzieht in Wirklichkeit staatliche Aufträge im
357 Wert von zig Millionen Euro dem Tarifgebot. Dies ist völlig inakzeptabel. Denn
358 Tariffucht verursacht heute schon einen volkswirtschaftlichen Schaden von 130 Mrd.
359 Euro jedes Jahr.

360 Wir brauchen schnell ein Tariftreuegesetz für die Stabilität der Arbeits- und
361 Lebensverhältnisse, für die Zustimmung zu unserer Demokratie und für die Akzeptanz
362 der Sozialen Marktwirtschaft ohne Schlupflöcher und Ausnahmen, wie etwa für
363 Subunternehmer oder Start-ups.

364 Auf europäischer Ebene hat der Rat der Europäischen Union bereits am 4. Oktober 2022
365 mit einer EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne (EU-RL 2022/2041) die
366 Mitgliedstaaten verpflichtet, bei einer Tarifbindungsquote von unter 80%, einen
367 nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverträgen zu erstellen. Wir setzen uns
368 dafür ein, dass die Tarifbindung in allen Branchen gestärkt wird. Dies kann durch
369 gesetzliche Regelungen geschehen, die Unternehmen dazu verpflichten, Tarifverträge
370 einzuhalten und tarifgebundene Löhne zu zahlen. Zudem sollten Anreize geschaffen
371 werden, um Unternehmen zur Tarifbindung zu bewegen. Die AfA hat dazu ein 10-Punkte-
372 Aktionsprogramm mit Maßnahmen zur aktiven Förderung der Tarifbindung vorgeschlagen.
373 Insbesondere fordern wir, dass umgehend nachfolgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- 374 • KRITERIEN GUTER ARBEIT BEI ÖFFENTLICHE AUFTRAGSVERGABE ZWINGEND
375 BERÜCKSICHTIGEN.

376

377 Das öffentliche Auftragswesen bietet dem Staat ein großes ökonomisches
378 Steuerungs-potenzial, um gute Arbeitsbedingungen zu fördern. In der Praxis
379 werden die hiermit verbundenen Möglichkeiten derzeit jedoch nur eingeschränkt
380 genutzt. Dies gilt sowohl für die vergabespezifischen Mindestlöhne als auch für
381 die Regelungen zur Tariftreue.

382 Wir fordern Tariftreuevorgaben, die sich auf repräsentative Tarifverträge beziehen
383 und eine gesetzlich stärkere Bindung zur Tariftreuregelung sowie zu Kriterien
384 unbefristeter Beschäftigung, Ausbildung und Standortperspektiven bei Auftragsvergaben
385 auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene

- 386 • KEIN STAATLICHER EURO OHNE TARIFVERTRAG

- 387 • VERBANDSKLAGERECHT FÜR GEWERKSCHAFTEN EINFÜHREN

388

389

390 Bei der Tarifbindung werden Bund, Länder und Kommunen als Arbeit- und Auftraggeber
391 mit gutem Beispiel vorangehen. Staatliche Ausgaben dürfen nicht länger für Lohn- und
392 Sozialdumping missbraucht werden. Deshalb werden wir ein Bundestariftreuegesetz, in
393 dem Auftragsvergaben des Bundes entlang der Wertschöpfungskette an die Einhaltung der
394 Mindeststandards der einschlägigen Tarifregelung der betreffenden Branche gekoppelt
395 werden, verabschieden. Auch auf kommunaler und Landesebene müssen
396 Tariftreuregelungen verpflichtend werden. Staatliche Subventionen und Förderungen
397 werden fortan an die Tariftreue von Unternehmen gekoppelt.

398 Wir werden ein arbeitsrechtliches Verbandsklagerecht für zuständige, ggf. im Betrieb
399 vertretene Gewerkschaften geben, um kollektiv die Einhaltung von Tarifverträgen oder
400 gesetzlichen Mindeststandards einklagen zu können. Immer wieder gibt es Arbeitgeber,
401 die tarifvertragliche Regelungen und gesetzliche Mindeststandards des Arbeitsrechts
402 verletzen. Arbeitnehmende dürfen nicht darauf verwiesen werden, auf Verbesserungen
403 selbst hinwirken und diese selbst einklagen zu müssen.

404

405 WIR BRAUCHEN DIE STÄRKUNG DER ARBEITNEHMER:INNEN IN DEN BETRIEBS-, PERSONAL- UND
406 AUFSICHTSRÄTEN.

407 Wir fordern, dass die Mitbestimmung der Beschäftigten in Unternehmen gestärkt wird.
408 Arbeitnehmervertretungen müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, um die
409 Interessen der Beschäftigten zu wahren. Dies sollte auch die Förderung von Betriebs-
410 und Personalräten und anderen Formen der Mitbestimmung umfassen. Deshalb brauchen wir
411 stärkere Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, damit betriebliche
412 Zukunftsvereinbarungen, die mittel- und langfristige Investitionsentscheidungen,
413 Standortsicherung, Kündigungsschutz und verbindliche Personal- und
414 Qualifizierungsplanung- und Entwicklung beinhalten, wenn nötig auch erzwingbar
415 vereinbart werden können. Insbesondere fordern wir,

- 416 • ein eigenständiges Recht der Betriebsräte auf Erstellung eines Zukunfts- und
417 ggf. Restrukturierungskonzepts mit externer Beratung
- 418 • zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich und bei
419 Beschäftigungssicherungsmaßnahmen
- 420 • eine Erweiterung der Mitbestimmung von Betriebsräten bei Maßnahmen zur
421 Beschäftigungssicherung, bei Betriebsänderungen (Umorganisation,
422 Produktionsverlagerungen, Beschäftigungsabbau) und durch ein zwingendes
423 Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich
- 424 • dass Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, z.B. eine Beschäftigungs- und
425 Qualifizierungsgesellschaft, als Teil des Sozialplanes vom Betriebsrat
426 durchgesetzt werden können.
- 427 • dass die Widerspruchsgründe bei Kündigungen, z.B. bei Entlassungen trotz
428 „schwarzer Zahlen“ erweitert werden
- 429 • die Stärkung der Wirtschaftsdemokratie. Mitbestimmung ist ein Pluspunkt im
430 deutschen System und leistet ihren Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung unserer
431 Industrie. Sie wirkt im Interesse der Beschäftigten auf die Unternehmenspolitik
432 ein und stärkt so mittel- bis langfristige Investitionsentscheidungen, die für
433 Innovationsprozesse von großer Bedeutung sind. Eine Gestaltung der industriellen
434 Beziehungen nach wirtschaftsdemokratischen Prinzipien ist nicht nur in den
435 Betrieben, sondern auch in Branchen bzw. in Clustern und darüber hinaus
436 erforderlich.
- 437 • eine härtere Bestrafung von Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit und bei
438 Behinderung von Betriebsräten sowie Betriebsratsgründungen

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

SPD-Parteikonvent

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag I04: Handwerk stärken und handwerkliche Ausbildungsberufe wieder attraktiver machen

Laufende Nummer: 84

Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

1 Die AfA fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf, das Handwerk
2 gezielt zu stärken und die Attraktivität handwerklicher Ausbildungsberufe deutlich zu
3 erhöhen. Dazu sollen auf Landes- und Bundesebene insbesondere folgende Maßnahmen
4 umgesetzt werden:

- 5 • Berufsschulen und überbetriebliche Ausbildungsstätten modern ausstatten und den
6 Unterrichtsausfall konsequent reduzieren.
- 7 • Ausbildung im Handwerk finanziell attraktiver machen durch Stärkung der
8 Tarifbindung, gute Ausbildungsqualität und eine auskömmliche
9 Ausbildungsvergütung.
- 10 • Auszubildende entlasten (z. B. bezahlbares Azubi-Wohnen/Azubi-Wohnheime,
11 vergünstigtes ÖPNV-Ticket, Zuschüsse für Werkzeuge, Arbeitskleidung und
12 Lernmittel).
- 13 • Kleine und mittlere Handwerksbetriebe bei Ausbildung unterstützen (weniger
14 Bürokratie, bessere Beratung, praxistaugliche Förderprogramme für Ausbildung).
- 15 • Berufsorientierung an Schulen ausbauen und das Image des Handwerks verbessern
16 (mehr Praktika, Schulkooperationen, gezielte Ansprache aller Geschlechter).
- 17 • Die Länder dazu auffordern, ein Gleichstellungsgebot von Azubis bei (noch so
18 genannten) Studierendenwerken zu beschließen, damit Studierende Azubis nicht
19 mehr bevorteilt werden können: Azubis müssen MitgliederInnen von
20 Studierendenwerken werden und von ihren Vorteilen gleichermaßen profitieren
21 dürfen.
- 22 • Künftig nur noch diejenigen "Studierenden"-Werke mit Bundesmitteln zu fördern,
23 in denen Azubis gleichberechtigte (= gleichermaßen profitierende) Mitglieder
24 werden können.

25 Die Vergaberichtlinien so weiterzuentwickeln, dass Tariftreue, Arbeitsbedingungen und
26 Ausbildungsleistung als verbindliche Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen
27 stärker gewichtet werden.

- 28 • Aufstieg im Handwerk erleichtern (Meister:innen- und Fortbildung finanziell
29 stärker fördern und Hürden abbauen).

30 Es sollen Rahmenbedingungen gefördert werden, die qualifizierte Personen aus dem
31 Ausland die Möglichkeit vereinfacht bieten, eine Ausbildung in einem deutschen
32 Handwerksbetrieb anzutreten.

33 Die Lösung des Problems des Fachkräftemangels in Deutschland liegt in der eigenen
34 Ausbildung der dringend benötigten Fachkräfte von morgen.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundestagsfraktion

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Antrag W02: Starke Kommunen - Kommunale Finanzen brauchen eine Zukunft

Laufende Nummer: 48

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Wir fordern:
- 2 • Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen muss aufgelöst werden. Dazu
- 3 bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen.
- 4 • Das Steueraufkommen muss erhöht und eine angemessene Finanzausstattung der
- 5 Städte, Gemeinden und Landkreise mit einem höheren Anteil an den
- 6 Gemeinschaftssteuern gesichert werden!
- 7 •
- 8 • Die Sozialausgaben der Kommunen, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom
- 9 Bund bezahlt

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag W03: Die AfA fordert die SPD auf, die Reaktivierung der Vermögenssteuer.

Laufende Nummer: 50

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Die AfA fordert die Reaktivierung der Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer ist
- 2 aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes seit
- 3 1997 ausgesetzt. Der Hauptgrund der damaligen Aussetzung, die zu niedrige
- 4 Bewertung von Immobilieneigentum, ist durch den Wechsel von Einheitswert zu
- 5 Grundsteuerwert entfallen.
- 6 Die Vermögenssteuer für Privatpersonen soll mit einem Freibetrag versehen werden.
- 7 Ziel ist der Schutz von eigen bewohnten Immobilien und eine fairere Besteuerung von
- 8 ertragreichen Vermögen.

Empfänger*Innen

SPD-AfA Bundesvorstand

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundesparteitag

Antrag W04: Fair(e) Steuern: gerecht verteilen – Zukunft sichern

Laufende Nummer: 52

Status:	überwiesen Afa Buvo
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Unser Ziel ist klar: wir wollen 95 Prozent der Beschäftigten entlasten und die
- 2 reichsten 5 Prozent stärker beteiligen. Große Vermögen sollen ihren fairen Beitrag
- 3 leisten, damit der Staat für alle in Zukunftsinvestitionen wie Bildung, Gesundheit,
- 4 Infrastruktur und Klimaschutz investieren kann. Daher setzt sich die SPD für eine
- 5 gerechtere Steuerpolitik ein.
- 6 1. Anhebung des Grundfreibetrags auf 15.100 Euro
- 7 2. Gleichmäßiger Anstieg der Steuerprogression
- 8 3. Spitzensteuersatz ab 87.000 Euro auf 49 Prozent anheben
- 9 4. Reichensteuersatz von 52 Prozent ab 140.000 Euro
- 10 5. Pendlerpauschale zu Mobilitätsgeld umgestalten
- 11 6. Kindergrundsicherung statt Kinderfreibeträge
- 12 7. Ehegattensplitting überwinden
- 13 8. Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung beenden
- 14 9. Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge abschaffen
- 15 10. Vermögensteuer wieder erheben
- 16 11. Erbschaften und Schenkungen gerecht besteuern
- 17 12. Steuervergünstigungen für Unternehmen befristen
- 18 13. Körperschaftsteuer auf 25 Prozent anheben
- 19 14. Finanztransaktionsteuer unverzüglich einführen
- 20 15. Eine bessere personelle Ausstattung der Finanzverwaltung

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag W05: Sofortmaßnahmen zur Sicherung von Arbeit und Wirtschaft

Laufende Nummer: 54

Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist besorgniserregend. Selbst die angekündigten
2 staatlichen Investitionen erzielen außerhalb der Rüstungsindustrie keine
3 nennenswerten Wachstumsimpulse. Selbst diese drohen zu verpuffen, weil sie bisher
4 einseitig die großen Unternehmen begünstigen. Private Investitionen in Deutschland
5 werden aber nur durch entsprechende Nachfrage in Gang kommen. Hier muss dringend
6 gehandelt werden.
- 7 Wenn sich die weltwirtschaftlichen Belastungen, ausgelöst von der erratischen US-
8 Politik, fortsetzen und die Massenkaufkraft in Deutschland und Europa nicht zunimmt,
9 könnte sich die derzeitige Stagnation zu einer schweren Wirtschaftskrise ausweiten.
- 10 Die Schere zwischen Arm und Reich wird augenblicklich immer größer und ist nur mit
11 geeigneten Gegenmaßnahmen zu reduzieren.
- 12 • Wir fordern die deutsche Bundesregierung und die Abgeordneten im EU-Parlament
13 auf, als die aktuellen Vorschläge von US-Regierung und EU-Kommission zur
14 Neuordnung der Handelsbeziehungen abzulehnen. Diese Vorschläge schaden der
15 europäischen Industrie, gefährden die europäische Selbstbestimmung, die
16 öffentlichen Haushalte und den Klimaschutz auf nicht hinnehmbare Weise.
17 Gleichzeitig werden so die ohnehin unter Druck stehenden europäischen
18 Errungenschaften Mitbestimmung und Wohlstand zumindest von Teilen der
19 arbeitenden Klassen massiv destabilisiert. Die EU sollte umgehend eine
20 weltweite
21 Allianz der Staaten anstreben, die gemäß fairer, sozialer und nachhaltiger
22 Regeln den globalen Handel neugestaltet.
- 23 • Damit die Menschen in der EU unabhängiger von ökonomischen und militärischen
24 US-
25 Strategien werden, muss die EU ihre Binnenwirtschaft stärken und ihre
26 übertriebene Exportorientierung abbauen. Das gilt für Deutschland in besonderem
27 Maße. Wir fordern eine Stärkung des europäischen Wirtschaftsraums.
28 Neben der Erhöhung der öffentlichen Investitionen bedarf es dafür einer
29 Stärkung
30 der Massenkaufkraft. Deshalb brauchen wir eine Schubumkehr in der
31 Einkommensverteilung.
32 Eine Sofortmaßnahme wäre die Senkung der Stromsteuer für alle und die
33 Einführung
34 eines sozial gestaffelten Klimageldes zum Ausgleich für die gestiegenen CO2-
35 Preise ab 2026.
- 36 • Die Verteilung der Lasten ist besonders in Deutschland höchst ungleich

- 37 verteilt.
- 38 Um Kaufkraft und den Binnenmarkt zu stärken, muss niedriges und mittleres
- 39 Arbeitseinkommen geringer versteuert werden. Und gleichzeitig müssen Überreiche
- 40 stärker in Verantwortung genommen werden.
- 41 Außerdem müssen die Sozialversicherungen (längerfristig durch die Konzepte von
- 42 Bürger-/ Erwerbstätigenversicherung) gerechter finanziert und die Beiträge
- 43 reduziert werden.

Antrag W06: „NEUE MESSGRÖSSEN VON WOHLSTAND“

Laufende Nummer: 74

Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, geeignete Wohlstandsindikatoren für Deutschland zu
2 identifizieren, die dazu in der Lage sind,
3 die ökologischen Schäden des Wirtschaftswachstums transparent darzustellen und
4 essenzielle Faktoren wie Klimaschutz, Gesundheit und Bildung angemessen zu
5 berücksichtigen. Dies ist entscheidend, um langfristig eine verantwortungsvolle und
6 nachhaltige Industriepolitik zu gestalten.
- 7 Neuseeland, Mitglied der sogenannten Wellbeing Alliance, dient hierbei als Beispiel.
8 Dort werden Haushaltsmittel bereitgestellt, um spezifische Wohlfahrtsziele zu
9 erreichen, wie etwa die Förderung der psychischen Gesundheit oder das Wohlergehen von
10 Kindern. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird systematisch gemessen und evaluiert.
- 11 Darüber hinaus sollten bei der Entwicklung neuer Wohlstandsindikatoren auch folgende
12 Ansätze in Betracht gezogen werden:
- 13 • Brutto-Ökosystemprodukt (Gross Ecosystem Product, GEP)
 - 14 • Human Development Index (HDI)
 - 15 • Better Life Index der OECD
 - 16 • Recoupling Dashboard

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

SPD-Parteikonvent

SPD-Parteivorstand

Antrag W07: „GERECHTE STEUERN – FINANZÄMTER BESSER AUSSTATTEN“

Laufende Nummer: 75

Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 In Zeiten zunehmender sozialer Ungleichheit und finanzieller Herausforderungen ist es
2 unerlässlich, ein gerechtes Steuersystem zu fördern, das den Bedürfnissen aller
3 Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Eine zentrale Rolle spielen dabei die
4 Finanzämter, die für die Erhebung und Verwaltung von Steuern verantwortlich sind. Um
5 eine faire und effiziente Steuererhebung zu gewährleisten, müssen die Finanzämter
6 besser ausgestattet werden.
- 7 Eine gerechte Steuerpolitik ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die
8 Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Um sicherzustellen, dass das Steuersystem
9 fair und effektiv funktioniert, müssen die Finanzämter über die notwendigen
10 Ressourcen und Kompetenzen verfügen. Nur so kann eine gerechte Verteilung der
11 Steuerlast gewährleistet und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das
12 Steuersystem gestärkt werden.
- 13 Wir, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit fordern die politischen Gremien auf, Lösungen
14 zu entwickeln und Maßnahmen festzulegen. Diese sollen nachfolgende Punkte enthalten:
- 15 1. Personelle Aufstockung:
- 16 Erhöhung der Mitarbeiterzahlen in den Finanzämtern, um die Arbeitsbelastung zu
17 reduzieren und eine schnellere Bearbeitung von Steuererklärungen und Anfragen zu
18 ermöglichen.
- 19 2. Fortbildung und Schulung:
- 20 Regelmäßige Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der Finanzämter, um
21 sicherzustellen, dass sie über aktuelle steuerrechtliche Entwicklungen und digitale
22 Technologien informiert sind.
- 23 3. Technologische Ausstattung:
- 24 Investitionen in moderne IT-Systeme und Softwarelösungen, um die Effizienz der
25 Arbeitsabläufe zu steigern und die digitale Kommunikation mit den Steuerpflichtigen
26 zu verbessern.
- 27 4. Bürgernahe Dienstleistungen:
- 28 Ausbau von Beratungsangeboten und Informationsdiensten, um den Bürgerinnen und
29 Bürgern den Zugang zu steuerlichen Informationen zu erleichtern und Fragen zeitnah zu
30 klären.
- 31 5. Transparenz und Nachvollziehbarkeit:
- 32 Förderung von Maßnahmen, die die Transparenz der Steuererhebung erhöhen und den
33 Bürgerinnen und Bürgern ein besseres Verständnis für die Verwendung ihrer
34 Steuergelder vermitteln.

- 35 6. Förderung von Steuerberatung:
36 Unterstützung von Initiativen, die insbesondere kleinen Unternehmen und
37 Selbstständigen helfen, ihre steuerlichen Pflichten besser zu verstehen und zu
38 erfüllen.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

SPD-Landtagsfraktionen

SPD-BT-Fraktion

Antrag I12: Resolution: Jetzt erst recht: Schienengüterverkehr in Deutschland erhalten und ausbauen!

Laufende Nummer: 91

Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Nicht zuletzt angesichts der aktuellen Preisexplosion bei fossilen Brennstoffen sowie
- 2 des voranschreitenden Klimawandel braucht es deutlich mehr Anstrengungen der Politik
- 3 in Deutschland und Europa, um auch beim Gütertransport eine echte Verkehrswende zu
- 4 schaffen.
- 5 Statt dem immer wieder proklamierten Ziel einer Ausweitung des Anteils des
- 6 Schienengüterverkehrs am gesamten Güterverkehr in Deutschland näher zu kommen und ihn
- 7 bis 2030 auf 25 % zu erhöhen, entfernen wir uns derzeit sogar immer weiter davon,
- 8 aktuell beträgt er weniger als 20%.
- 9 Es gilt festzuhalten, dass es um den Schienengüterverkehr Deutschland nicht gut
- 10 bestellt ist. Insbesondere die Deutsche Bahn-Tochter DB Cargo ist infolge von
- 11 Vorgaben der Europäischen Kommission in ihrer Existenz bedroht. Die zentrale Auflage
- 12 der EU lautet: DB Cargo muss ab diesem Jahr profitabel arbeiten, der Mutterkonzern
- 13 Deutsche Bahn darf keine Verluste mehr ausgleichen. Auf diese Vorgaben hat das
- 14 Unternehmen mit massivem Personalabbau, Teilverkäufen sowie Standort- und
- 15 Werksschließungen reagiert.
- 16 Nach den bereits erfolgten dramatischen Einschnitten soll bei DB Cargo bis 2030
- 17 nochmals rund die Hälfte der heutigen Arbeitsplätze (von 14.000 auf 7.800) abgebaut
- 18 werden.
- 19 Es hätte verheerende Folgen für Wirtschaft, Umwelt und Sicherheit, sollte DB Cargo
- 20 aufgrund der EU-Auflagen liquidiert werden. Die Konsequenzen wären fatal:
- 21 1. Es käme zu massiven Verlagerungen von Schienentransporte auf die Straße (alleine
- 22 im Einzelwagenverkehr würde dies 40.000 LKW's pro Tag mehr bedeuten). Die
- 23 Straßenkapazität ist bereits heute im Limit. Viele LKW-Fahrer fehlen bereits
- 24 heute.
- 25 2. Der saubere Schienengüterverkehr würde durch CO2 intensiven Straßengüterverkehr
- 26 ersetzt werden, was Klimapolitische Ziele in sehr weite Ferne rücken ließe
- 27 3. Viele tausend Industriearbeitsplätze von Unternehmen, die vom
- 28 Schienengüterverkehr allgemein und im Einzelwagenverkehr von der DB Cargo
- 29 abhängig sind, würden abgebaut. Der Schaden für wichtige Branchen der deutschen
- 30 Industrie (z.B. Stahl, Chemie, Auto) und zahlreiche, auch mittelständische
- 31 Unternehmen, sowie für die gesamtwirtschaftliche Energiebilanz wäre immens, mit
- 32 erheblichen betriebs- und volkswirtschaftlichen Kosten.
- 33 Mit seinem Beschluss unter dem Titel „Soziale und ökologische Transformation im
- 34 Verkehrssektor: Vorrang für die Schiene“ hat der SPD-Bundesparteitag 2025 zentrale
- 35 Forderungen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs wie die Schaffung fairer

36 Wettbewerbsbedingungen, technische Innovationen, die Förderung des Einzelverkehrs und
37 die besondere Berücksichtigung des Schienengüterverkehrs bei allen Investitionen in
38 die Schiene beschlossen. Wir bekräftigen diesen Beschluss.

39 Daher fordern wir die SPD auf, sich gemäß der eigenen Beschlusslage auf allen Ebenen
40 energisch für die Stärkung und den Ausbau des Schienengüterverkehrs einzusetzen,
41 sowohl mit Blick auf die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel (Förderung des
42 gesamten Sektors), als auch vor allem bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen.
43 Beides sind unverzichtbare Bestandteile einer richtig verstandenen Industriepolitik.
44 Es dürfen keine weiteren Kapazitäten abgebaut werden; die Zeit drängt.

45 Zudem muss insbesondere die europäische Regulierung des Schienenverkehrs im
46 Allgemeinen wie auch des Schienengüterverkehrs im Besonderen grundlegend korrigiert
47 werden. Das Beihilfeverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland in Sachen DB Cargo
48 ist sofort auszusetzen. Güterverkehr auf der Schiene muss als Teil der öffentlichen
49 Infrastruktur und als Daseinsvorsorge verstanden werden und als wichtiger Faktor zur
50 Stärkung des Standortes Europa.

51 Alle Beteiligten, auch die Unternehmensführung, müssen begreifen, dass man sich aus
52 der Krise des Schienengüterverkehrs nicht durch Schrumpfen, sondern nur durch Wachsen
53 befreien kann.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Parteivorstand

SPD-Abgeordnete im EP

Antrag I13: Stahl und Industriepolitik

Laufende Nummer: 92

Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschafts- und Steuerpolitik

- 1 Der Afa Bundeskongress 2026 fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion
2 auf,
- 3 • sich in der EU dafür vehement einzusetzen, die Stahlindustrie in den von der EU
4 Kommission vorgeschlagenen Industrial Accelerator Act (IAA) mit aufzunehmen.
- 5 • sich für einen verlässlichen und wettbewerbsfähigen Industriestrompreis
6 einzusetzen und die erneuerbaren Energien auszubauen.
- 7 • Für einen Emissionshandel zu sorgen, der Anreize zur Dekarbonisierung setzt,
8 ohne der heimischen Industrie die Luft abzudrücken. Dieser muss
9 industriespezifisch gestaltet werden, weil nicht für alle Industriezweige
10 Dekarbonisierungspfade auf null CO₂-Emissionen existieren, wir aber auch hier
11 dringende eine De-Industrialisierung verhindern müssen!

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag S01: Innovative Wohnkonzepte

Laufende Nummer: 28

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die SPD fordert Bund, Länder und Kommunen auf, den sozialen Wohnungsbau und die
2 Förderung innovativer, gemeinwohlorientierter Wohnformen deutlich auszubauen und
3 langfristig abzusichern.
- 4 Der Bundesvorstand wird beauftragt, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass:
- 5 (1) die **finanziellen Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöht und**
6 **verstetigt** werden, damit jährlich **mehr neue Sozialwohnungen** entstehen können, als aus
7 dem Bindungen fallen;
- 8 (2) die **Wohnungsgemeinnützigkeit** wieder eingeführt wird, um nicht-profitorientierte
9 Bauträger:innen steuerlich zu entlasten, wenn sie dauerhaft bezahlbare Mieten
10 garantieren;
- 11 (3) Kommunen ein **vorrangiges Erwerbs- bzw. Erbbaurecht an nicht mehr genutzten**
12 **Landes- und Bundesimmobilien** zu gewähren;
- 13 (4) ein **Bundes- bzw. Landesprogramm „Innovatives Wohnen“** aufgelegt wird, das
14 gemeinschaftliche, genossenschaftliche, altersgerechte und inklusive Wohnprojekte
15 finanziell fördert;
- 16 (5) finanzielle Anreize für Kommunen (und Wohnungsunternehmen) geschaffen werden,
17 auslaufende **Zweckbindungen von Sozialwohnungen zu verlängern**, um den jährlichen
18 Verlust an geförderten Wohnungen zu stoppen;
- 19 (6) rechtliche und finanzielle Anreize für **digitale und soziale Innovationen im**
20 **Kontext „Wohnen“** geschaffen werden – etwa für kommunale Wohnungstausch-Plattformen,
21 digitale Wohngeldsysteme und öffentliche Vermittlungsportale für bezahlbaren
22 Wohnraum.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag S02: „DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL IN DER DASEINSVORSORGE GESTALTEN“

Laufende Nummer: 76

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Der demografische Wandel mit weitreichenden Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge
- 2 stellt eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft dar. Die alternde
- 3 Bevölkerung erfordert eine Anpassung der Daseinsvorsorge, um den Bedürfnissen aller
- 4 Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass
- 5 wir proaktive Maßnahmen ergreifen, um die Daseinsvorsorge zukunftsfähig zu gestalten
- 6 und die Lebensqualität in unseren Gemeinden zu sichern. Eine alternde Gesellschaft
- 7 erfordert neue Ansätze und Lösungen, um die Lebensqualität aller Bürgerinnen und
- 8 Bürger zu sichern.
- 9 Durch die proaktive Gestaltung der Daseinsvorsorge können wir nicht nur den
- 10 Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen, sondern auch Chancen für eine
- 11 inklusive und solidarische Gesellschaft schaffen.
- 12 Wir, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit fordern die Politik auf, ein entsprechendes
- 13 Programm mit verbindlichen Lösungen für die Gestaltung des demografischen Wandels in
- 14 der Daseinsvorsorge zu erarbeiten und auf den Weg zu bringen.
- 15 Dies sollte folgende Maßnahmen umfassen:
- 16 1. Bedarfsgerechte Infrastruktur:
- 17 Entwicklung und Anpassung von Infrastrukturen, die den Bedürfnissen einer älter
- 18 werdenden Bevölkerung gerecht werden, wie barrierefreie Zugänge, seniorenrechtliche
- 19 Wohnformen und öffentliche Verkehrsmittel.
- 20 2. Gesundheitsversorgung:
- 21 Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen
- 22 Gesundheitsversorgung, die auf die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen
- 23 ausgerichtet ist, einschließlich der Förderung von Hausärzten und mobilen
- 24 Pflegediensten.
- 25 3. Soziale Teilhabe:
- 26 Förderung von Programmen, die die soziale Teilhabe älterer Menschen unterstützen, wie
- 27 z.B. Freizeitangebote, Bildungsinitiativen und ehrenamtliche Tätigkeiten, um
- 28 Isolation und Einsamkeit zu vermeiden.
- 29 4. Fachkräftegewinnung:
- 30 Initiativen zur Gewinnung und Ausbildung von Fachkräften im Bereich der Altenpflege
- 31 und -betreuung, um den steigenden Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken.
- 32 5. (Intergenerationaler Austausch) Generation übergreifender Austausch:
- 33 Förderung von Projekten, die den Austausch zwischen den Generationen stärken, um das
- 34 Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt zu fördern.

35 6. Digitale Teilhabe:

36 Sicherstellung, dass ältere Menschen Zugang zu digitalen Technologien haben und in
37 der Lage sind, diese zu nutzen, um ihre Lebensqualität zu verbessern und die Teilhabe
38 am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

39 Nur durch gemeinsames Handeln können wir die Herausforderungen meistern und eine
40 zukunftsfähige Daseinsvorsorge für alle Generationen gewährleisten.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand

SPD-Bundesparteitag

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Landtagsfraktionen

Antrag S03: Forderungen zum Umbau des Rentensystems

Laufende Nummer: 65

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die AfA Bundeskonferenz möge beschließen, sich auf jeder politischen Eben dafür
2 einzusetzen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterzuleiten:
- 3 **1. Versicherungsfremde Leistungen / Fremdleistungen werden ausschließlich über**
4 **Steuermittel finanziert.**
- 5 **2. Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (Wegfall, wenn möglich) in der**
6 **Rentenversicherung.**
- 7 **3. Einbeziehung aller Einkommensarten und aller Einkommens - Bezieherinnen ins**
8 **System.**
- 9 **4. Mindestabgabepflicht aller Einnahmen aus Kapitalerträgen ins System.**
- 10 **5. Einführung einer Minimalrente auf dem Niveau der Armutsgefährdungsgrenze und**
11 **Einführung einer Maximalrente.**
- 12 Falls Entnahmen aus der DRV erforderlich sind, werden sie mittels Bundeszuweisungen
13 innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren (zwei Legislaturperioden) vollständig
14 ausgeglichen. Es wird systematisch und transparent dokumentiert und dargelegt, für
15 welche Zwecke und aus welchen Gründen ein Zugriff auf das Kapital der DRV
16 erforderlich ist. Ein öffentlicher jährlicher Bericht darüber beugt Spekulationen
17 vor. Darüber hinaus werden die ca. 700 Mrd. Euro, die in den vergangenen Jahrzehnten
18 (seit 1957) entnommen und **nicht** zurückgeführt wurden, z.B. in den nächsten 20 Jahren
19 jährlich mit 35 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt getilgt.
- 20 Eine Mindestabgabe von zum Beispiel einem Prozent des Jahresertrags aus
21 Kapitalerträgen in die Rentenkasse generiert für die Betroffenen entsprechende
22 Rentenanswartschaften, auch für jene, die ausschließlich von ihren Kapitalerträgen
23 leben. Das ist gepuffert durch die Einführung einer Maximalrente.
- 24 **Minimalrente:**
- 25 Sie soll über der Armutsgefährdungsgrenze (aktuell ca. 1.313 Euro pro Monat) liegen.
26 Nach 30 Jahren der Einzahlung bzw. 30 erworbenen Rentenanswartschaftspunkten besteht
27 ein Anspruch, der ohne Antrag zu gewähren ist.
- 28 **Maximalrente:**
- 29 Aktuell erwirbt man einen Anspruch auf eine monatliche Maximalrente von 3.443 Euro,
30 wenn in einem Zeitraum von 45 Jahren immer auf der Höhe der aktuellen
31 Beitragsbemessungsgrenze von 5.175 Euro (monatliches Brutto) ins System geleistet
32 wurde.
- 33 Durch deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (z.B. Verdoppelung, ggf.
34 Wegfall) wird möglicherweise ein Anspruch über der o.a. Maximalrente erworben. Daher
35 ist es notwendig, eine Obergrenze einzuziehen.

- 36 Ein Vorschlag hierfür ist das Vierfache der Minimalrente. Dies wären 5.255 Euro pro
37 Monat. Rechnerisch höhere Ansprüche werden gekappt. Durch den Wegfall oder die starke
38 Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze werden Beiträge generiert, die die
39 wirtschaftliche Stärke der Versicherten tatsächlich abbilden.
- 40 Durch die Einführung von Mindest- und Maximalrente besteht keine Gefahr, dass die
41 Leistungsfähigkeit der DRV im Versicherungsfall überfordert wird (Umlageverfahren).

Antrag S05: Information zur Höhe der versicherungsfremden Leistungen in der Rentenversicherung im Jahr 2020 und Erinnerung an die Erledigung des beschlossenen Antrages S 13 der Bundeskonferenz 2022

Laufende Nummer: 31

Status:	überwiesen an AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister, sowie der Parteivorstand nehmen
- 2 die Höhe der nicht erstatteten versicherungsfremden / nicht beitragsgedeckten
- 3 Leistungen in Höhe von 37,1 Mrd. Euro im Jahr 2020 zur Kenntnis (Berechnung der DRV
- 4 aus 2021)
- 5 Die Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister, sowie der Parteivorstand werden an
- 6 die Umsetzung des beschlossenen Antrages S 13 der Bundeskonferenz 2022 erinnert:
- 7 „Die Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister, werden aufgefordert, einen
- 8 Gesetzentwurf einzubringen, dass ab sofort die versicherungsfremden Leistungen
- 9 vollständig aus Steuern finanziert werden.“

Empfänger*Innen

SPD-Bundesminister
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag S06: Solidarische Erwerbstätigenversicherung, Rentenniveau sichern, Beitragsbasis verbreitern, Gerechtigkeit schaffen

Laufende Nummer: 15

Status:	überwiesen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

1 Die AfA Bundeskonferenz fordert eine grundlegende Reform der Rentenfinanzierung und
2 den Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer **solidarischen**
3 **Erwerbstätigenversicherung**.

4

5 Um ein langfristig stabiles und lebensstandard-sicherndes Rentenniveau zu
6 garantieren, sind folgende Maßnahmen umzusetzen

7 1. Einbeziehung aller Erwerbseinkommen: Sämtliche Erwerbseinkommen müssen der
8 Versicherungspflicht unterliegen – ohne Ausnahmen für Abgeordnete, Beamte,
9 Selbstständige sowie Land- und Forstwirte und Freiberufler.

10 2. Anpassung des Beitragssatzes: Der Beitragssatz zur Rentenversicherung ist
11 perspektivisch auf 22,8 % (Arbeitgeberanteil: 12,55 %, Arbeitnehmeranteil: 10,25
12 %) anzuheben. Diese höhere Investition führt dazu, dass das Vertrauen in die
13 staatliche Rente massiv steigt und die Kaufkraft im Alter nachhaltig gestärkt
14 wird, während private Zusatzvorsorge-Zwänge entfallen.

15 3. Anhebung des Rentenniveaus: Zur Finanzierung eines deutlich höheren
16 Rentenniveaus (Zielmarke: 60 % des Durchschnittseinkommens) ist der in Punkt 2
17 geforderte Rentenversicherungsbeitrag schrittweise anzuheben. Wir begreifen dies
18 als notwendige Investition in die soziale Sicherheit.

19 4. Finanzierung: Die Beiträge werden weiterhin von Arbeitgebenden und
20 Arbeitnehmenden getragen. Bei Selbstständigen und Landwirten sind faire
21 Übergangsregelungen und Zuschussmodelle zu schaffen, um eine Überlastung kleiner
22 Betriebe zu verhindern.

23 5. Reform der Beitragsbemessungsgrenze: Die Beitragsbemessungsgrenze ist deutlich
24 anzuheben oder perspektivisch aufzuheben, gepaart mit einer Abflachung der
25 Rentenzuwächse bei extrem hohen Einkommen (Degression), um die Solidarität zu
26 wahren.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Bundesminister

Antrag S07: Wiedereinführung des Renteneintrittsalters mit 65 Jahren und Anhebung des Rentenniveaus

Laufende Nummer: 19

Status:	überwiesen an AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 1. Die AfA Bundesdelegiertenkonferenz spricht sich für die **Wiedereinführung des**
- 2 **gesetzlichen Renteneintrittsalters mit 65 Jahren** aus.
- 3 2. Die AfA Bundesdelegiertenkonferenz fordert, dass das **gesetzliche Rentenniveau**
- 4 **wieder angehoben und dauerhaft auf mindestens 50% stabilisiert** wird, um den
- 5 Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner zu sichern.
- 6 3. Zur Finanzierung und Stabilisierung des Beitrags der Arbeitnehmerinnen und
- 7 Arbeitnehmer sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft und umgesetzt
- 8 werden:
- 9
 - Einführung einer **Erwerbstätigenversicherung**, in die auch Selbstständige und
 - 10 Beamte einzahlen.
 - 11• Stärkung der Einnahmen durch die **Abschaffung sachgrundloser Befristungen**
 - 12 und atypischer Beschäftigung.
 - 13• Bekämpfung von prekärer Arbeit und Ausweitung
 - 14 sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.
 - 15• Solidarische Finanzierung der Rente, um Verlässlichkeit und
 - 16 Generationengerechtigkeit sicherzustellen. Überprüfung der Sinnhaftigkeit
 - 17 der Beitragsbemessungsgrenzen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand
SPD-Fraktion im Bundestag

Antrag S08: Sozialabgaben für Beschäftigte sofort deckeln – Ausgleich aus Steuermitteln

Laufende Nummer: 64

Status:	überwiesen an AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die AfA Bundeskonferenz möge beschließen und sich dafür einsetzen, dass die SPD-
- 2 Bundestagsfraktion und die Bundesregierung nachdrücklich und zeitnah folgende
- 3 Maßnahmen umsetzen:
- 4 1. die Sozialabgaben für abhängig Beschäftigte gesetzlich auf das aktuelle Niveau
- 5 zu deckeln sind, um eine weitere einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und
- 6 Arbeitnehmer durch weiter steigende Sozialversicherungsbeiträge zu verhindern,
- 7 2. der zusätzlichen Finanzierungsbedarf der sozialen Sicherungssysteme vorrangig
- 8 aus Steuermitteln zu finanzieren ist, insbesondere durch eine gerechtere
- 9 Besteuerung hoher Vermögen, Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinne,
- 10 3. eine automatische Weitergabe von Kostensteigerungen an Beschäftigte
- 11 auszuschließen ist,
- 12 4. Maßnahmen zur Abschaffung steuerlicher Schlupflöcher bei Kapitaleinkommen sowie
- 13 zur gerechten Beteiligung großer Unternehmen an den Kosten der wirtschaftlichen
- 14 Transformation zu ergreifen sind,
- 15 5. diese Forderungen konsequent und öffentlich zu kommunizieren sind, um ein
- 16 deutliches Signal für soziale Gerechtigkeit, faire Lastenverteilung und den
- 17 Schutz der arbeitenden Bevölkerung zu senden.
- 18 Damit bekennt sich die SPD zu einer sozialen Marktwirtschaft, die Beschäftigte
- 19 entlastet, Kaufkraft sichert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.
- 20 In Deutschland tragen Menschen mit durchschnittlichem Einkommen längst einen
- 21 überproportionalen Anteil zur Finanzierung des Sozialstaats. Wer arbeitet, zahlt –
- 22 wer besitzt, wird weitgehend verschont. Dieses Ungleichgewicht ist sozial ungerecht
- 23 und schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- 24 Besonders betroffen sind Beschäftigte im Schichtdienst, in prekären Jobs oder im
- 25 Niedriglohnbereich – Menschen, die für unser Gesundheitswesen, den Einzelhandel,
- 26 öffentlichen Dienst und das Handwerk unverzichtbar sind. Trotz ihrer Leistungen sehen
- 27 sie sich steigenden Lebenshaltungskosten, stagnierenden Löhnen und zunehmender
- 28 Abgabenlast ausgesetzt. Das Gefühl, trotz harter Arbeit kaum über die Runden zu
- 29 kommen, ist für viele traurige Realität.
- 30 Spitzenverdiener profitieren weiterhin von Beitragsbemessungsgrenzen, Kapitalerträge
- 31 werden steuerlich bevorzugt behandelt und große Unternehmen nutzen legale
- 32 Steuerschlupflöcher. Gleichzeitig steigen die Beiträge zur Kranken-, Pflege- und
- 33 Rentenversicherung, die vor allem die arbeitende Bevölkerung belasten – jene, die
- 34 sich nicht entziehen können.

35 Diese Entwicklung ist politisch gemacht und keineswegs alternativlos. Es ist keine
36 Naturgegebenheit, dass soziale Sicherungssysteme überwiegend durch Lohnnebenkosten
37 finanziert werden. Wir müssen diese politische Entscheidung korrigieren, wenn wir als
38 SPD glaubwürdig die Partei der arbeitenden Menschen bleiben wollen.

39 Ohne eine Entlastung wächst die Entfremdung unserer Basis und das Gefühl, soziale
40 Gerechtigkeit sei nur eine Phrase. Die SPD riskiert ihre historische Glaubwürdigkeit.

41 Der Staat kann den Sozialstaat gerecht finanzieren – durch Reformen bei der
42 Vermögensbesteuerung, höhere Erbschaftssteuern, Abschaffung von Steuerschlupflöchern
43 bei Kapitaleinkommen und eine faire Beteiligung großer Unternehmen an den Kosten der
44 wirtschaftlichen Transformation.

45 Eine gesetzliche Deckelung der Sozialabgabenlast ist dringend nötig. Sie schafft
46 Planungssicherheit, sichert Kaufkraft und stärkt das Vertrauen in die soziale
47 Marktwirtschaft. Den Mehraufwand in den Sozialkassen müssen wir solidarisch aus
48 allgemeinen Steuermitteln decken.

49 Mit diesem Antrag senden wir ein deutliches Signal: Wer arbeitet, darf nicht weiter
50 über Gebühr belastet werden. Die SPD muss die Interessen der Beschäftigten endlich
51 wieder konsequent vertreten – mit konkreten politischen Maßnahmen und nicht nur in
52 Reden. So gewinnen wir das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung zurück und stärken
53 den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

Antrag I08: Antrag auf Bereitstellung eines Pflegegeldes bei Pflegegrad 1

Laufende Nummer: 88

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

1 Hiermit beantragen wir die Einführung eines Pflegegeldes für Menschen mit Pflegegrad
2 1, um ihrer persönlichen Freiheit und sozialen Teilhabe gerecht zu werden. Die
3 sozialdemokratische Haltung der SPD verfolgt das Ziel, die Lebensbedingungen für
4 pflegebedürftige Menschen zu verbessern und ihnen ein würdevolles Leben zu
5 ermöglichen.

6 Hintergrund und Notwendigkeit

7 1. Gleichbehandlungsaspekte

8 Aktuelle gesetzliche Regelungen ermöglichen es, dass Menschen mit höheren
9 Pflegegraden ein Pflegegeld erhalten, während diejenigen mit Pflegegrad 1 leer
10 ausgehen. Dies stellt eine ungerechte Diskrepanz dar. Menschen mit Pflegegrad 1
11 benötigen ebenfalls Unterstützung, um ihre Selbstständigkeit und sozialen Kontakte zu
12 wahren.

13 2. Verlust sozialer Kontakte

14 Pflegebedürftige Personen mit Pflegegrad 1 verlieren oft schnell die Anbindung an
15 soziale Kontakte zu Freunden und Familie. Ein eingeschränkter Zugang zu
16 Pflegediensten, verursacht durch Personalmangel und hohe Belastungen, führt dazu,
17 dass notwendige Betreuungs- und Entlastungsleistungen, die derzeit auf 131,00 € pro
18 Monat begrenzt sind, nicht in Anspruch genommen werden können. Diese Regelung trägt
19 zur Isolation und Hilflosigkeit der Betroffenen bei.

20 Anpassung des Pflegegeldes und der Betreuungsleistungen

21 1. Einführung eines Pflegegeldes

22 Wir schlagen vor, einem Pflegegrad 1 ein monatliches Pflegegeld in Höhe von **208,00 €**
23 bereitzustellen. Dieser Betrag wurde aus den Leistungen zu Pflegegrad 2 mit 40 %igen
24 Abschlag kalkuliert und würde pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, ihre
25 individuellen Bedürfnisse und sozialen Kontakte selbst zu steuern.

26 2. Anhebung der Betreuungs- und Entlastungsleistung

27 Die gegenwärtige Leistung von 131,00 € sollte angehoben werden, da diese Summe nicht
28 mehr ausreicht, um die tatsächlich erforderliche Betreuung abzudecken. Aktuell können
29 nur 3 Arbeitsstunden monatlich über diesen Betrag abgerechnet werden, was die Dienste
30 stark einschränkt. Wir fordern eine Anpassung auf mindestens 200,00 €, um eine
31 angemessene Unterstützung zu gewährleisten.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesfraktion,

AfA Bundesvorstand

Antrag S09: Grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme

Laufende Nummer: 24

Status:	überwiesen an AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die AfA setzt sich für eine grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme ein.
- 2 Ziel ist die Einführung einer **Erwerbstätigenversicherung**, die Rückkehr zur
- 3 **vollständigen paritätischen Finanzierung** sowie die **Aufhebung bzw. Anhebung der**
- 4 **Beitragsbemessungsgrenzen**.
- 5 **Die zentralen Forderungen:**
- 6 **1. Einbeziehung aller Erwerbstätigen (Erwerbstätigenversicherung):**
- 7 Die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung
- 8 wird auf alle Gruppen ausgeweitet. Dazu gehören insbesondere **Selbstständige,**
- 9 **Freiberufler, Beamtinnen und Beamte sowie Mandatsträger**. Niemand darf sich mehr der
- 10 solidarischen Finanzierung des Gemeinwesens entziehen.
- 11 **2. Vollständige Parität ohne Ausnahmen:**
- 12 Sämtliche Beiträge – inklusive aller Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung und
- 13 der Belastungen in der Pflegeversicherung – sind strikt zu **50 % von den Arbeitgebern**
- 14 (bzw. Auftraggebern) und zu **50 % von den Versicherten** zu tragen. Sonderbelastungen
- 15 für Arbeitnehmer werden abgeschafft.
- 16 **3. Reform der Beitragsbemessungsgrenzen (BBG):**
- 17 Um die Finanzbasis der Sozialsysteme zu sichern und die Beiträge für kleine und
- 18 mittlere Einkommen stabil zu halten oder zu senken, werden die
- 19 Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken- und Rentenversicherung **aufgehoben oder**
- 20 **signifikant angehoben**. Beiträge sollen auf das gesamte reale Einkommen fällig werden,
- 21 damit auch Spitzenverdiener ihren gerechten Anteil leisten.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag S10: Solidarische Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stärken – Beitragsbemessungsgrenze reformieren

Laufende Nummer: 14

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die AfA Bundeskonferenz fordert die Finanzierungsgrundlagen der Gesetzlichen
- 2 Krankenversicherung (GKV) grundlegend zu reformieren, um die langfristige Stabilität
- 3 und soziale Gerechtigkeit des Gesundheitssystems zu sichern.
- 4 **Zentrales Element dieser Reform ist die deutliche Anhebung, perspektivisch die**
- 5 **Abschaffung, der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) in der GKV.**
- 6 Hierbei sind folgende Eckpunkte umzusetzen:
- 7 **1. Anhebung der BBG:** Die Beitragsbemessungsgrenze der GKV ist schrittweise auf das
- 8 Niveau der Rentenversicherung anzuheben.
- 9 **2. Einbeziehung aller Einkommensarten:** Zur Berechnung der Beiträge sollen neben dem
- 10 Arbeitseinkommen auch andere Einkunftsarten (z. B. Kapitalerträge, Mieten und
- 11 Pachten) unter Berücksichtigung eines Freibetrages in Höhe von 30.000,00 €
- 12 jährlich je Haushalt herangezogen werden.
- 13 **3. Paritätische Finanzierung:** Die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und
- 14 Arbeitgeber muss zwingend erhalten bleiben und darf durch Zusatzbeiträge nicht
- 15 ausgehöhlt werden.
- 16 **Vermeidung von Mehrbelastungen für kleine Einkommen:** Die durch die Ausweitung der
- 17 Beitragsbasis gewonnenen Spielräume sind zur Senkung des allgemeinen Beitragssatzes
- 18 zu nutzen, um Gering- und Mittelverdiener spürbar zu entlasten.

Empfänger*Innen

SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag S11: Umsetzung einer Gesamtreform der Pflege- und Gesundheitsversicherung

Laufende Nummer: 66

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die AfA Bundeskonferenz beschließt im Jahr 2026 eine umfassende Reform der Pflege-
2 und Gesundheitsversicherung. Sie fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die
3 Bundesregierung und jede weitere politische Ebene auf, diese umzusetzen.
- 4 Durch eine moderate, aber spürbare Umverteilung stünde das System auf einer
5 stabileren Basis, wenn die versicherungsfremden Leistungen steuerfinanziert würden,
6 die Beitragsbemessungsgrenze gleichzeitig angehoben werden und eine Einbeziehung von
7 Miet- oder Kapitaleinkünften stattfinden würde.
- 8 Gleichzeitig sollten klimaschädliche Subventionen abgebaut, freiwerdende Mittel durch
9 eine Reform der Erbschaftssteuer, sowie gezielte zweckgebundene Abgaben auf Alkohol,
10 Tabak und Zucker erhoben werden, um die Gegenfinanzierung der Maßnahmen zu
11 gewährleisten.
- 12 Dies alles würde zu einer Absenkung der Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer und
13 Arbeitgeber führen, wodurch die Bevölkerung mehr Netto vom Brutto hätte. Die die
14 internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands würde ebenso gestärkt, wie die
15 Binnennachfrage. Durch weitere Investitionen in Aufklärung zur Vorsorge und
16 Prävention von vermeidbaren Volkskrankheiten würde ebenfalls die Pflege- und
17 Gesundheitsversicherung entlastet werden.
- 18 Durch diese Umschichtung würde die Finanzierung der Gesundheit 2026 von einer reinen
19 "Arbeitnehmer-Steuer" (Sozialbeiträge) hin zu einer breiteren gesellschaftlichen
20 Finanzierung wandern. Die Kaufkraft von Normalverdienern würde durch sinkende
21 Beiträge steigen, während der Staat über den Abbau von Privilegien und die
22 Besteuerung sehr hoher Vermögen/Einkommen die notwendige Stabilität sichert.
- 23 Dies alles sind keine neuen, unbekannten Maßnahmen. Sie entspringen den verschiedenen
24 Empfehlungen von Gutachten und Studien von mehreren Bundesministerien,
25 wissenschaftlichen Berichten und Instituten. In ihrer Gesamtheit kombiniert ergeben
26 diese Maßnahmen ein logisches, strukturell tragfähiges, beitragsgerechtes und
27 nachhaltiges Gesamtreformprogramm, die zur dringend notwendigen Stabilisation der
28 Pflege- und Gesundheitsversicherung notwendig sind, ohne einzelne
29 Gesellschaftsgruppen zu übervorteilen.
- 30 Es ist dringend geboten das zur Akzeptanz dieser Maßnahmen und der Gesamtreform durch
31 die Regierungsparteien ruhig und sachlich auf die Faktenlage verwiesen wird, wie sie
32 hier beschrieben wurde. Parteipolitische Folklore oder parteitaktische Logik darf
33 nicht länger den nachhaltigen Lösungen in unserem Land im Wege stehen.
- 34 Wir sprechen uns daher wie folgt im Detail aus für:
- 35 • Eine Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen zur Reduzierung des GKV-

Beitragsatzes um 3,5 - 4 Prozentpunkte; Entlastung der Lohnnebenkosten

- Einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) zwischen 5 - 20 Prozentpunkte zur moderaten Mehrbelastung für höhere Einkommen, bei gleichzeitiger Stabilisierung der Einnahmen

- Eine leichte Einbeziehung weiterer Einkunftsarten zur Erhöhung der Beitragsgerechtigkeit bei einer moderaten Einnahmesteigerung bei Vermögenden

- Eine Gegenfinanzierung durch Abbau klimaschädlicher Subventionen zur Mobilisierung von zweistelligen Milliardenbeträgen für den Haushalt

- Einer Reform der Erbschaftsteuer zur gerechteren Lastenverteilung zwischen Arbeit und Kapital zur weiteren Gegenfinanzierung

- Einer zweckgebundenen Abgabe auf Alkohol, Tabak und Zucker zur weiteren Gegenfinanzierung, sowie

- Investitionen in Aufklärung zur Vorsorge und Prävention von vermeidbaren Volkskrankheiten

- Gutachten des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), "Analyse der versicherungsfremden Leistungen in der GKV 2025/2026", November 2025

- Statistische Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit, "Einkommensverteilung in Deutschland 2024/2025", Oktober 2025

- Studie des ifo-Instituts, "Modellrechnungen zur Einführung einer Bürgerversicherung mit breiterer Einnahmenbasis", März 2025

- Bericht des Umweltbundesamtes (UBA), "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland – Aktualisierte Analyse", Juli 2025

- Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (BMF), "Optionen einer gerechten und effektiven Erbschaftsteuerreform", April 2025

Dies geschieht auf Basis folgender Informationsquellen:

- Gutachten des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), "Analyse der versicherungsfremden Leistungen in der GKV 2025/2026", November 2025

- Statistische Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit, "Einkommensverteilung in Deutschland 2024/2025", Oktober 2025

- Studie des ifo-Instituts, "Modellrechnungen zur Einführung einer Bürgerversicherung mit breiterer Einnahmenbasis", März 2025

- Bericht des Umweltbundesamtes (UBA), "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland – Aktualisierte Analyse", Juli 2025

- Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen (BMF), "Optionen einer gerechten und effektiven Erbschaftsteuerreform", April 2025

Antrag S12: Unterstützung des Vorschlags des Bundesrechnungshofes von 07.12.2023 „Transparenz bei den versicherungsfremden Leistungen schaffen“

Laufende Nummer: 32

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die Bundestagsfraktion und die SPD-Bundesminister, werden aufgefordert, einen
- 2 Gesetzentwurf einzubringen, dass das BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales)
- 3 regelmäßig veröffentlichen sollte, was zu den versicherungsfremden Leistungen gehört
- 4 und wie hoch sie sind. Derzeit können weder Parlament noch Öffentlichkeit
- 5 einschätzen, ob die dafür aufgewendeten Bundeszuschüsse angemessen sind; es sollte
- 6 der Empfehlung des Bundesrechnungshofes gefolgt werden, dass das BMAS Transparenz bei
- 7 den versicherungsfremden Leistungen herstellt. Dazu sollte es die
- 8 versicherungsfremden Leistungen zumindest in der Bandbreite der engen und erweiterten
- 9 Abgrenzung der DRV Bund benennen und ihre Höhe berechnen. Das Ergebnis sollte es
- 10 regelmäßig zum Beispiel im Rentenversicherungsbericht veröffentlichen.
- 11 Dies sollte jährlich erfolgen.
- 12

Empfänger*Innen

SPD-Bundesminister
SPD-Parteivorstand
SPD-Bundestagsfraktion

Antrag I10: Würde im Alter sichern – Zwangsverrentung nach § 12a SGB II dauerhaft ausschließen

Laufende Nummer: 89

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Die AfA-Bundeskonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine
2 Gesetzesinitiative zu ergreifen, um die drohende Rückkehr zur Zwangsverrentung im SGB
3 II abzuwenden. Die derzeit geltende Aussetzung der Verpflichtung zur vorzeitigen
4 Inanspruchnahme einer Altersrente (§ 12a SGB II) **endet nach aktueller Rechtslage am**
5 **31.12.2026.**
- 6 Wir fordern:
- 7 1. **Dauerhafte Entfristung:** Die Regelung, dass Bezieher von der zukünftigen
8 Grundsicherung nicht zur vorzeitigen Verrentung mit Abschlügen gezwungen werden
9 dürfen, muss über den 31.12.2026 hinaus dauerhaft im Gesetz verankert werden.
- 10 2. **Schutz der Rentenbiografie:** Die Inanspruchnahme einer Rente muss eine
11 freiwillige Entscheidung bleiben. Staatlicher Zwang zur Armutsrente darf kein
12 Instrument der Haushaltssanierung sein.
- 13 3. **Stopp von Beratungsdruck:** Es ist gesetzlich klarzustellen, dass Jobcenter
14 bereits im Vorfeld des Stichtags keine Aufforderungen oder „beratenden“ Druck
15 zur Rentenantragstellung ausüben dürfen, sofern dies zu lebenslangen
16 Rentenminderungen führt.
- 17 4. **Vorrang von Vermittlung und Qualifizierung:** Anstatt ältere Erwerbslose in die
18 vorzeitige Rente abzuschieben, müssen die Instrumente des Bürgergeldes
19 (Coachings, Weiterbildung) bis zum Erreichen der regulären Altersgrenze
20 vollumfänglich zur Verfügung stehen.
- 21 **Rechtssicherheit schaffen:** Angesichts der Vorlaufzeiten für Rentenanträge und
22 Beratungen muss die gesetzliche Klarstellung zeitnah erfolgen, um Verunsicherung bei
23 den Betroffenen zu vermeiden.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD- Wirtschaftsministerin

Antrag I17: Hände weg von unseren Errungenschaften – für eine sozialdemokratische Offensive.

Laufende Nummer: 93

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 Der AfA-Bundeskongress ruft den Parteivorstand zum Handeln auf
- 2 Keine Politik gegen die arbeitende Bevölkerung!
- 3 Kein Sozialabbau!
- 4 Keine Entsolidarisierung!
- 5 Länger arbeiten, Kürzungen im Krankheitsfall, weniger Leistungen in der
- 6 Krankenversicherung bei gleichzeitig höheren Zuzahlungen, Wegfall des Tags der
- 7 Arbeit, was der Bundeskanzler und seine Wirtschaftsministerin gerade als „Reformen“
- 8 propagiert, ist eine Politik gegen die arbeitende Bevölkerung, gegen die
- 9 Leistungsträger in dieser Gesellschaft.
- 10 Aufgrund der multiplen Krisen und einer fahrlässigen Industriepolitik wird vieles im
- 11 Alltag spürbar teurer. Es ist nicht mehr vermittelbar, warum immer nur bei den
- 12 Arbeitenden und den Bedürftigen gekürzt und gespart werden soll, ohne die durchaus
- 13 vorhandenen wirklich starken Schultern mit einzubeziehen.
- 14 Wir fordern endlich einen Schritt in Richtung einer gerechten Lastenteilung. Wir
- 15 fordern eine stringente Industriepolitik, die die Wertschöpfung im Land erhält und
- 16 uns von fossilen Energien unabhängiger macht.
- 17 Wir müssen dringend:
- 18 • Alle Einkommen in die Sozialsysteme einbeziehen.
- 19 • Nicht beitragsgedeckte Leistungen, wie im Gesundheitssystem, durch Steuergelder
- 20 abdecken.
- 21 • Das Steuersystem einfach und gerecht gestalten.
- 22 • Steuerschlupflöcher schließen und Steuersünder nicht davonkommen lassen.
- 23 • Wirtschaftspolitik als Fundament für gute Arbeit und gute Löhne begreifen und
- 24 dementsprechend handeln.
- 25 • Die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern vorantreiben.
- 26 • Solidarität wieder als Wert leben.
- 27 Deshalb:
- 28 • Hände weg von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall!
- 29 • Hände weg von gewerkschaftlichen Errungenschaften!
- 30 • Hände weg vom acht-Stunden-Tag!
- 31 • Hände weg von unseren Arbeitsplätzen!
- 32 • Hände weg vom Tag der Arbeit!

- 33 Wir als Partei müssen unseren sozialdemokratischen Markenkern offensiv vertreten. Wir
- 34 brauchen in der aktuellen politischen Situation eine Konzentration auf die
- 35 innerparteiliche Willensbildung und der Vertretung unsere Beschlüsse. Deswegen
- 36 fordern wir die Trennung von Parteivorsitz und Regierungsämtern!

Empfänger*Innen

Parteivorstand

Antrag I15: Frühkindliche Bildung stärker unterstützen - Kita Schließungen und Personalabbau verhindern – Teilhabe ermöglichen

Laufende Nummer: 95

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 1. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit fordert das Bundesfamilienministerium auf die
2 Mittel des Bundesqualitätsgesetzes von zwei auf vier Milliarden Euro zu
3 verdoppeln und bestehende Qualitätsmaßnahmen wie Fachkraft-Kind Relation und
4 Sprachförderung weiterhin zu unterstützen sowie die Förderung für diese
5 Maßnahmen zu erhöhen.
- 6 2. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit fordert die Bundesländer auf die durch
7 zurückgehende Kinderzahlen freiwerdenden Personalstellen im System zu halten und
8 für die Verbesserung der Qualität und der sprachlichen Bildung einzusetzen.
- 9 3. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-
10 Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich für die unter Punkt 1 und 2.
11 Genannten Maßnahmen einzusetzen.

Antrag I16: Soziale Sicherheit durch Wohnraumschutz – Bundesweiten Mietendeckel jetzt auf den Weg bringen!

Laufende Nummer: 97

Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Sozialpolitik

- 1 1. Die AfA fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-geführten Ministerien
2 in der Bundesregierung nachdrücklich auf, die Einführung eines bundesweiten
3 Mietendeckels als zentrales Instrument der sozialen Wohnungspolitik zur
4 Priorität zu machen.
- 5 2. Die AfA stellt fest: Der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist kein Privileg,
6 sondern ein Menschenrecht. Die bisherigen rechtlichen Hindernisse, die
7 landesrechtliche Initiativen zur Mietendeckelung als verfassungswidrig
8 einstufen, müssen durch eine entschlossene bundesgesetzliche Regelung
9 überwunden werden.
- 10 3. Ziel der gesetzlichen Neuregelung muss es sein, die explodierenden Mieten in
11 angespannten Wohnungsmärkten effektiv zu begrenzen. Dies ist eine notwendige
12 Voraussetzung, um soziale Verdrängungsprozesse zu stoppen und die soziale
13 Durchmischung in unseren Wohnquartieren dauerhaft zu sichern.
- 14 4. Eine intakte, durchmischte Wohnstruktur ist der Kitt unserer Gesellschaft. Wir
15 lehnen eine Politik ab, die unsere Städte zu exklusiven Wohngebieten für
16 finanzstarke Einkommensgruppen verkommen lässt, während Arbeiterinnen und
17 Arbeiter, Rentnerinnen und Rentner sowie Familien aus den Zentren an die Ränder
18 verdrängt werden.
- 19 5. Die AfA fordert den Bundesvorstand auf, diesen Prozess aktiv durch Kampagnen zu
20 begleiten und den Druck auf die Koalitionspartner sowie die zuständigen
21 politischen Entscheidungsträger zu erhöhen, um eine bundesgesetzliche
22 Kompetenzgrundlage für wirksame Mietobergrenzen zu schaffen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-geführten Ministerien in der Bundesregierung

Antrag O01: „DIE SPD ALS STARKE STIMME DER ARBEITENDEN GESELLSCHAFT – EXPERTISE UND KOMPETENZEN STARKER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN IN DER SPD VIELFÄLTIG NUTZEN“

Laufende Nummer: 79

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	O - Organisation

1 Die SPD lebt von ihrer Verwurzelung in der arbeitenden Mitte der Gesellschaft. Unsere
2 Partei war und ist die politische Kraft, die sich für gute Arbeit, faire Löhne,
3 soziale Sicherheit und mehr Gerechtigkeit starkmacht. Doch die aktuellen Umfragewerte
4 zeigen, dass wir diese Rolle wieder offensiver annehmen und für die arbeitende
5 Bevölkerung sicht- und spürbar werden müssen.

6

7 Die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und
8 Öffentlichkeit wahr und stehen als Bindeglied zu den jeweiligen gesellschaftlichen
9 Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren. Sie sind seit Jahrzehnten
10 tragende Säulen dieser Verankerung. Sie verfügen über starke Expertisen in ihren
11 jeweiligen Themenfeldern und haben vielfältige Kontakte in diese Bereiche. Damit
12 verbinden sie, insbesondere die AfA, die Partei unmittelbar mit Beschäftigten,
13 Gewerkschaften, Betriebsräten und den realen Lebenswelten dort, wo Arbeit
14 stattfindet. Ihre demokratische Legitimation und ihre Fachkompetenz sind
15 unverzichtbar, wenn wir die SPD erneuern und die Entfremdung vieler
16 Arbeitnehmer*innen von unserer Partei beenden wollen.

17

18 Die jüngsten strukturellen Einschnitte bei den Arbeitsgemeinschaften schmälern jedoch
19 ihre Handlungsmöglichkeiten und damit die Durchschlagskraft der gesamten SPD. Um als
20 Partei der arbeitenden Bevölkerung wieder an Stärke zu gewinnen, braucht es jetzt
21 einen klaren Kurswechsel:

22

23 Wer die arbeitende Mitte überzeugen will, muss vor Ort präsent, ansprechbar und
24 kompetent sein. Die SPD kann nur dann wieder Volkspartei werden, wenn sie den Draht
25 in die Betriebe, auf die Baustellen, in die Fabrikhallen, die Krankenhäuser, Schulen
26 und Büros nicht nur rhetorisch, sondern praktisch verstärkt. Die
27 Arbeitsgemeinschaften sind unser stärkster Hebel dafür. Sie verdienen unser gesamtes
28 Vertrauen und die notwendigen Ressourcen.

29

30 Die SPD in Bund und den Ländern setzt sich daher für eine umfassende Stärkung der
31 Arbeitsgemeinschaften als Herz und Ohr der Partei bei den Beschäftigten ein – für
32 eine SPD, die wieder erste Ansprechpartnerin der arbeitenden Menschen ist.

33

Die SPD steht hinter nachfolgenden Forderungen:

1. Stärkung der Arbeitsgemeinschaften – nicht Schwächung:

2. Mehr Sichtbarkeit in der Fläche:

3. Stärkere Beteiligung der Länder und Bezirke:

Die Delegiertenzahlen der Bundeskonferenzen sowie die Zahl der Vorstandsmitglieder sind so anzupassen, dass wirklich alle Länder und Bezirke vertreten sind. So wird die breite Basis unterschiedlicher Gruppierungen, Milieus und der arbeitenden Menschen in der gesamten Republik abgebildet.

Der Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz fordert den Landes- und Bundesvorstand auf, die aktuellen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften umgehend zu überarbeiten. Ziel muss es sein, ihre Arbeitsfähigkeit sowie ihre Ressourcen – personell, finanziell und organisatorisch – deutlich zu stärken.

Arbeitsgemeinschaften müssen stärker vor Ort präsent sein können. Dazu sollen Bundeskonferenzen und Sitzungen regelmäßig außerhalb Berlins, insbesondere auch in den Regionen, stattfinden. Sich wieder regional, bzw. vor Ort zu repräsentieren stärkt die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der Partei stärken.

Die Bundeskonferenzen sind alle zwei Jahre gemäß der Größe der AG ein-, oder zweitägig mit 1 bzw. 2 Übernachtungen durchzuführen. Die Sitzungsintervalle der Vorstände sollen erhöht werden.

4. Strukturelle und finanzielle Ausstattung verbessern:

Die SPD muss – auch in schwierigen Zeiten – sicherstellen, dass die Arbeitsgemeinschaften über ausreichende Ressourcen verfügen, um ihre Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen zu können.

5. Mehr Mitspracherechte:

Arbeitsgemeinschaften müssen antrags- und redeberechtigt in Vorständen und Antragskommissionen der Partei auf allen Ebenen sein, insbesondere zu ihren spezifischen Themenfeldern.

6. Geschäftsstellen als Motor vor Ort:

Die SPD-Geschäftsstellen werden beauftragt, die Bildung, Unterstützung und Förderung von Arbeitsgemeinschaften in allen Regionen aktiv voranzutreiben und zu begleiten.

- 73 7. Nutzung der Expertisen und Anerkennung der Arbeitsgemeinschaften durch die
74 Führung der jeweiligen Parteigliederungen:
- 75 Die verantwortlichen Vertreter*innen der SPD in der jeweiligen Parteiführung werden
76 dazu aufgerufen, die Arbeit und Expertise der Arbeitsgemeinschaften zu nutzen und
77 aktiv in der Öffentlichkeit zu würdigen. Die Arbeitsgemeinschaften bringen zentrale
78 programmatische Impulse in viele Fachbereiche der Partei ein. Herausragende Beispiele
79 sind der Mindestlohn sowie das Bundestariftreuegesetz. Beide wurden maßgeblich durch
80 die AfA entwickelt und in die politische Debatte der SPD eingebracht. Die Würdigung
81 solcher Leistungen stärkt das Ansehen der Arbeitsgemeinschaften, macht das
82 sozialdemokratische Profil für die arbeitende Bevölkerung oder für verschiedene
83 Bevölkerungsgruppen klar erkennbar und fördert die Bindungskraft der Partei vor Ort.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag

SPD-Parteivorstand

SPD-Landesvorstände

Antrag 002: „ENTWICKLUNG EINER GANZHEITLICHEN SOCIAL-MEDIA-STRATEGIE“

Laufende Nummer: 77

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	O - Organisation

- 1 ENTWICKLUNG EINER GANZHEITLICHEN SOCIAL-MEDIA-STRATEGIE mit
- 2 1. Förderung des digitalen Engagements von Parteimitgliedern
- 3 2. Stärkung der digitalen Präsenz der Ortsvereine
- 4 3. Verbesserung der parteiinternen Kommunikation in sozialen Medien
- 5 4. Überprüfung externer Agenturleistungen
- 6 Der Parteivorstand wird beauftragt:
- 7 • Die Bedeutung von Facebook & Co als zentrale Kommunikationsmedien anzuerkennen
- 8 • Klare Richtlinien für die Nutzung sozialer Medien durch Parteimitglieder und
- 9 Funktionäre festlegt
- 10 • Mechanismen zur schnellen Reaktion auf aktuelle Ereignisse und Trends in
- 11 sozialen Medien etabliert
- 12 • Die Verknüpfung von Online- und Omlne-Aktivitäten der Partei optimiert
- 13 • Über getroffene Maßnahmen und Fortschritte daraus sind in regelmäßigen
- 14 Zeiträumen alle Gliederungen zu unterrichten.
- 15 1. Förderung des digitalen Engagements von Parteimitgliedern
- 16 • Ein Mentoring-Programm einzurichten, bei dem erfahrene Social-Media-Nutzer
- 17 weniger erfahrene Parteimitglieder unterstützen
- 18 • Anreize für aktives Engagement in sozialen Medien zu schaffen, z.B. durch
- 19 Auszeichnungen oder Berücksichtigung bei parteiinternen Nominierungen
- 20 • Regelmäßige Workshops zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen von
- 21 Parteimitgliedern anzubieten
- 22 • Über getroffene Maßnahmen und Fortschritte daraus sind in regelmäßigen
- 23 Zeiträumen alle Gliederungen zu unterrichten.
- 24 2. Stärkung der digitalen Präsenz der Ortsvereine
- 25 • Ein Unterstützungsprogramm für die über 2.000 aktiven Ortsvereine auf Facebook
- 26 zu entwickeln. Dieses Programm soll:
- 27 • Schulungen und Leitfäden für Ehrenamtliche zur effektiven Nutzung von
- 28 Facebook bereitstellen
- 29 • Eine zentrale Koordinationsstelle einrichten, die Ortsvereine bei der
- 30 Erstellung und Verbreitung von Inhalten unterstützt
- 31 • Regelmäßige Best-Practice-Beispiele und Themenschwerpunkte an die
- 32 Ortsvereine kommunizieren

- Über getroffene Maßnahmen und Fortschritte daraus sind in regelmäßigen Zeiträumen alle Gliederungen zu unterrichten.

3. Verbesserung der parteiinternen Kommunikation in Sozialen Medien

- Eine Strategie zur Vernetzung und Koordination der Veröffentlichungen von Ortsvereinen, dem Vorwärts und anderen Parteistrukturen auf Facebook zu entwickeln.
- Einen parteiinternen Content-Kalender zu erstellen, der wichtige Themen und Termine für die Social-Media-Kommunikation vorgibt.
- Regelmäßige Feedback-Runden mit Vertretern der Ortsvereine zur Optimierung der Social-Media-Strategie durchzuführen.
- Über getroffene Maßnahmen und Fortschritte daraus sind in regelmäßigen Zeiträumen alle Gliederungen zu unterrichten.

4. Überprüfung externer Agenturleistungen

- Eine Kosten-Nutzen-Analyse der aktuell beauftragten externen Agenturen für Social-Media-Arbeit durchzuführen
- Zu prüfen, inwieweit diese Leistungen durch interne Ressourcen und ehrenamtliches Engagement ersetzt oder ergänzt werden können
- Ein Konzept zu entwickeln, wie die Expertise externer Agenturen gezielt zur Stärkung der parteiinternen Social-Media-Kompetenz genutzt werden kann
- Über getroffene Maßnahmen und Fortschritte daraus sind in regelmäßigen Zeiträumen alle Gliederungen zu unterrichten.

Empfänger*Innen

AfA-Bundesvorstand

Antrag O03: Arbeitsgemeinschaften verbindlich in den Grundsatzprogrammprozess einbinden

Laufende Nummer: 61

Status:	angenommen
Sachgebiet:	O - Organisation

1 Die AfA Bundeskonferenz möge beschließen und sich dafür einsetzen, dass die
2 Arbeitsgemeinschaften der Partei als gleichberechtigte Partner im Prozess zur
3 Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms der Bundespartei verbindlich eingebunden
4 werden.

5 Wir fordern die Parteiführung auf, sich innerhalb der SPD auf Landes- und Bundesebene
6 dafür einzusetzen, dass:

- 7 1. die Arbeitsgemeinschaften als gleichberechtigte Akteure in den
8 Grundsatzprogrammprozess eingebunden werden,
- 9 2. ihnen eine fest verankerte, strukturierte Beteiligung in allen Phasen der
10 Programm-Erarbeitung ermöglicht wird,
- 11 3. ihre Rückmeldungen dokumentiert, transparent ausgewertet und begründet
12 berücksichtigt oder abgelehnt werden,
- 13 4. ausreichende personelle und organisatorische Ressourcen für diese Beteiligung
14 bereitgestellt werden – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene,
- 15 5. parteiöffentliche Formate geschaffen werden, in denen Arbeitsgemeinschaften ihre
16 Positionen sichtbar präsentieren und zur Diskussion stellen können.

17
18 Die SPD steht vor einer grundlegenden inhaltlichen Erneuerung. Damit dieser Prozess
19 glaubwürdig, demokratisch und zukunftsfähig gelingt, müssen die Arbeitsgemeinschaften
20 verbindlich und systematisch beteiligt werden. Sie bringen Erfahrungen aus der Praxis
21 – aus Betrieben, Bildung, sozialen Einrichtungen, Gewerkschaften und
22 Zivilgesellschaft – und repräsentieren die Vielfalt unserer Partei.

23 In der Vergangenheit blieben AGs zu oft außen vor. Beteiligung war oft unverbindlich,
24 Rückmeldungen fanden sich kaum in finalen Texten wieder. Das schwächt nicht nur das
25 Grundsatzprogramm, sondern auch den innerparteilichen Zusammenhalt. In Schleswig-
26 Holstein wird spürbar, dass zentrale Fragen – etwa zur sozialen Gerechtigkeit, zur
27 Arbeitswelt oder zur Migrationspolitik – nicht mehr ausreichend tief und aus Sicht
28 der Betroffenen behandelt werden.

29 Die AGs sind kein Beiwerk – sie sind das Rückgrat unserer Partei. Ein
30 Grundsatzprogramm ohne ihre Beteiligung verliert an Legitimation und Substanz. Ein
31 Programm mit ihnen kann die SPD wieder glaubwürdig, solidarisch und kämpferisch
32 machen.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand

Antrag O05: Einführung einer Antrags- und Beschlussdatenbank

Laufende Nummer: 7

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	O - Organisation

- 1 Die AfA Bundeskonferenz möge beschließen zeitnah eine transparente und
- 2 nachvollziehbare Form der Beschlussverfolgung für Anträge und Beschlüsse auf
- 3 Bundesebene einzuführen.
- 4 Ziel ist es, Antragsteller*innen sowie beteiligten Arbeitsgemeinschaften und Gremien
- 5 regelmäßig einen Überblick über den jeweiligen Bearbeitungsstand zu ermöglichen und
- 6 klare Ansprechpartner*innen zu benennen.
- 7 Hierzu soll geprüft werden, ob z.B. bestehende (Landes-)Beschlussdatenbanken
- 8 entsprechend ergänzt oder weiterentwickelt werden können; eine Information soll in
- 9 der Regel mindestens einmal jährlich nach Bundesparteitagen erfolgen.
- 10 Darüber hinaus soll der AfA Bundesvorstand sich parteiintern auf allen Ebenen für die
- 11 Einführung einer vergleichbaren Antrags- und Beschlussverfolgung einsetzen.
- 12 Der AfA Bundesvorstand berichtet im Rahmen des Rechenschaftsberichtes oder alternativ
- 13 im Rahmen einer Beschlussdatenbank über die mit den Mitgliedern der SPD
- 14 Bundestagsfraktion geführten Gespräche, zur Umsetzung der Beschlussfassungen der AfA.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesvorstand

Antrag I07: Transparente Antragsbearbeitung auf Bundesebene sicherstellen

Laufende Nummer: 82

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	O - Organisation

- 1 - Das Antragsbuch zur AfA-Bundeskonferenz wird künftig mindestens zwei Wochen vor
- 2 Beginn der Konferenz digital veröffentlicht.
- 3 - Das Beschlussbuch mit allen angenommenen Anträgen wird zeitnah – spätestens vier
- 4 Wochen nach der Konferenz – digital zur Verfügung gestellt.
- 5 - Der Bundesvorstand der AfA entwickelt ein digitales Nachverfolgungssystem, aus dem
- 6 ersichtlich ist, was aus den beschlossenen Anträgen geworden ist (z.B.
- 7 Weiterleitung, Bearbeitung, Umsetzung, Ablehnung durch Gremien). Dieses System soll
- 8 regelmäßig aktualisiert und öffentlich einsehbar sein.

Empfänger*Innen

AfA-Bundesvorstand

Antrag So01: MOBILITÄT IST FREIHEIT: FÜR EINEN ATTRAKTIVEN ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Laufende Nummer: 29

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	So - Sonstige Anträge

- 1 Der AfA-Bundesvorstand fordert Reformen im ÖPNV. Um die notwendigen Reformen
- 2 einzuleiten, sollte eine „Strukturkommission zur Zukunft des ÖPNV“ eingerichtet
- 3 werden. Unter der Bedingung der Sicherung der Bestandsverkehre müssen im Ergebnis der
- 4 Kommission planbare und sichere Rahmenbedingungen für
- 5 • ein besseres, integrierteres und inklusiveres ÖPNV-Angebot
- 6 • ein zukunftsgerichtetes und holistisches Finanzierungsregime
- 7 • deutlich niedrigere Systemkosten
- 8 • eine Entbürokratisierung
- 9 • eine deutlich effizientere Aufgabenträger- und Verbundstruktur sowie
- 10 • zukunftsgerichtete wettbewerbliche Vergabeprozesse

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagsfraktion

Antrag So02: Keine Abschiebung von Menschen in Arbeit

Laufende Nummer: 44

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	So - Sonstige Anträge

- 1 Die AfA-Bundeskonferenz setzt sich für eine Gesetzgebung ein, die es verhindert,
- 2 dass
- 3 Menschen in Arbeit oder Ausbildung abgeschoben werden können.

Empfänger*Innen

SPD-Bundestagfraktion

SPD-Bundesvorstand

SPD-Bundesparteitag

Antrag So03: Vorkaufsrecht in BauGB § 24 (1) 8. Ergänzen um folgenden Buchstaben c):

Laufende Nummer: 53

Status:	überwiesen AfA-Bundesvorstand
Sachgebiet:	So - Sonstige Anträge

- 1 c) bei Insolvenz des Eigentümers auf Basis des Wertes des Gutachterausschusses.
- 2 Grade die letzten Jahre haben gezeigt, dass das aktuelle Instrument des kommunalen
- 3 Vorkaufsrechts bei Schrottimmobilien nicht ausreichend ist, wenn ein spekulativer
- 4 Investor vor der Insolvenz steht bzw. in der Insolvenz ist. In München haben wir als
- 5 beste Beispiele die Benko Gruppe, die Gröner Gruppe (Freischützgärten in
- 6 Johanniskirchen) oder das Sendlinger Loch. Eine solche Änderung kann die
- 7 Beleihungswerte reduzieren und somit spekulative In-Sich Geschäfte von Projekt-GmbHs
- 8 begrenzen und entsprechenden Boden wieder in Gemeineigentum überführen.

Antrag I14: Schutz der Bildungs- und Beratungsprojekte im Rahmen des Programms „Demokratie Leben“

Laufende Nummer: 94

Status:	angenommen
Sachgebiet:	So - Sonstige Anträge

- 1 Die Arbeitsgemeinschaft für AfA stellt dringenden und notwendigen Handlungsbedarf für
2 die SPD-Bundestagsfraktion und den Parteivorstand der SPD fest. Die konzertierte
3 Aktion der Unions-Bundesminister:innen gegen die Expertise in ihren eigenen
4 Ministerien und gegen die Vielfalt der geförderten Projekte bei der massiven Kürzung
5 der Mittel und der Projekte im Rahmen des Programms „Demokratie Leben“ richten sich
6 insbesondere gegen Beschäftigte, gegen Kolleginnen und Kollegen die Diskriminierung
7 und Angriffen ausgesetzt sind und gegen die Organisationen und Strukturen der
8 Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der gesellschaftlichen Linken insgesamt.
- 9 **Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den unabgesprochenen und gegen alle**
10 **Förderstandards verstoßenen Förderstopps im Programm „Demokratie Leben“**
11 **entgegenzutreten.** Notfalls in Kooperation mit den SPD-Ländern im Bundesrat müssen in
12 den kommenden Tagen die laufenden Projekte vor den förderzielwidrigen Kürzungen
13 geschützt werden. Angesichts der drängenden und intensiver werdenden Angriffen aus
14 dem rechten Spektrum innerhalb und außerhalb der CDU/CSU auf die öffentlich
15 finanzierten Arbeitsbereiche der Gewerkschaften, der Arbeiterwohlfahrt, der
16 Jugendverbände und der progressiven und linken Vereine, Initiativen und Strukturen
17 insgesamt **wird der Parteivorstand der SPD aufgefordert, zur Gründung eines**
18 **Stabilitäts- und Zukunftsbündnisses der Zivilgesellschaft aufzurufen:** Kooperative
19 Strukturen, geteilte Ressourcen und gegenseitige Unterstützung der
20 Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, Initiativen und Verbände sind einer der
21 Bausteine des Ausgleichs wegfallender öffentlicher Förderung. Die SPD kann rund um
22 den 8 Mai einen kleinen, aber notwendigen Beitrag für die jetzt alternativlose und
23 massive Kulturwende für breite Organisation und erneute Normalisierung von
24 Mitgliedschaft und Mitgliedsbeitrag der Beschäftigten für die Ziele der
25 Demokratiebildung, Völkerverständigung und der freien, sozialen und demokratischen
26 Gesellschaft leisten.

Empfänger*Innen

SPD-Bundesparteitag